

Jahresabschluß

1993

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 errichtet, um den Übergang zur Marktwirtschaft und privates und unternehmerisches Handeln in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu fördern, die den Prinzipien der Mehrparteidemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der Länder in unterschiedlichen Übergangsphasen ist die EBWE bestrebt, die Länder in ihrem Geschäftsbereich bei der Durchführung struktureller und sektorgebundener Wirtschaftsreformen, darunter dem Aufbrechen der Monopole und der Dezentralisierung und Privatisierung, zu unterstützen. Die Tätigkeit der Bank umfaßt die Förderung der Tätigkeit des privaten Sektors, die Stärkung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie der für die Unterstützung des Privatsektors erforderlichen Entwicklung der Infrastruktur. Die Bank läßt sich in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit von den Prinzipien einer soliden Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten.

Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, daß sie Kofinanzierung und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und des öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung des Inlandskapitals beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet mit internationalen Finanzinstituten und anderen internationalen Organisationen eng zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine umweltfreundliche und ökologisch verträgliche Entwicklung.

Einsatzländer

Stand: 31. Dezember 1993

Albanien
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Bulgarien
Ehemalige Jugoslawische
Republik Makedonien
Estland
Georgien
Kasachstan
Kirgisistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Moldau
Polen
Rumänien
Russische Föderation
Slowakische Republik
Slowenien
Tadschikistan
Tschechische Republik
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan

Hinweis

Wo zutreffend, wurden nicht zum Ecu-Gebiet zählende Währungen auf der Grundlage der am 31. Dezember 1993 gültigen Wechselkurse in Ecu umgerechnet.

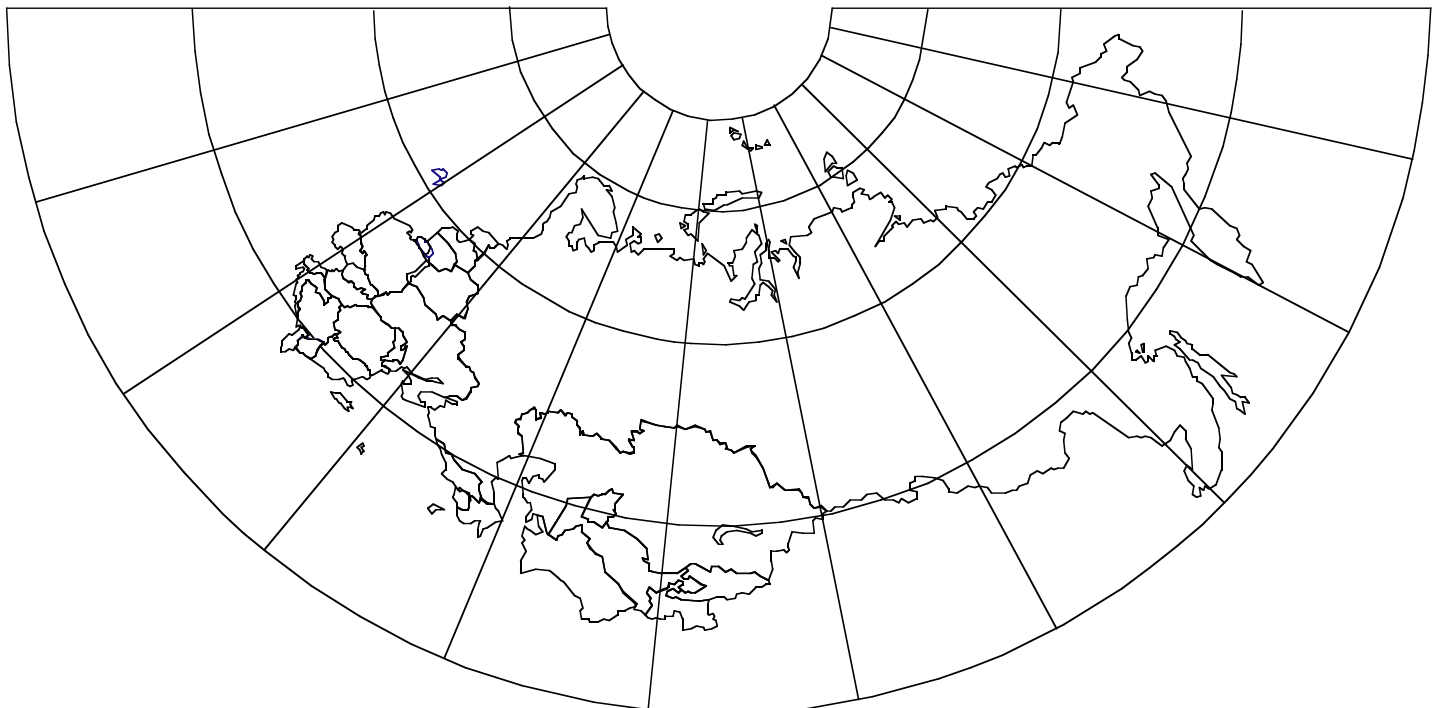
Verweise auf die Region gelten für alle Länder im Geschäftsbereich der Bank.

Abkürzungen und Akronyme

Die Bank, EBWE Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
BIZ Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (Basel)
CFP (EBWE) Programm für Zusammenarbeitsfonds
Ecu Europäische Währungseinheit, Ecu
EG Europäische Gemeinschaft
EIB Europäische Investitionsbank
EU Europäische Union
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBRD Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IFC Internationale Finanzierungsgesellschaft
IWF Internationaler Währungsfonds
JEXIM Japanische Export- und Importbank
JV Joint Venture
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU Kleine und mittelständische Unternehmen
KSZE Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Libor Londoner Interbanken-Angebotssatz
OECD Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPIC Private Investmentgesellschaft für überseeische Geschäfte
PHARE Hilfsprogramm der EG zur wirtschaftlichen Umstrukturierung in Polen und Ungarn
TACIS Technische Unterstützung für die GUS-Länder (EG)
UNDP Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Inhaltsverzeichnis

2	Eckdaten
4	Begleitschreiben
5	Das Jahr im Rückblick
10	Umfeld für die Geschäftstätigkeit
13	Übersicht über die Geschäftstätigkeit 1993
27	Umwelt: Auswirkungen der Geschäftstätigkeit der EBWE
29	Reaktorsicherheitskonto
30	Technische Zusammenarbeit
34	Finanzpolitische Maßnahmen und Finanzergebnisse
37	Jahresabschluß
	Gewinn- und Verlustrechnung
	Bilanz
	Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
	Anmerkungen zum Jahresabschluß
	Bericht der Abschlußprüfer
	Sonderfonds
64	Liste der Projekte 1993
70	Gouverneurinnen und Gouverneure
71	Direktoren
72	Kontakte und Informationen



Eckdaten

Finanzielle Ergebnisse

	1993 (Millionen Ecu)	1992 (Millionen Ecu)	1991* (Millionen Ecu)	1993/92 Zuwachs (Millionen Ecu)	1992/91 Zuwachs (Millionen Ecu)
Betriebsgewinn (-verlust) vor Abschreibungen	44	4	(7)	40	11
Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	40	10	-	30	10
Überschuß (Fehlbetrag) für den Zeitraum	4	(6)	(7)	10	1
Kapitaleinzahlungen	2.965	2.965	2.956	-	9
Erhaltene Teilzahlungen (akkumulativ)	1.728	1.206	591	522	615
Aktiva (gesamt)	7.036	4.929	3.494	2.107	1.435

* Rumpfgeschäftsjahr von 9 Monaten

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

EBWE-Finanzierung

1993

Gebilligt	2.276
Zugesagt	1.794
Ausgezahlt	435

1992

Gebilligt	1.094
Zugesagt	946
Ausgezahlt	122

1991

Gebilligt	406
Zugesagt	86
Ausgezahlt	0

	1993 (Anzahl)	1992 (Anzahl)	1991* (Anzahl)	Gesamt (Anzahl)
Neue gebilligte Projekte	91	51	14	156

	1993 (Millionen Ecu)	1992 (Millionen Ecu)	1991* (Millionen Ecu)	Total (Millionen Ecu)
EBWE-Finanzierung für das Jahr				
Gebilligt	2.276	1.094	406	3.776
Zugesagt	1.794	946	86	2.826
Ausgezahlt	435	122	0	557

* Rumpfgeschäftsjahr von 9 Monaten

Multiplikatorwirkung
1993

Projektkosten gesamt	6.096
Bankbewilligungen	2.276

1992

Projektkosten gesamt	3.963
Bankbewilligungen	1.094

1991

Projektkosten gesamt	1.345
Bankbewilligungen	406

	1993 (Millionen Ecu)	1992 (Millionen Ecu)	1991* (Millionen Ecu)	Gesamt (Millionen Ecu)
Gesamtsumme der ausgelösten Projektmittel	6.096	3.963	1.345	11.405

* Rumpfgeschäftsjahr von 9 Monaten

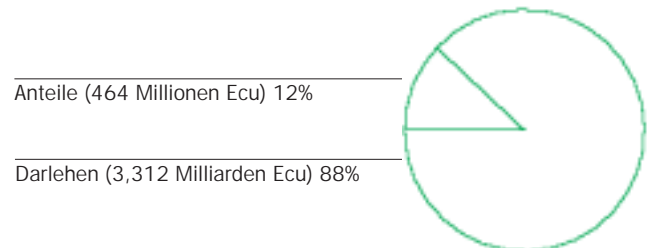
Gebilligte Investitionsprojekte gesamt

nach Anzahl



Gebilligte Investitionsprojekte gesamt

nach Wert



Begleitschreiben

London, 7. März 1994

An die Gouverneurinnen und Gouverneure

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank sowie Abschnitt 11 der Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Jahr 1993 vor.

Zum Jahresbericht gehört der genehmigte und geprüfte Jahresabschluß, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens sowie Abschnitt 13 der Satzung vorzulegen ist. Gemäß Artikel 10 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank enthält er im weiteren einen gesonderten Abschluß für die Sonderfonds und beschäftigt sich mit der Umweltverträglichkeit der Geschäftstätigkeit der Bank. Zu diesen Informationen ist die Bank gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verpflichtet.

Präsident

Jacques de Larosière

Direktoren

Stellvertretende Direktorinnen/
Direktoren

Jan Bielecki	Plamen Iltschew
John Coleman	David Horley
Claes de Neergaard	Halldór J. Kristjánsson
Robert Graham-Harrison	Jon Cunliffe
Johan Hilbers	Paul Menkveld
Jim Humphreys	Huhn-Gunn Ro
Roger Lavelle	Terry Brown
Asger Lund-Sørensen	Phelim Molloy
Heiner Luschin	Mordechai Fraenkel
Giuseppe Maresca	Maurizio Serra
Patrick Mordacq	Didier Elbaum
Kari Nars	Erik Århus
Tomás Parízek	György Matolcsy
Oleg Preksin	Sergej Owsejtschik
Jacques Reverdin	İbrahim Berberoğlu
Oleksander Sawtschenko	Stanel Ghencea
James Scheuer	Lee Jackson
Bernard Snoy	Ernest Muhlen
Kazumoto Suzuki	Takashi Osanai
José Luis Ugarte	Belen Cristino
Antoine Van Goethem	Peter Blackie
Stefanos Vavalidis	Fernando Soares Carneiro
Günter Winkelmann	Siegfried Borggreve

Das Jahr im Rückblick

1993 stand die EBWE vor einer Reihe ernsthafter Probleme ihrer internen Organisation und nahm eine kritische Überprüfung ihrer Arbeit vor. Dennoch setzte sie ihre Tätigkeit vor dem Hintergrund komplexer politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in den Ländern in ihrem Geschäftsbereich fort; Zusagen und Auszahlungen der Bank nahmen um 90 bzw. 257 Prozent zu. Besonderes Ereignis im abgelaufenen Jahr war die Wahl eines neuen Präsidenten und die Umstrukturierung der Geschäftsabteilungen.

Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft der Bank änderte sich weiter aufgrund von politischen und verfassungsrechtlichen Entwicklungen. Nach Abschluß ihrer Verfahren zur Vollmitgliedschaft wurden die Tschechische Republik und die Slowakische Republik mit Wirkung vom 1. Januar 1993 aufgenommen. Der Gouverneursrat nahm Entschlüsse über die Mitgliedschaft Kroatiens und der ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien mit einer ersten Zuteilung von je 100 Anteilen an; diese Länder wurden mit Wirkung vom 15. April bzw. 21. April als Mitglieder aufgenommen. Ende 1993 hatte die Bank insgesamt 59 Mitglieder, und die Zahl der Länder, in denen die Bank geschäftlich tätig war, stieg auf 25. Aufgrund dieser Zunahme gestaltete sich die Tätigkeit der Bank noch schwieriger, und der Bedarf an Mitteln erhöhte sich.

Wahl der Direktoren

In Einklang mit Artikel 26 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank fand bei der Jahrestagung im April in London die zweite ordentliche Direktorenwahl statt. Die Amtszeit der gewählten Direktoren beträgt drei Jahre, die nächste satzungsgemäße Wahl findet im Jahre 1996 statt.

Rücktritt und Wahl des Präsidenten und Neuwahl

Am 25. Juni 1993 gab Jacques Attali seine Absicht bekannt, von seinem Amt als Präsident der Bank zurückzutreten. Dieser Rücktritt trat am 16. Juli in Kraft, woraufhin der Gouverneursrat einstimmig Jacques de Larosière zum Präsidenten wählte. Jacques de Larosière nahm seine Tätigkeit am 27. September für eine Amtszeit von vier Jahren auf. In der Zwischenzeit fungierte Ron Freeman, der erste Vizepräsident, als amtierender Präsident.

Sonderuntersuchung des Finanzprüfungsausschusses

Nach der Kritik an den Verfahrensweisen und den bei der Ausstattung des Hauptsitzes der Bank angefallenen Kosten und anderen Fragen im Bereich von Aufwendungen und Kostenkontrolle bat das Direktorium den Finanzprüfungsausschuß am 19. April 1993, eine spezielle Untersuchung durchzuführen. Der Ausschuß legte seinen Bericht am 15. Juli vor. Ein Aktionsplan für die transparente Verwirklichung der Empfehlungen wurde vereinbart, und die Bank faßte weiterhin Beschlüsse zur Verbesserung ihrer Verfahrensweisen. So wurden in der zweiten Jahreshälfte ein Programm zur Verbesserung der Kostenwirksamkeit eingeführt, neue transparente Richtlinien über interne Ankäufe angenommen und Fragen im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex geprüft. Der Prozeß der Haushaltsvorbereitung und Kontrolle wurde verstärkt, und das Mandat der Direktoriums-ausschüsse mit dem Ziel einer verbesserten Unternehmensführung verändert. Im Oktober wurden zwei neue Ausschüsse gebildet; der Ausschuß für Haushalts- und Verwaltungsangelegenheiten und der Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, die an die Stelle des Ausschusses für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten und des Finanzausschusses traten.

Programm zur Verbesserung der Kostenwirksamkeit

Im Geschäftsjahr 1993 verfolgte die Bank ein umfassendes Kostensenkungsprogramm, das zur Überarbeitung und Anpassung der meisten internen Verwaltungsdienste und Geschäftsgrundsätze einschließlich der für Dienstreisen führte.

Nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten wurden ein Einstellungsstopp verfügt und im Rahmen der Umstrukturierung der Bank eine Reihe von Stellen freigesetzt. Durch das Kostensenkungsprogramm sowie den Einstellungsstopp konnte die Bank bei den Betriebskosten 8 Prozent einsparen (vgl. Tabelle S. 6).

Bei der Aufstellung des Haushalts für 1994 wurde ein Nullwachstum angestrebt, obwohl die Bank wegen der raschen Zunahme der Geschäftsmöglichkeiten und der Notwendigkeit einer verstärkten Projektkontrolle mit einer höheren Arbeitsbelastung rechnet.

Die Bank begann ferner mit der Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirksamkeit ihrer Tätigkeit, die vor Ort in den Ländern in ihrem Geschäftsbereich durch eine stärkere Präsenz erreicht werden könnte.

Verwaltungsaufwand 1993

	Ecu 000
Personalkosten	
Gehälter	40.380
Leistungen & Tätigkeitsaufnahme	22.887
Direkte Betriebskosten	30.788
Verwaltungsgemeinkosten	24.282
Abschreibungen	10.156
Betriebskosten	128.493
Rückstellungen für den Hauptsitz*	18.636
Sonstiges	304
Gesamt	147.433

* Rückstellungen für die Miete des Hauptsitzes, die ab 1994 fällig wird und Kosten für die Wiederherstellung des ursprünglichen Gebäudezustands.

Umstrukturierung der Geschäftsbereiche

Auf Initiative des neuen Präsidenten wurde im November eine umfassende Umstrukturierung der beiden Vizepräsidentenbereiche Merchant Banking und Development Banking gebilligt und unverzüglich vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Zunahme der Länder im Geschäftsbereich der Bank wurde die Struktur rationalisiert und geändert, wobei der Schwerpunkt auf Länder verlegt wurde, um Überschneidungen zu vermeiden und eine straffere, klarere und effizientere Organisation zu schaffen, die stärker auf den Bedarf der Kunden der Bank ausgerichtet ist. Im Rahmen dieses Umstrukturierungsprogramms zur Erhöhung der Kostenwirksamkeit war es - trotz des Einstellungsstopps - möglich, die Zahl der im Bankbereich tätigen Geschäftsbankiers um 25 Prozent zu erhöhen. Eine tabellarische Darstellung wird auf Seite 72 gegeben.

Die Bereiche Merchant Banking und Development Banking waren für die Finanzierung des privaten bzw. des öffentlichen Sektors zuständig. Durch die Umstrukturierung wurde eine einzige Bankenabteilung mit zwei Vizepräsidenten an der Spitze geschaffen, von denen der eine für den Norden und der andere für den Süden verantwortlich ist. Die Bankenabteilung besteht aus Teams, hier arbeiten Fachleute für den öffentlichen Sektor und für den privaten Sektor zusammen. Der Schwerpunkt liegt auf Teamarbeit, Flexibilität, gemeinsam genutzten Fertigkeiten und auf bestmöglicher Nutzung der Vorzüge der einzigartigen Mischung von Fachwissen auf den Gebieten Merchant Banking und Development Banking, über die die EBWE verfügt. Verantwortung und Rechenschaftspflicht liegen in den Händen der Geschäftsteams, während die Zahl der Managementebenen so klein wie möglich gehalten wird. Die neuen Länderteams stecken die Verantwortungsbereiche

ab, um eine konsequente Verwirklichung der Länderstrategien der Bank zu gewährleisten, unterstützt vom Fachwissen der Funktions- und Sektorenteams. Diese Vorkehrungen werden dazu beitragen, das Mandat der Bank im Privatsektor zu verstärken, und durch den neuen länderorientierten Schwerpunkt wird der geographische Rahmen der Tätigkeiten der Bank erweitert.

Die die dem Präsidenten unterstehende Politische Abteilung wurde aufgelöst, da die Auffassung bestand, daß die politischen Aspekte der Arbeit der EBWE im Rahmen ihres Mandats nicht getrennt behandelt werden sollten. Das Kabinett des früheren Präsidenten wurde aufgelöst, und die Kommunikationsabteilung wurde modernisiert und ist jetzt verwaltungs- und haushalts-technisch dem Büro des Generalsekretärs unterstellt.

Verfahrensweisen und Länderstrategien

Gemäß Artikel 1 des Übereinkommens wird die Bank in den Ländern tätig, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und diese anwenden; es wurde beschlossen, dieses Mandat wirksam in die Tätigkeit der Bank einzubeziehen und bei der Risikobeurteilung von Ländern zu berücksichtigen. Eine Überprüfung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der EG, der KSZE, dem Europarat und den Außenministerien der Mitgliedstaaten.

Gemäß dem Übereinkommen muß das Direktorium der Bank mindestens einmal im Jahr die Geschäftstätigkeit und die Grundsätze für die Darlehensvergabe an die Länder im Geschäftsbereich überprüfen. Bei der Tätigkeit für die einzelnen Länder wurden die vereinbarten Strategieprioritäten berücksichtigt.

Bei der nichtöffentlichen Sitzung der Jahrestagung der EBWE in London am 26.-27. April erörterten die Gouverneure die Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Sie stellten eine Reihe von Hindernissen bei der Entwicklung dieses wichtigen Sektors fest und schlugen Wege vor, wie die EBWE zu deren Überwindung beitragen könnte, zum Beispiel durch stärkere Mitwirkung im Frühstadium der Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie kamen zu dem Schluß, daß deshalb besonderes Gewicht auf den Aufbau einheimischer Finanzinstitute gelegt werden sollte. Die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen würde auch dazu beitragen, den Teil des Mandats der Bank zu erfüllen, in dem die Rolle des Privatsektors hervorgehoben wird.

Nach der Diskussion der Gouverneure in der nichtöffentlichen Sitzung bei der Jahrestagung 1993 zum Thema kleiner und mittelständischer Unternehmen und im Einklang mit der Initiative und Unterstützung der G-7-Länder und der EG zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Russischen Föderation richtete die Bank im Rahmen des Pilotprogramms für Kleinunternehmen zwei Sonderfonds ein, um der Russischen Föderation bei der Schaffung eines Rahmens zu helfen, innerhalb dessen örtliche Unternehmen unterstützt werden können und um Voraussetzungen für die Einrichtung einer russischen Bank für kleine und mittelständische Unternehmen zu schaffen.

Zu Handelsfragen und ihren verschiedenen Aspekten wurde vereinbart, daß sich die Bank auf die Einrichtung von Institutionen konzentrieren und sich nicht an der direkten Finanzierung des Handels beteiligen sollte. In Einklang damit wurden Richtlinien für Projekte zur Handelsförderung ausgearbeitet und innerhalb dieses Rahmens zwei Projekte in der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik gebilligt.

Im März nahm die Bank die Einladung der G-7-Länder an, das Konto für Reaktorsicherheit zu verwalten, das als multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken begann. Die Einrichtung dieses Kontos wird auf Seite 29 beschrieben.

Für die Umsetzung des Sonderumstrukturierungsprogramms wurde ein Rahmen ausgearbeitet, dadurch soll Unternehmen Hilfe geleistet werden, die einer Umstrukturierung bedürfen, aber wirtschaftlich lebensfähig sind. Innerhalb dieses Konzepts soll ein Pilotprojekt vorgelegt werden.

1993 schenkte die Bank auch weiterhin der Entwicklung des Privatsektors in den Ländern in ihrem Geschäftsbereich und der Bestimmung in Artikel 11.3 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank große Beachtung, die festlegt, daß innerhalb von zwei Jahren nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit durch die Bank (d.h. spätestens im April 1993) höchstens 40 Prozent des Gesamtbetrags der von ihr gewährten Darlehen, Garantien und Kapitalbeteiligungen an den staatlichen Sektor ausgereicht werden dürfen. Diese Bestimmung ist als Portefeuille-Verhältnis bekannt.

Zwar wurde das Portefeuille-Verhältnis 1993 nicht erreicht, doch gab es beträchtliche Fortschritte. Zum Jahresende lag das kumulative Verhältnis für abgezeichnete Projekte bei 57 Prozent im Privatsektor und 43 Prozent im staatlichen Sektor, während es Ende 1992 54 Prozent bzw. 46 Prozent betrug. Im Verlaufe des Jahres 1993 gingen 58 Prozent des Betrags für abgezeichnete Projekte in den Privatsektor und 42 Prozent in den staatlichen Sektor, wodurch der kumulative Trend verstärkt wurde. Ein ausführlicher Bericht über das Portefeuille-Verhältnis findet sich auf Seite 9.

Zur Geschäftstätigkeit

1993 billigte die EBWE 91 Investitionsprojekte, wodurch die Gesamtzahl der seit Gründung der Bank gebilligten Projekte auf 156 stieg. Das macht eine Zunahme von 69 Prozent gegenüber den 1992 gebilligten 54* Projekten aus. Von den neuen Projekten waren 30 Kapitalbeteiligungen und 61 Darlehen. Der Gesamtbetrag der vom Direktorium gebilligten Finanzierung durch die Bank betrug 2,276 Milliarden Ecu, die Mittel in Höhe von insgesamt 6,1 Milliarden Ecu mobilisieren sollten. Das stellt eine Verdoppelung der Gesamtinvestitionen für 1992 in Höhe von 1,094 Milliarden Ecu dar. Die abgezeichneten Zusagen beliefen sich 1993 auf 1,794 Milliarden Ecu, lagen damit jedoch unter dem im Haushalt für 1993 vorgesehenen Betrag. Es wurden 435 Millionen Ecu ausgezahlt, was eine Steigerung gegenüber 1992 darstellt. Darin schlägt sich die fortgesetzte Durchführung von gezeichneten Projekten nieder. Die Bank wird eine Ausweitung ihrer Tätigkeit auf alle Länder anstreben; dieses Ziel soll zum Teil durch eine Umstrukturierung der Verantwortlichkeiten der Vizepräsidentenbereiche für die Banktätigkeit erreicht werden. Eine ausführlichere Übersicht über das Projektportefeuille ist auf den Seiten 13 und 14 enthalten.

Die EBWE hat auch weiterhin die Bedeutung des Finanzsektors unterstrichen. Es wurden Projekte zur Unterstützung von Investitionsbanken in mehreren Ländern sowie für Kapitalbeteiligungen und die Einrichtung von lokalen Banken gebilligt. Die Bank entwickelte ebenfalls Möglichkeiten für eine Ausrichtung ihrer Finanzierungsstrukturen auf spezifische Projekte weiter, um Umfang und Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit zu verstärken.

1993 nahm die EBWE an der technischen Zusammenarbeit in allen Ländern in ihrem Geschäftsbereich (mit zwei Ausnahmen) teil, sie erleichterte Investitionen und Darlehensvergabe durch Durchführbarkeitsstudien, Projektvorbereitung und Arbeit an der praktischen Umsetzung. Von bisher insgesamt 522 Projekten für die technische Zusammenarbeit wurden 303 im Jahre 1993 zugesagt. Im Berichtsjahr schloß die Bank drei zusätzliche Übereinkommen über Kooperationsfonds ab und setzte ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und bisherigen Geberländern fort. Die zum Jahresende gebilligten Gesamtmittel beliefen sich einschließlich der Sonderfonds auf 174 Millionen Ecu.

Die Zahl der Länderbüros stieg im Berichtsjahr von 8 auf 12; neue Vertretungen wurden in Bratislava, Minsk und Riga (für die baltischen Staaten, mit Zweigstellen in Tallinn und Wilnius) und Taschkent eingerichtet.

* Drei Projekte aus dem Jahr 1992 wurden gestrichen.

Finanzergebnisse

1993 resultierten die Finanzergebnisse der EBWE erneut zu einem großen Teil aus Erlösen aus liquiden Mitteln der Bank vor der Auszahlung. Dies ist eine normale Entwicklung, da die Bank bei der Darlehensvergabe und Investitionstätigkeit noch am Anfang steht. Das Portefeuille an liquiden Mitteln besteht in erster Linie aus Fonds von eingezahlten Kapitalzeichnungen sowie Erlösen von Darlehensaufnahmen am Kapitalmarkt, hinzu kommen die gewachsenen Erlöse aus Darlehen und Kapitalbeteiligungen. Diese Erträge aus Investitionen der Bank in den Einsatzländern stiegen 1993 beträchtlich an. Zusammen mit Zinsen und zinsähnlichen Einnahmen aus Darlehen sowie Dividendeneinnahmen aus Anteilen erreichten sie 15 Millionen Ecu gegenüber 1,6 Millionen Ecu im Jahre 1992.

Bei ihren Finanztransaktionen erzielte die Bank einen Nettoerlös von ungefähr 156 Millionen Ecu. Dieser besteht aus Nettozins- und Kapitalgewinnen sowie den Nettoerlösen von Mitteln, die externen Vermögensverwaltern übergeben wurden. Nettogebühren, Provisionen und sonstige Geschäftseinkünfte erbrachten zusätzliche 20,6 Millionen Ecu. In einer Periode fallender Zinssätze hat die Bank im Jahre 1993 weiterhin die Duration ihrer Investitionen sorgfältig gesteuert.

Die allgemeinen Verwaltungskosten für das Jahr beliefen sich auf 137,3 Millionen Ecu, was dank der Einführung von Kostensenkungsmaßnahmen beträchtliche Einsparungen ausweist. Durch Abschreibungen wurde das Betriebsergebnis um weitere 10 Millionen Ecu herabgesetzt. Rückstellungen wurden in Höhe von 39,7 Millionen Ecu gebildet. Als Folge davon ergeben die Einnahmen aus dem Portefeuille für liquide Mittel zusammen mit erhöhten Einnahmen aus Darlehensvergaben und Kapitalbeteiligungen der Bank sowie Kosteneinsparungen nach Bildung von Rückstellungen einen Gewinn in Höhe von 4,1 Millionen Ecu, im Vergleich zu einem Verlust von 6,1 Millionen Ecu im Jahre 1992.

Ausblick

Bald nach Übernahme seiner Funktionen im September gab der neue Präsident drei auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bank abzielende Überprüfungen in Auftrag. Es ging dabei um die Verwaltungskosten, die Geschäftsbereiche der Bank und Prioritäten der Geschäftstätigkeit in den kommenden Jahren. Zu diesem Zweck wurde auch eine Einsatzgruppe gebildet, die Empfehlungen für mittelfristige Geschäftsprioritäten unterbreiten sollte. Im Dezember 1993 legte diese Gruppe nach einer Reihe von

ausführlichen Unterredungen mit Direktoren, Mitarbeitern der Bank, Geschäftspartnern und Vertretern der Länder im Geschäftsbereich sowie Vertretern von multilateralen Organisationen ihren Bericht vor.

Anfang 1994 billigte das Direktorium *Geschäftsprioritäten: mittelfristige Richtlinien*. Damit verfügte die Bank über einen wichtigen Bezugsrahmen für die Vorbereitung des Haushalts für 1994 und ihr mittelfristiges Geschäftsprogramm unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse von Ländern in verschiedenen Stadien des Übergangs.

Im Rahmen der Geschäftsgrundsätze der EBWE und bei Fortführung der Arbeiten in den Bereichen Unternehmensumstrukturierung, Privatisierung und Infrastrukturprojekte werden die mittelfristigen Geschäftsprioritäten von folgenden Eckwerten bestimmt:

- der Schwerpunkt muß auf der Entwicklung des Privatsektors liegen
- die Bank muß in allen Ländern in ihrem Geschäftsbereich aktiv sein
- örtliche Privatunternehmen müssen erreicht werden
- Finanzmittlern muß Bedeutung eingeräumt werden
- in bezug auf Kapitalbeteiligungen ist ein aktiveres Vorgehen notwendig.

Das Übereinkommen zur Errichtung der Bank ist in bezug auf Umweltanforderungen sehr spezifisch: Die Bank soll in ihrer gesamten Tätigkeit in allen Ländern in ihrem Geschäftsbereich eine umweltfreundliche ökologische Entwicklung fördern.

Die EBWE beginnt nunmehr in dieser Richtung tätig zu werden, wobei sie ihre Präsenz vor Ort verstärkt, um kleine und mittelständische lokale Unternehmen zu erreichen und dafür sorgt, daß die Mittel unter Wahrung der finanziellen Solidität der Bank effektiv eingesetzt werden. Die Bank wird versuchen, die ihr eigenen Vorteile gegenüber anderen internationalen Finanzinstituten zu nutzen, insbesondere durch das vielfältige und flexible Angebot ihrer Finanzierungsinstrumente.

Portefeuille-Verhältnis

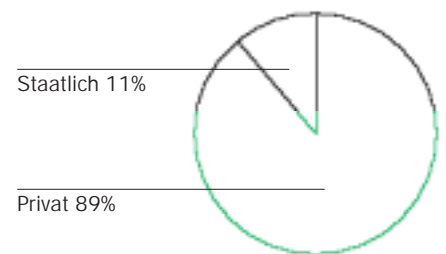
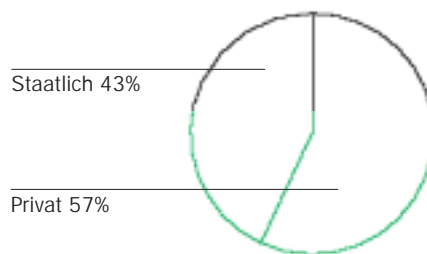
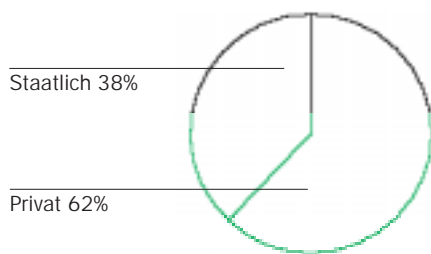
Ein grundlegendes Prinzip für die Geschäftstätigkeit der EBWE ist in Artikel 11.3 des Übereinkommens festgelegt. Darin wird die Rolle der Bank bei der Entwicklung des Privatsektors in ihren Einsatzländern hervorgehoben und die Zusage von Mitteln für den staatlichen Sektor begrenzt. Der Kontrollmechanismus dafür wird als Portefeuille-

Verhältnis bezeichnet, demzufolge zwei Jahre nach Beginn der Geschäftstätigkeit der Bank (d.h. ab April 1993) nicht mehr als 40 Prozent der von der Bank insgesamt zugesagten Darlehen, Bürgschaften und Kapitalbeteiligungen für den staatlichen Sektor zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Portefeuille-Verhältnis - kumulativ (EBWE-Finanzierungsvolumen)

Stand: 31. Dezember 1993

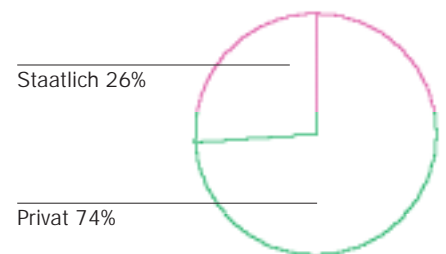
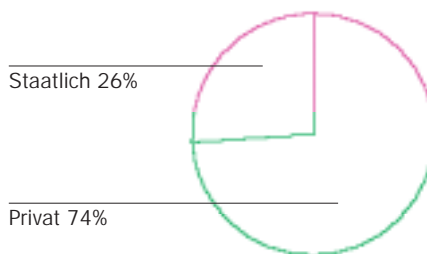
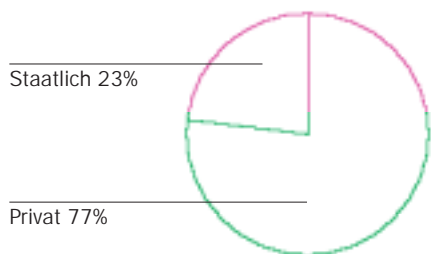
	Bewilligt	%	Gezeichnet	%	Ausgezahlt	%
Privat	2.356,4	62	1.597,7	57	494,6	89
Staatlich	1.420,1	38	1.228,1	43	62,7	11



Portefeuille-Verhältnis - kumulativ (Anzahl der Projekte)

Stand: 31. Dezember 1993

	Bewilligt	%	Gezeichnet	%	Ausgezahlt	%
Privat	120	77	83	74	57	74
Staatlich	36	23	29	26	20	26



Portefeuille-Verhältnis für Geschäftstätigkeit 1993 (EBWE-Finanzierungsvolumen)

	Bewilligt	%	Gezeichnet	%	Ausgezahlt	%
Privat	1.494,3	66	1.036,7	58	373,6	86
Staatlich	781,8	34	757,3	42	61,4	14

Umfeld für die Geschäftstätigkeit

Wirtschaftliche Entwicklungen und Aussichten in den Ländern im Geschäftsbereich der EBWE

Mittel- und Osteuropa¹

In den Ländern Mittel- und Osteuropas sind allmählich erste positive Ergebnisse der Anpassungsbemühungen zu erkennen (die GUS-Länder werden nachstehend in einem getrennten Abschnitt behandelt). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat in Mittel- und Osteuropa im letzten Jahr nach einem Rückgang von 4 Prozent im Jahre 1992 und 11 Prozent im Jahre 1991 geringfügig insgesamt zugenommen.² Trotz Rezessionstendenzen auf wichtigen Exportmärkten stieg die Industrieproduktion 1993 in Albanien, Ungarn, Polen und Rumänien. Die meisten Länder in Mittel- und Osteuropa erwarten 1994 eine Zunahme der Industrieproduktion.

Im Bereich der marktwirtschaftlichen Reformen verlagern die Regierungen in Mittel- und Osteuropa das Schwergewicht zunehmend von Preis- und Handelsliberalisierung, wo viel erreicht worden ist, auf den Aufbau von Institutionen. Die wichtigsten Reformbereiche sind jetzt Unternehmensumstrukturierung, Privatisierung, Unternehmensführung, Bankenaufsicht, Konkursregelung und Kommerzialisierung der Infrastruktur.

Die Privatisierung bildet für die meisten Regierungen in Mittel- und Osteuropa eine Hauptsäule ihrer Reformstrategie, da ihrer Auffassung nach erweitertes Privateigentum die Leistungsfähigkeit von Unternehmen verbessert und die Nutzung von Marktmechanismen erleichtert. Diesbezügliche Bemühungen in den ersten Übergangsjahren waren erfolgreich, vor allem die Übergabe von Kleinbetrieben in Privatbesitz. In vielen Ländern fielen sie mit einem raschen Wachstum in den neu geschaffenen Unternehmen zusammen, die vom Abbau der Marktzugangsbeschränkungen und von der allmählichen Aufhebung von Preis- und Handelsbeschränkungen profitierten.

Privatisierungen im großen Rahmen vollzogen sich im allgemeinen langsamer. Radikale Programme zur Privatisierung im großen Rahmen wurden jedoch in der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik durchgeführt. In der ersten Jahreshälfte 1993 wurde in diesen beiden Ländern die erste große Privatisierungswelle abgeschlossen - weitgehend auf der Grundlage von Gutscheinen, die allen Staatsbürgern zum Nennwert angeboten wurden. Bei der ersten Welle ging ein Drittel des staatseigenen Industrievermögens in Privathand über. Eine zweite Welle ist in beiden Ländern im Gange. In anderen Ländern, darunter Ungarn und Polen, wo die meisten großen Privatisierungen in Form von ausgehandelten Verkäufen an strategisch wichtige - häufig ausländische - Partner erfolgten, ging die Eigentumsübertragung allmählicher vonstatten. In Polen sind die Vorbereitungen für ein Massenprivatisierungsprogramm auf der Grundlage von

Gutscheinen jedoch weit fortgeschritten. Bemühungen werden auch in Ungarn unternommen, um eine aktivere Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an der Eigentumsübertragung zu erleichtern.

Trotz Verzögerungen bei der Privatisierung macht der Privatsektor inzwischen über die Hälfte des BIP in Polen, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn aus. Für die meisten anderen Länder in Mittel- und Osteuropa wird geschätzt, daß auf den Privatsektor über 20 Prozent des BIP entfallen.

Wachstum und Erfolg des Privatsektors hängen nicht nur von der Beseitigung von rechtlichen Hindernissen, sondern auch vom Vertrauen in die Marktentwicklung und die Preisstabilität ab, die sich erheblich darauf auswirken, mit welcher Sicherheit eine Rentabilität prognostiziert werden kann. Relative Preise sind bei hoher Inflation oft starken Veränderungen unterworfen. Die Inflationsprognosen werden zunehmend ungewiß, und das Vertrauen von ausländischen Investoren wird ausgehöhlt, wenn sich die Zahlungsbilanz so stark verschlechtert, daß sie als untragbar empfunden wird (in dem Sinne, daß eine Defizitfinanzierung durch ausländische Kapitalgeber mittelfristig vermutlich nicht verfügbar ist).

Vor diesem Hintergrund bereiten jüngste Daten über Inflation und Zahlungsbilanz einige Sorgen. Nachdem die jährliche Inflationsrate - gemessen an der durchschnittlichen Veränderung der Einzelhandelspreise 1992 - stark gesunken war, ist sie 1993 in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern nur sehr geringfügig zurückgegangen (die baltischen Staaten bilden eine wichtige Ausnahme) und in einigen dieser Länder sogar wieder gestiegen. Die Leistungsbilanz, die sich in der zweiten Jahreshälfte 1992 zu verschlechtern begann, ist 1993 in vielen Ländern noch schlechter geworden.

Zunächst bestand die Hoffnung, daß sich die Verschlechterungen der Zahlungsbilanz weitgehend auf vorübergehende Einflüsse zurückführen ließen, zum Beispiel den dürrebedingten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und die vorgezogenen Importgeschäfte in Erwartung höherer Mehrwertsteuern. Die weitere Zunahme des Zahlungsbilanzdefizits im Verlaufe des Jahres 1993 läßt jedoch tiefer sitzende Faktoren vermuten. Erfolge bei früheren Anpassungen an äußere Faktoren in diesen Ländern waren der Neuausrichtung der Exporte in den Westen nach Zusammenbruch des RGW-Handels und der Einschränkung der Importe durch eine starke Stabilisierungspolitik zu verdanken. Die jüngste Verschlechterung der Handelsbilanz läßt Befürchtungen aufkommen, daß in beiden Bereichen Verzögerungen eintreten könnten. Handelshindernisse und Strukturprobleme in der Land-

¹ Albanien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn.

² Die Wachstumsraten in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn, Polen, und Rumänien wurden nach nationalen statistischen Angaben zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1991 gewichtet (letzteres wurde unter Verwendung der offiziellen durchschnittlichen Wechselkurse für 1991 in Gemeinschaftswährung konvertiert).

wirtschaft könnten die ohnehin schwache Exportnachfrage aus Westeuropa noch weiter verringern.

Der Anstieg des Inlandsverbrauchs von Waren und Dienstleistungen könnte eine verzögerte Reaktion auf die Ausweitung des Bankkredits und des Devisenzuflusses sein, wobei der Inflationsanstieg zum Teil auch auf letzteren zurückzuführen sein könnte.

Längerfristig ist ein fortgesetztes Wachstum des Volkseinkommens nur durch andauernd hohes Investitionsvolumen in Produktivvermögen zu erzielen. Die private Sparquote reichte 1991–92 in mehreren Ländern (darunter Polen, der früheren Tschechoslowakei und Ungarn) aus, um Inlandsinvestitionen weitgehend zu finanzieren, doch befürchten manche Beobachter, daß es sich dabei um eine einmalige Anpassung der privaten Ersparnisbildung handelte und sich die Menschen mit ihren Ersparnissen vor den Folgen eventueller Arbeitslosigkeit absichern wollten. Wenn das zutrifft, könnten die Ersparnisse wieder zurückgehen, sobald die nötige Sicherung besteht. Das könnte teilweise die jüngsten Zahlungsbilanzschwierigkeiten erklären.

Die Verschlechterung der Leistungsbilanz läßt vermuten, daß die externe Investitionsfinanzierung und die Verstärkung der Exporterlöskapazität in den kommenden Jahren weiterhin eine bedeutende Rolle spielen wird. Die EBWE hat eine wichtige Rolle sowohl als Katalysator von Finanzströmen als auch bei der Bereitstellung von Sachverstand zu spielen, die die Leistungsfähigkeit und den Zugang zu den Märkten verbessern werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

In den meisten GUS-Ländern betragen die durchschnittlichen monatlichen Inflationsraten 1993 15–25 Prozent, und Anzeichen für einen dauerhaften Rückgang waren kaum zu erkennen. Das vorrangige Ziel der Politik bestand darin, den Produktionsrückgang aufzuhalten und einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. In den meisten Fällen hatten Unternehmen weiterhin Zugang zu weichen Krediten mit negativen Realzinsen, und die finanzpolitischen Ungleichgewichte blieben sehr groß. Das waren die Hauptursachen für die galoppierende Inflation.

Die Produktion ist in den GUS-Ländern in den letzten drei Jahren drastisch gesunken; das reale BIP ging 1993 um 12 Prozent, 1992 um 18 Prozent und 1991 um 11 Prozent zurück. Das erklärt sich vor allem aus der Auflösung der früheren wirtschaftlichen Verflechtungen der Republiken, unzureichenden Investitionen im Energiesektor über viele Jahre (was zu einem starken Rückgang der Produktion und des Exports von Öl geführt hat) und einem rapiden Rückgang der staatlichen Nachfrage nach militärischen Ausrüstungen und Investitionsgütern. Offiziell wird immer noch nur rund 1 Prozent Arbeitslosigkeit eingeräumt.

Das Reformtempo war unausgeglichen. In der Russischen Föderation nahm die Privatisierung rasch zu, obwohl die Vorteile aufgrund der Wettbewerbsschwäche und mangelnder Finanzdisziplin beschränkt sind; Marktreformen, effektive Unternehmensführungsstrukturen und Finanzinstitute gibt es noch wenig. Kasachstan, Kirgisistan und Moldau sind mit der Strukturreform und der finanziellen Stabilisierung in der zweiten Jahreshälfte 1993 erheblich vorangekommen. Ansonsten haben die GUS-Länder bei marktwirtschaftlichen Reformen jedoch relativ wenig Fortschritte erzielt; bei der Preis- und Handelsliberalisierung gab es häufige Rückschläge, und im Bereich der Unternehmensumstrukturierung wurde wenig unternommen. Die meisten Geschäfte werden noch über das staatliche Auftragssystem abgewickelt.

Die Rubelzone ist in der Zeit zwischen Mai und November 1993 praktisch zusammengebrochen. Nach dem Ausscheiden der baltischen Republiken und der Ukraine im Jahre 1992 verließ auch Kirgisistan im Mai 1993 die Rubelzone. Nach dem von der Russischen Föderation im Juli gefaßten Beschluß, die alten Rubelnoten aus dem Verkehr zu ziehen und Warenkredite an andere GUS-Länder zu beschränken, waren alle anderen Länder der Rubelzone auf ein Zahlungsmittel - den "alten Rubel" - angewiesen, hinter dem keine verantwortliche Autorität mehr stand. Angesichts dessen ist Georgien im August aus der Rubelzone ausgeschieden. Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Moldau folgten im November. Außer der Russischen Föderation selbst gehören nur noch Belarus und Tadschikistan offiziell der Rubelzone an.

Positiv wirkt sich diese Entwicklung dahingehend aus, daß die meisten neuen Länder in der GUS nunmehr in der Lage sind, ihre Politik in bezug auf Inflationsbekämpfung und Marktreformen selbst festzulegen. Dadurch erhalten zumindest einige Regierungen in der Region die Gelegenheit, die wirtschaftlichen Rückschläge der letzten Jahre zu überwinden und Grundvoraussetzungen für ein dauerhaftes Wachstum zu schaffen.

Das Auseinanderfallen der Rubelzone ist allerdings für die Länder, in denen seit der Unabhängigkeit wegen des starken Rückgangs der Subventionen aus der Russischen Föderation und in einigen Fällen wegen massiver kriegsbedingter Haushaltsbelastungen ungeheure Finanzprobleme bestehen, zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt gekommen.

Eine Neuausrichtung der Produktion auf den Markt erfordert große Investitionen in den kommenden Jahren. Die Finanzierung dieser Investitionen mit Inlandsmitteln ist allerdings sehr schwierig

aufgrund der starken Einkommensverluste, vor allem in Ländern, die plötzlich keine umfangreichen Subventionen mehr erhalten. Diese Lücke wird wohl kaum von privaten Investoren aus dem Ausland gefüllt, die von politischen Risiken eher abgeschreckt werden. Es wird somit mittelfristig ein beträchtlicher Bedarf an offizieller finanzieller Unterstützung aus dem Ausland bestehen.

In den neuen GUS-Ländern war die Inlandssparquote stets hoch (in den letzten Jahren wurde sie teilweise ausgehöhlt), aber sie haben unter der Ineffizienz früherer Investitionen gelitten. Die GUS-Länder werden vermutlich nicht den ihnen angemessenen Anteil an Investitionen aus dem Ausland erhalten, da diese eher in Ländern getätigt werden, die Westeuropa näher liegen. Sie sind deshalb in erster Linie auf Inlandsersparnisse und eine offizielle Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Da somit nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, ist eine effiziente Nutzung der Ersparnisse von entscheidender Bedeutung. Die EBWE kann in diesem Bereich direkt und durch Demonstrationseffekte einen Beitrag leisten.

Die Auswirkung des makroökonomischen Umfelds auf die Geschäftstätigkeit der EBWE

Die Geschäftstätigkeit im Privatsektor war in den Ländern leichter, die auf dem Weg zur makroökonomischen Stabilisierung und Marktreform bereits relativ weit vorangekommen sind. Von besonderer Bedeutung sind die Privatisierung und die Schaffung einer Wettbewerbsordnung, insbesondere durch Beseitigung von Zulassungsbeschränkungen für neue Unternehmen.

Zu den anderen wichtigen Variablen, die sich auf die Fähigkeit der Bank, im Privatsektor geschäftlich tätig zu werden, ausgewirkt haben, gehören die Prognostizierbarkeit der Markt- und Kostenbedingungen, die Stabilität und Klarheit des Rechtswesens und die Aufnahmebereitschaft für Investitionen aus dem Ausland. Da gibt es in den einzelnen Ländern große Unterschiede. Die Prognostizierbarkeit des Marktes hängt entscheidend von Fortschritten bei der makroökonomischen Stabilisierung ab, die in Mitteleuropa und den baltischen Ländern vergleichsweise groß waren. Die mitteleuropäischen Länder zeichnen sich durch vergleichsweise stabile und klare Rechtssysteme mit einem gut verankerten demokratischen Mehrparteiensystem aus.

Es ist deshalb nicht überraschend, daß die direkte EBWE-Unterstützung für Privatbetriebe ohne staatliche Beteiligung in diesen Ländern besonders stark war. Wo hingegen die Inflation hoch und die politische Stabilität gefährdet ist, muß sich die Bank stärker auf staatliche Projekte stützen. Unter diesen Gegebenheiten ist das Länderrisiko groß, die Buchführung der Unternehmen ist schwer zu analysieren, und der rechtliche Rahmen ist wenig verlässlich.

Makroökonomisches Wachstum ist von vorrangiger Bedeutung dafür, in welchem Umfang die Bank die Finanzierung der Produktion für den einheimischen Markt unterstützt. Das Wachstum des realen BIP geht in der Regel Hand in Hand mit einer - eventuell bescheideneren - Zunahme des einheimischen Verbrauchs und der einheimischen Investitionen. Deshalb steht der sich abzeichnende Aufschwung in Ländern Mittel- und Osteuropas in Einklang mit der erneut bekräftigten Politik der Bank, den Schwerpunkt auf Projektfinanzierung in Landeswährung für einheimische Unternehmer zu legen.

Übersicht über die Geschäftstätigkeit 1993

Projektfinanzierung

Zu den Aufgaben der EBWE auf dem Gebiet des Privatsektors gehören: direkte und indirekte Finanzierung von Projekten im Privatsektor, Verminderung der Rolle des Staates durch Entmonopolisierung, Umstrukturierung und Privatisierung sowie Finanzierung einer Infrastruktur, durch die diese Zielstellungen direkt unterstützt werden. Es gehört zu den Stärken der Bank, daß sie sowohl im privaten als auch im staatlichen Sektor arbeiten, durch die Anwendung einer breiten Palette von Finanzierungsinstrumenten flexibel auftreten und sich auf eine Region konzentrieren kann. Mehrere der bei EBWE-Projekten immer wiederkehrenden Schwerpunkte werden nachfolgend dargestellt.

Wegen der im Vergleich zum Bedarf in der Region vorhandenen begrenzten Ressourcen betont die Bank die Qualität ihrer Projekte und der durch sie erbrachten Wertschöpfung. In diesem Sinne ist die Menge der Projekte gemessen an ihrer Rolle als Katalysator von nachrangiger Bedeutung. Die Bank gewährleistet dauerhaft, daß sie mit ihren Projekten einen Multiplikatoreffekt erzielt, der sich in solchen Aspekten wie Demonstrationseffekt, Mobilisierung von Kofinanzierungen oder Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur ausdrückt, die die Entwicklung im privaten Sektor beschränken.

Die EBWE ermöglicht Projekte, die ansonsten schwierig zu finanzieren wären: sie teilt und minimiert die Risiken für industrielle Investoren aus dem Westen in der Region, fördert ausländische Direktinvestitionen, ermutigt zur Kofinanzierung durch Minderung des Risikos mit Hilfe des bevorrechtigten Gläubigerstatus, ermöglicht die Mobilisierung von einheimischem Kapital und ergänzt die Bemühungen anderer Kreditgeber, statt mit ihnen zu konkurrieren. In zahlreichen Fällen machen Kofinanzierungsgeschäftsbanken ihre Mitwirkung von der Teilnahme der EBWE abhängig.

Ausländische Joint Ventures spielen bei der Kreditgewährung der Bank eine maßgebliche Rolle; sie machen 28,5 Prozent des Gesamtportefeuilles und 45,8 Prozent der Investitionen im privaten Sektor aus. Sie bieten den beteiligten Partnern eine wirksame Möglichkeit, Zugang zu ausländischen und heimischen Märkten zu erlangen, ermutigen die noch recht geringen ausländischen Privatinvestitionen in der Region, verringern das Risiko und erleichtern die Vermittlung von Technologien und von Führungswissen.

Der Beitrag der EBWE zum Transfer von fortgeschrittener Technologie, Managementpraxis und Systemen in die Region wird auf zahlreichen Sektoren deutlich - wie beispielsweise bei den Finanzinstituten, der Telekommunikation, im Erdöl- und Erdgasbereich, in der Schwerindustrie, im Agrarbereich und der Reaktorsicherheit - sowie in der Sanierung der Umwelt.

Aufschlüsselung der Geschäftstätigkeit

Zum 31. Dezember 1993 hat die Bank 156 Projekte gebilligt. Das Hauptfinanzierungsinstrument bildeten Darlehen (88 Prozent, von denen 22 Prozent Kreditlinien für lokale Kreditgewährung ausmachten), während Investitionen in Aktien 12 Prozent ausmachten.

Sektoren

Telekommunikation und Finanzinstitute sind ihrem Umfang nach die wichtigsten Segmente des Portefeuilles. Gemessen an der Anzahl der Projekte machen Finanzinstitute, Verarbeitung und Agrarindustrie den größten Anteil aus (vgl. Graphik auf Seite 14).

Bewilligte EBWE-Projektfinanzierung nach Sektoren

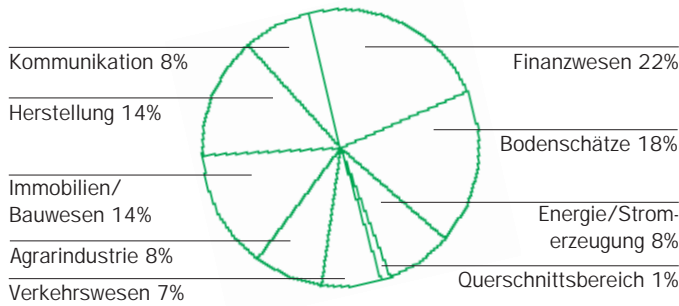
	1993		Kumulativ zum 31. Dezember 1993	
	Anzahl	(Millionen Ecu)	Anzahl	(Millionen Ecu)
Telekommunikation	4	173,5	18	657,8
Finanzwesen	23	509,0	29	570,0
Verarbeitende Industrie	21	325,3	30	504,7
Bodenschätze	5	409,4	9	499,5
Immobilien/Bau/Hotels	12	316,1	18	480,3
Energie/Stromerzeugung	4	189,6	11	397,5
Agrarindustrie	13	182,7	23	307,8
Querschnittsbereich	3	15,6	11	180,0
Verkehrswesen	6	154,9	7	178,9
Gesamt	91	2.276,1	156	3.776,5

Länder

Im Vergleich zu 12 Ländern am Jahresende 1992 waren Ende 1993 in 19 Ländern Projekte bewilligt worden. In Anbetracht der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen der einzelnen Länder und der steigenden Anzahl von Mitgliedsländern konzentrierte sich die Geschäftstätigkeit der Bank - bezogen auf die Anzahl sowie den Gesamtwert der Projekte - sowohl auf geographische als auch sektorspezifische Schwerpunkte. Fast 75 Prozent der bewilligten Projekte entfielen auf sechs Länder. Jedoch hat sich in den meisten dieser Länder die sektorale Auffächerung ausgedehnt.

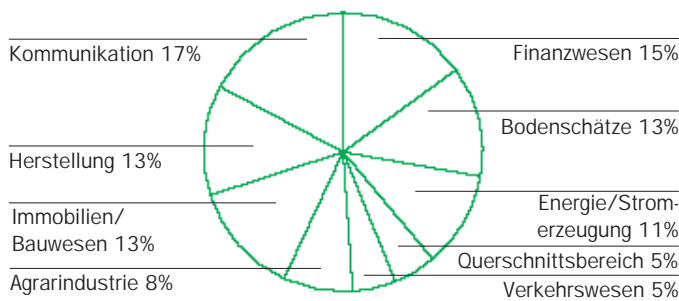
Bewilligte Projekte - nach Sektoren

1993 nach Wert



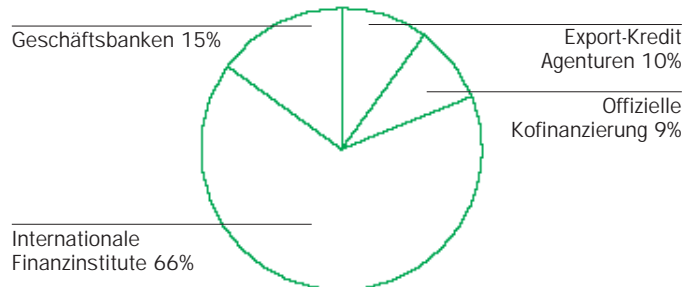
Bewilligte Projekte - nach Sektoren

Kumulativ zum 31. Dezember nach Wert



Geldgeber für Kofinanzierungs-Fonds

1993 nach Wert



Bewilligte EBWE - Projektfinanzierung nach Ländern

	1993		Kumulativ zum 31. Dezember 1993	
	Anzahl	(Millionen Ecu)	Anzahl	(Millionen Ecu)
Regional	3	15,0	7	116,1
Polen	10	233,7	31	691,5
Ungarn	18	418,3	30	646,2
Russische Föderation	10	404,7	19	528,7
Rumänien	13	194,5	17	424,7
Tschechische Republik	5	216,3	10	291,5
Slowakische Republik	8	237,9	9	246,0
Slowenien	5	151,6	5	152,4
Bulgarien	3	7,5	6	120,4
Usbekistan	2	100,8	2	100,8
Kasachstan	1	100,0	1	100,0
Belarus	2	46,3	3	82,0
Estland	2	32,1	3	71,0
Armenien	1	51,4	1	51,4
Lettland	1	10,9	2	45,2
Litauen	—	—	1	39,0
Albanien	5	26,5	6	36,4
EJR Makedonien	1	24,0	1	24,0
Ukraine	1	4,6	2	8,3
Moldau*	—	—	0	0,9
Gesamt	91	2.276,1	156	3.776,5

* Teilprojekt, das mehrere Länder einschließt

Schwerpunkte bei der Projektfinanzierung 1993

Die EBWE verfügt über ein großes Spektrum von Finanzierungsinstrumenten und ist bei der finanziellen Strukturierung ihrer Projekte sehr flexibel. Im folgenden Abschnitt werden die wichtigen Finanzierungen für eine Auswahl von Projekten dargestellt, die 1993 unterzeichnet wurden.

Die Finanzierungsstruktur für die Autobahn M1-M15 in Ungarn (EBWE-Anteil: 126 Millionen Ecu) enthält innovative Elemente, die den Anteil der lokalen Finanzierung maximieren. Zusätzlich zu einem syndizierten Fremdwährungskredit, bei dem die EBWE für die beteiligten Kommerzbanken als Kreditgeber auftritt, begibt die EBWE eine Forintanleihe, deren Erlöse an die Projektgesellschaft weitergeleitet werden. Außerdem gibt die EBWE eine Garantie für die Privatplatzierung einer Anleihe und eine Teilgarantie für die öffentliche Begebung einer weiteren Anleihe ab. Die Bank wird auch als Minderheitsaktionär der Projektgesellschaft auftreten.

Das Joint Venture Sarafschan-Newmont (47 Millionen Ecu) ist das erste privatwirtschaftliche Projekt in Usbekistan, für das jemals auf dem Finanzmarkt ein Darlehen mit begrenztem Rückgriff arrangiert wurde. Es handelt sich um ein Projekt zur Gewinnung

von Gold aus Erzen minderer Qualität. Während der Bauphase dieses Projekts gewähren die Partner jeweils eine 50-prozentige Fertigstellungsgarantie. Die usbekischen Partner (beides Staatsunternehmen) bürgen der Bank gegenüber, während Newmont den beteiligten Geschäftsbanken gegenüber bürgt. Nach der Fertigstellung sind sowohl die EBWE als auch die Geschäftsbanken am Projektrisiko beteiligt.

Mit dem Trebruk/Kostrzyn-Projekt in Polen (28 Millionen Ecu) wurde eine in finanzielle Schwierigkeiten geratene Papierfabrik in größerem Umfang umstrukturiert. Die Umstrukturierung beinhaltet den Verkauf an schwedische und andere Investoren aus den nordischen Ländern, die Schließung umweltbelastender Werkteile, die Einführung von modernen Prozessen und Technologien und die Neuverhandlung bestehender Unternehmensschulden (einschließlich Abschreibungen). Die Bank strukturierte die Neufinanzierung für Trebruk/Kostrzyn so, daß sich zwei internationale Banken am EBWE-Darlehen beteiligen und polnische Banken einen Parallelkredit gewähren.

Beim ersten Leasing-Projekt der EBWE, Thomleaseco, einem Unternehmen, das Ausrüstungen an russische und baltische Forstwirtschaftsunternehmen vermietet, handelt es sich um ein Darlehen in Höhe von 3,5 Millionen Ecu. Diese Firma vermietet dringend benötigte Holzeinschlagsausrüstungen an sechs Privatunternehmen. Auf einem anderen Weg wäre eine solche internationale Finanzierung nicht zustande gekommen.

Estline Ferry war die erste Zusage der EBWE für ein Projekt im privaten Sektor in den baltischen Staaten. Der Bank gelang es, in nicht mehr als zwei Monaten das Projekt zu analysieren, zu strukturieren, und ein Darlehen zuzusagen und (zusammen mit einer schwedischen Bankbeteiligung am ausgereichten Darlehen) abzuschließen. Als offizieller Kreditgeber spielte die Bank eine maßgebliche Rolle für diese Finanzierung, da es in Estland keine Präzedenzfälle für eine Kreditaufnahme auf den internationalen Kapitalmärkten gibt.

Einige der ersten Bankprojekte der EBWE haben nunmehr ihre Fälligkeit erreicht:

Petőfi: das erste Darlehen der Bank für den privaten Sektor vom November 1991; es ist zugleich das erste, das in vollem Umfang zurückgezahlt wird. Das Unternehmen wirtschaftet erfolgreicher als erwartet, es hat Kapital auf dem lokalen Markt mobilisiert, um das Devisendarlehen zurückzuzahlen.

Cokoladovny: gemeinsam mit den Partnern BSN und Nestlé die erste Kapitalbeteiligung der Bank. 1993 wurde eine Dividende gezahlt. Das Unternehmen ist an der Prager Börse notiert und die Gewinne wachsen.

Wielkopolski Bank Kredytowy (WBK): das Umsatzvolumen allein der WBK-Aktien an der Warschauer Börse erreicht täglich mehrere Millionen Dollar.

Die EBWE entwickelte zusammen mit den ungarischen Behörden ein besonderes Finanzierungsinstrument zur Unterstützung der Privatisierung des staatlichen Betreibers der Ungarischen Telekommunikations-Gesellschaft (HTC). Die Bank bewilligte eine Investition in Höhe von 51 Millionen Ecu in Form von konvertiblen Vorzugsaktien an HTC; die IFC bewilligte gleichzeitig eine gleichartige Investition in Höhe von 26 Millionen Ecu. Mit dieser Investitionsstruktur wurden das dringend benötigte Entwicklungskapital bereitgestellt und sowohl für die Betreibergesellschaft als auch für die ungarische Regierung Anreize geschaffen, die Privatisierung rasch voranzutreiben. Der Sieger in der Ausschreibung für den Privatisierungsprozeß verfügte über die Option, die Aktien von der EBWE und IFC zu erwerben, auch wenn diese Option nicht ausgeübt wurde. Als die Privatisierung abgeschlossen war, übte die Bank eine Option aus, ihre Investitionen in Stammaktien umzuwandeln und ist nunmehr mit zwei Prozent am Aktienkapital von HTC beteiligt.

Kofinanzierung

Für die EBWE hat die Einbeziehung von Kofinanzierungen in ihre Geschäftstätigkeit hohe Priorität. Erfolge bei der Heranziehung von externen Kapitalquellen für die von der Bank geförderten Projekte vergrößern den Gesamtumfang der für die Wahrnehmung des Mandats vorhandenen Ressourcen. Durch die Katalysatorrolle bei der Mobilisierung von Mitteln aus externen Quellen reduziert sich die Nachfrage nach bankeigenen Mitteln bei einzelnen Projekten, was wiederum die Möglichkeit eröffnet, zusätzliche Projekte zu unterstützen.

Potentielle Quellen für externe Finanzierung sind unter anderem die internationalen Finanzinstitutionen, Geschäftsbanken, Exportkreditagenturen und andere offizielle Quellen, wie beispielsweise staatliche Entwicklungsprogramme.

Die Bank arbeitet weiter eng mit diesen potentiellen Partnern zusammen. 1993 ist es ihr in einer beträchtlichen Anzahl von Fällen gelungen, externe Finanzierungen zur Ergänzung der bankeigenen Mittel zu gewinnen, um den Investitionsbedarf ihrer Kunden abzudecken. Für zahlreiche Kreditnehmer ist eine Finanzierung zu kommerziellen Bedingungen durch eine internationale Finanzinstitution der erste Schritt zu einem unabhängigen Zugang zu kommerziellen Finanzmärkten. Einzelheiten über Kofinanzierungsquellen werden in der folgenden Tabelle wiedergegeben (vgl. auch Graphik Seite 14).

Quellen für Kofinanzierungsfonds 1993

	Projekte	Millionen Ecu
Internationale Finanzinstitutionen	12	783,76
Geschäftsbanken	9	182,90
Exportkreditagenturen (direkte Darlehen und Unterstützung für kommerzielle Finanzierungen)	6	115,51
Offizielle Kofinanzierung (von Darlehen z.B. durch JEXIM, KfW oder staatliche Behörden)	10	110,00
Gesamt	37	1.192,17

Darüber hinaus wurden als Bestandteil des von den nordischen Ländern eingerichteten Investitionsprogramms für den Ostseeraum 1992 zwei Sonderfonds bei der EBWE gebildet und zwar ein Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum sowie der Sonderfonds für technische Unterstützung im Ostseeraum. Das vorrangige Ziel dieses Programms besteht in einer Förderung der Entwicklung des privaten Sektors über Investitionen in kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesen Staaten. 1993 wurden beträchtliche Fortschritte bei der Projektvorbereitung erzielt: für sie wird eine Finanzierung über den Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum in den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 erwartet. Die Nordische Investmentbank und der Nordische Exportprojektfonds verwalten weitere Bereiche des Investitionsprogramms für den Ostseeraum. Dazu zählen Fazilitäten für die Kofinanzierung kleinerer Projekte sowie die Bereitstellung von technischer Unterstützung für Projektvorbereitungen. Die beiden im Rahmen der EBWE ins Leben gerufenen Sonderfonds sind nicht gebunden und Einlagen weiterer EBWE-Mitgliedsländer sind möglich.

Die EBWE hat mit der Weltbank bei Projekten in Rumänien, Bulgarien, der Russischen Föderation und Ungarn; mit der Europäischen Investitionsbank in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und Slowenien; und mit der IFC in Polen, der Russischen Föderation und Ungarn zusammengearbeitet.

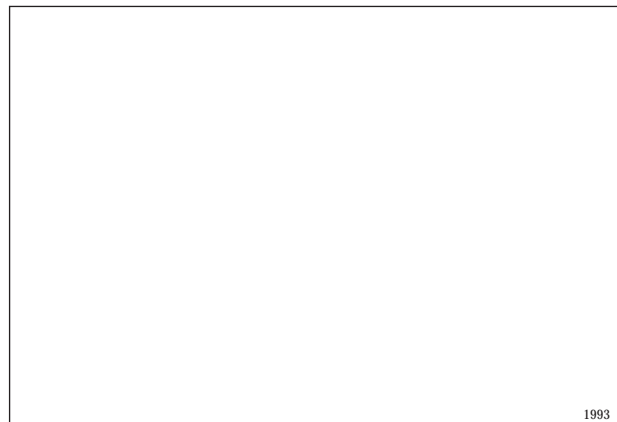
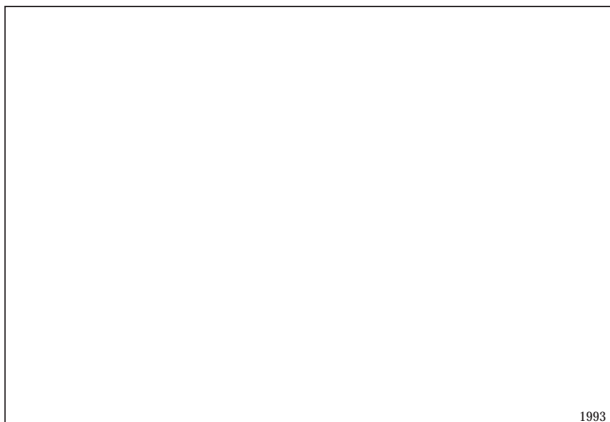
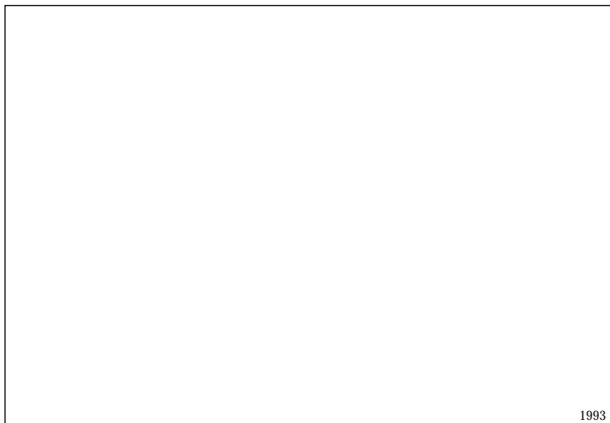
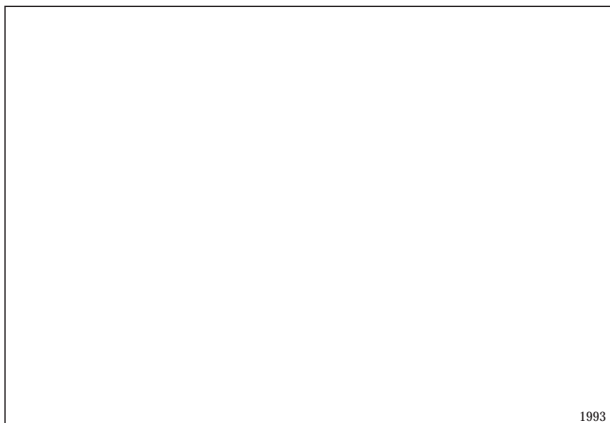
Im Verlaufe des Jahres haben sich 26 internationale Banken zusammen mit der EBWE an acht Projektdarlehen beteiligt; zwei davon waren syndizierte Transaktionen. Beim Autobahnprojekt M1-M15 in Ungarn brachten die EBWE und Banque Nationale de Paris gemeinsam ein Darlehen in Höhe von 186 Millionen Ecu auf.

Beim Joint Venture Sarafschan-Newmont (Usbekistan) mobilisierten die EBWE und Barclays Bank gemeinsam ein Darlehen von 94,1 Millionen Ecu. In beiden Fällen wurde der zur Syndizierung angebotene Teil des Darlehens überzeichnet.

Die Bank arbeitet mit Exportkreditagenturen zusammen, so daß Kofinanzierungsmechanismen entwickelt werden können, die das Ausmaß der Beteiligung solcher Agenturen an Bankprojekten vergrößern. 1993 wurde von der Bank die ECLAT-Methode (Export Credit Loan Arrangement Technique) erarbeitet, die eine Kofinanzierung mit Exportkreditagenturen erleichtern soll, und zwar durch Vergabe von Exportkrediten für staatliche Projekte, die internationalen Ausschreibungen unterliegen. Eine Reihe dieser Agenturen und Banken hat sich mit der Pilot-Dokumentation vertraut gemacht und 1994 wird die Bank die praktische Umsetzung dieser Finanzierungsmethode weitervorantreiben.

Die EBWE und JEXIM haben als offizielle Kreditgeber eine Absichtserklärung über die Kofinanzierung des Darlehens für HTC unterzeichnet. Damit taten sie einen ersten Schritt zu gemeinsamen Kofinanzierungen, wie sie im 1992 unterzeichneten Rahmenabkommen vorgesehen sind.

Beispiele von
Kofinanzierungsvereinbarungen für
Projekte im Jahre 1993



Finanzinstitute und KMU

Trotz hoher Inflation und extremer Währungsschwankungen, die in zahlreichen Ländern zu einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld beitrugen, entfaltete die EBWE im Finanzsektor eine sehr aktive Geschäftstätigkeit. In diesem Sektor bewilligte sie bis Jahresende 1993 für 29 Operationen Zusagen im Gesamtumfang von 570 Millionen Ecu.

Für die EBWE spielt der Finanzsektor eine vorrangige Rolle. Ihm kommt in der Marktwirtschaft eine zentrale Rolle zu, weil er zahlreiche grundlegende ökonomische Funktionen wahrnimmt, wie beispielsweise die Mobilisierung und den Einsatz von Ersparnissen, die Überwachung von Finanzanlagen sowie die Einrichtung internationaler und nationaler Zahlungssysteme. Durch Modernisierung und Entfaltung des Finanzsektors in der Region sowie durch verbesserte Finanzierungs- und Zahlungsdienstleistungen und durch einen Anstieg der zur Verfügung stehenden und erschlossenen Gelder hofft die Bank, für ihr Geschäftswachstum eine große Hebelwirkung zu entfalten. Ferner hofft die Bank, die Wirksamkeit ihrer Geschäftstätigkeit in anderen Wirtschaftssektoren durch enge Partnerschaft mit dem Finanzsektor auf ein Höchstmaß zu steigern.

Es ist das Bestreben der EBWE, diese Ziele durch eine direkte Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Finanzinstituten zu erreichen. Die Bank hat örtliche Banken finanziert und in sie investiert. Ebenfalls beteiligte sie sich an der Schaffung einer ganzen Reihe neuer Finanzintermediäre und setzte durch lokale und internationale Banken Kreditlinien und ähnliche Instrumente in Gang.

Bei der Privatisierung von Wielkopolski Bank Kredytowy (WBK) spielte die Bank 1993 eine zentrale Rolle, indem sie einen Anteil von 28,5 Prozent am Bankkapital erwarb. WBK ist eine der neun staatlichen Banken, die aus der Geschäftsbanktätigkeit der ehemaligen Polnischen Nationalbank hervorgegangen sind. Sie hat sich zu einer führenden Geschäftsbank mit über 30.000 Kreditnehmern entwickelt, von denen die meisten kleine und mittelständische polnische Unternehmen sind. Die Überführung dieser Bank in den Privatsektor war im vergangenen Jahr die größte und anspruchsvollste Bankprivatisierung in Polen, zugleich setzt sie einen Meilenstein im Privatisierungsprozeß des Landes sowie für die Tätigkeit der EBWE im Finanzsektor. Mittlerweile arbeitet die Bank eng mit WBK am Ausbau der gegenwärtigen Geschäftstätigkeit sowie an der Entwicklung künftiger gemeinsamer Projekte zusammen.

Zum ersten Mal hat die EBWE auch eine Rolle auf dem Gebiet der Emission übernommen, und zwar im Zusammenhang mit der Ungarischen Außenhandelsbank (MKB). Als eines der führenden Institute zeichnete die EBWE in dem Zusammenhang 15 Prozent einer Anleiheemission im Wert von 100 Millionen DM. Über dieses Projekt machte die Bank erste Erfahrungen mit diesem finanziellen Instrument, das ihre Rolle als Katalysator verstärkt. Erstmals wurde in diesem Fall ein osteuropäischer Kreditnehmer ohne eine Bürgschaft von der Regierung auf den internationalen Markt gebracht. Damit vergrößern sich die Möglichkeiten für ausländische Direktinvestitionen in der Region.

Die Bank hat für 11 Kapitalbeteiligungsfonds Investitionen zugesagt oder diese bereits getätigt, die beabsichtigen, knappes Risikokapital zur Verfügung zu stellen. So hat die Bank beispielsweise in der Ukraine, in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, zusammen mit einer Gruppe von internationalen Investoren - einschließlich der Bank of Boston und Claflin Capital Management - einen kleinen Fonds für Risikokapital geschaffen. Der Fonds wurde sogar überzeichnet, statt der angestrebten 10 Millionen US-Dollar wurden 12 Millionen US-Dollar aufgebracht. Der Fonds hat bereits in sieben Projekte investiert.

Die Bank hat eine Beteiligung von 14,7 Millionen Ecu am Framlington-Investmentfonds für die Russische Föderation gebilligt. Dieser erste Fonds im privaten Sektor in der Russischen Föderation vergibt Risikokapital an private Unternehmen.

Die EBWE schafft einen Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation. Damit wird die Absicht verfolgt, die dringend notwendige Stimulierung des Eigentums und der unternehmerischen Tätigkeit im Privatsektor voranzutreiben, tragfähige Beschäftigungsmöglichkeiten auszubauen und diversifizierte und flexible Produktionsstrukturen zu entwickeln, die auf die neuen Marktbedingungen reagieren. Mit einem Fonds von 300 Millionen US-Dollar, von dem eine Hälfte von bilateralen Geldgebern und die andere aus dem Stammkapital der Bank kommt, sollen Kleinunternehmen unterstützt werden. Dieser Fonds wird in einer Pilotphase derzeit in Tula, Tomsk und Nishni Nowgorod erprobt.

Gemeinsam mit örtlichen Finanzinstituten hat die EBWE mit Komerčni Banka in der Tschechischen Republik und mit Vseobecna Uverova Banka in der Slowakischen Republik Projekte zur Handelsförderung aufgenommen; beide erhielten einen Kredit von je 53,8 Millionen Ecu. Mit diesen Darlehen sollen Exportdarlehen und Vorfinanzierungskredite für Exporte in tschechischen und slowakischen Unternehmen ermöglicht werden.

Der Leitgedanke der EBWE auf diesem Gebiet ist die direkte Zusammenarbeit mit Finanzinstituten. Damit verfolgt die Bank das Ziel, in dem Maße wie diese Finanzinstitute wachsen und zunehmend Erfahrungen im Bereich der Handelsfinanzierung sammeln, einen nachhaltig günstigen Einfluß auf ihre Geschäftstätigkeit zu erzielen.

Kleine und mittelständische Unternehmen

Im Jahr 1993 bewilligte die EBWE 17 Projekte zur Etablierung von finanziellen Intermediären. Diese zielen darauf ab, Darlehens- oder Kapitalbeteiligungsinvestitionen einzusetzen, um in erster Linie den in der Entwicklung befindlichen Sektor der kleinen und mittelständischen Unternehmen voranzutreiben (vgl. Tabelle).

Kreditlinien von 54 Millionen Ecu wurden von der EBWE der Nationalbank Usbekistans und über 100 Millionen Ecu der Nationalbank Kasachstans eingeräumt. Diese Mittel werden von der EBWE und nationalen Banken ausgewählten Banken zur Weiterverleihung an neue Unternehmen im Privatsektor zur Verfügung gestellt. Diese Finanzierungen gewähren Unternehmen Hilfe bei der Überwindung von Problemen, die mit der Genese eines privaten Sektors verbunden sind, wie zum Beispiel die Erstellung von Geschäftsplänen, die Bereitstellung von Gründungskapital und von langfristigen Devisendarlehen. Die Kreditlinie für Usbekistan war gekoppelt mit einem parallelen Programm für technische Zusammenarbeit zur institutionellen Stärkung der Nationalen Bank für Außenwirtschaft.

EBWE-Fazilitäten für Finanzinstitute*

Stand: 31. Dezember 1993

Instrumente	Anzahl
Kofinanzierungslinien	7
Agenturlinien	3
Kreditlinien an Banken	10
Apex-Kreditlinien	2
Kreditbürgschaften	1
Aktienfonds	11
Kapitalbeteiligungen an Banken	9
Langfristige Investitionen in anderen Finanzinstituten	3
Handelsförderung	2
Emission	1
Gesamt	49

* Die in dieser Tabelle aufgelisteten Kategorien sollen die verschiedenen Aspekte der Banktätigkeit illustrieren.

In der Slowakischen Republik hat die EBWE 20 Prozent der Anteile an Slovenska Pol'Nohospodarska Banka (SPB) erworben. Diese ist geschaffen worden, um den Umgestaltungs- und Privatisierungsprozeß in der Landwirtschaft sowie kleine und mittelständische Unternehmen insgesamt zu unterstützen. SPB entwickelt sich rasch zu einer breitgefächerten Geschäftsbank mit vollem Dienstleistungsspektrum. Ihre Kunden sind eine vielschichtige Gruppe slowakischer Sektoren und Unternehmen. Das Hauptziel der Investitionen der EBWE besteht darin, SPB bei der Ausweitung ihrer laufenden Geschäftstätigkeit und bei der Expansion in neue Geschäftsbereiche zu unterstützen, um ihre führende Rolle als slowakische Bank mittlerer Größe zu stärken.

Zur Förderung von Projekten mittlerer Größenordnung ist die Bank in ein Kofinanzierungsabkommen mit der Internationalen Moskauer Bank, einer in der Russischen Föderation wirkenden Joint-Venture-Konsortialbank, eingetreten. Ziel ist die Finanzierung von Projekten, in einer Größenordnung von 500.000 bis 8 Millionen US-Dollar.

Umstrukturierung und Privatisierung

Als führender Investor und Kreditgeber setzt die EBWE innovative Privatisierungs- und Umstrukturierungsprojekte in Gang. Sie verfolgt damit die Absicht, nachhaltige Demonstrationseffekte und Multiplikatorwirkung zu erzielen. 1993 verschob sich das Hauptaugenmerk von der Privatisierung in Richtung auf die Umstrukturierung potentiell tragfähiger Unternehmen, sowohl vor wie nach der Privatisierung.

Im Verlauf des Jahres 1993 hat die Bank Rahmenprogramme zur Bereitstellung von Startkapital entwickelt. Auf diesem Wege soll Gruppen von teilnehmenden Unternehmen dabei geholfen werden, finanzielle Umstrukturierungen vorzunehmen, Ausbildungs- und Managementfachwissen einzuführen und das Überleben durch Entwicklung des eigenen Marktpotentials zu sichern. Dazu gehört eine Verbindung von Kapitalbeteiligung mit wichtigen Mitteln aus Fonds für die technische Zusammenarbeit. Diese Arbeitsweise ist in Polen recht weit verbreitet, wo es durch das Sonderumstrukturierungsprogramm staatlichen Betrieben möglich wird, Zugang sowohl zu neuem Kapital als auch zu relevantem ausländischen Managementfachwissen zu erlangen und die entsprechenden unternehmerischen Entscheidungen zu treffen,

um eine Stabilisierung, Umstrukturierung und Privatisierung des Unternehmens innerhalb von fünf Jahren zu erreichen. Die derzeit in der Russischen Föderation mit Unterstützung mehrerer Geberländer entwickelten regionalen Risikofinanzierungsfonds zielen darauf ab, mit einem guten Management und Investitionen privatisierte mittelständische Unternehmen zu unterstützen, die grundlegende Bedürfnisse befriedigen, beziehungsweise die natürlichen Vorteile des Landes gut auszunutzen wissen. Um das Risiko dabei möglichst gering zu halten, muß bei diesen Programmen eine gründliche Selektion erfolgen, durch die zugleich eine Kombination von Zuschüssen, erstklassigem Management und lokalen Investitionsförderprogrammen erreicht werden kann.

Die EBWE hat des weiteren einige größere staatliche Einzelbetriebe unterstützt, um den Weg für eine Finanzierung der Umstrukturierung zu ebnen und auch hier die Teilnahme des Privatsektors zu fördern. Dabei handelt es sich um Hilfsprogramme, die sich mit technischen, juristischen oder kommerziellen Fragen beschäftigen und deren Ziel darin besteht, die Geschäftstätigkeit so zu strukturieren, daß eine Finanzierung durch die Bank möglich wird. In der Russischen Föderation liegt der Schwerpunkt dabei auf dem militärisch-industriellen Sektor: bei Betrieben für die Entwicklung von Raumfahrtprojekten, die Produktion von medizinischen und optischen Instrumenten sowie für die Herstellung von Gabelstaplern. In der Ukraine leistete die Bank Beraterdienste bei der Umgestaltung und Privatisierung des staatlichen Unternehmens für Binnen- und Küstenschifffahrt. Dies war zugleich das erste große Privatisierungsprojekt in diesem Land und dient daher als Modell für künftige weitere Privatisierungen dieser Art. Ferner hat die Bank mit albanischen Behörden und mit westlichen Investoren bei der Privatisierung und dem Ausbau der Chromindustrie des Landes zusammengearbeitet.

In Ungarn hat die EBWE bei EGIS, einem Projekt im Bereich der Pharmaindustrie, auf dem Wege einer Kapitalerhöhung eine direkte Kapitalbeteiligung erworben. Die Investition ist so angelegt, daß starke Anreize für den Staat geschaffen werden, im Verlauf des kommenden Jahres den staatlichen Anteil an diesem Unternehmen weiter abzubauen. Wegen der marktbeherrschenden Stellung von EGIS auf dem Binnenmarkt konnte die Investition ohne strategischen Partner vorgenommen werden. Die Investition der Bank zielt darauf ab, die Perspektiven für eine weitere Privatisierung des Unternehmens zu verbessern und schließlich für kommerzielle Finanzierung interessant zu machen.

Für einzelne Länder hat die EBWE Beratungsprojekte in Gang gesetzt. Nach wie vor unterstützt die Bank in der Russischen Föderation das Programm für eine Massenprivatisierung durch

Bereitstellung von Hilfe bei der Durchführung von Gutscheinauktionen in den Regionen. Es wurden Privatisierungsmodelle entwickelt, die privatisierten Unternehmen bei der Suche nach ausländischen strategischen Partnern behilflich sein sollen. Im März unterzeichnete die Bank ein Darlehensabkommen im Umfang von 37 Millionen Ecu (das erste Darlehen für technische Zusammenarbeit der EBWE), mit dessen Hilfe Beratungs- und Ausbildungsdienstleistungen zur Verwirklichung des russischen Privatisierungsprogramms finanziert werden. In Estland hat die Bank Beratungshilfe für die Organisation der estnischen Privatisierungsagentur geleistet.

Entsprechend dem laufenden Rahmenvertrag mit dem PHARE-Programm der Europäischen Kommission stellt die Bank der Kommission und den Empfängerländern technische Dienstleistungen für die im Rahmen des PHARE-Programms durchgeführten Privatisierungs- und Umstrukturierungsaktivitäten zur Verfügung.

Im Rahmen des mittel- und osteuropäischen Privatisierungsnetzes befaßte sich die Bank, etwa durch die Publikation eines technischen Dokuments über Management- und Mitarbeiter-Buy-Out mit der immer wiederkehrenden Frage, wie die Privatisierung in den einzelnen Ländern vorangetrieben werden kann.

Im März veröffentlichte die Bank ein Privatisierungshandbuch, das vom zuständigen russischen Ministerium als bindende Richtlinie für das laufende Programm anerkannt wird. Bis Jahresende wurden 18.000 Exemplare an Immobilienaussschüsse und -fonds, Beamte und Unternehmen verteilt.

Im Stahlsektor hat die EBWE mit anderen internationalen Organisationen bei der Umstrukturierung der Produktion zusammengearbeitet. Ziel ist es, die zugrundeliegenden Wettbewerbsvorteile zu nutzen und sicherzustellen, daß die Kapazität weitestgehend dem tatsächlich vorhandenen Markt entspricht.

Die Bank hat damit begonnen, das im Namen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) durchgeführte Umstrukturierungsprogramm (Turn-Around-Management-Programme - TAM) für Mittel- und Osteuropa in die Wege zu leiten. In seinem Rahmen werden erfahrene hochkarätige Manager aus dem Westen in Bulgarien, Estland, Polen, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn eingesetzt, um den Managern vor Ort direkt bei der Umstrukturierung ihrer Unternehmen zu helfen.

Agrarindustrie

Die Tätigkeit der Bank im Bereich der Agrarindustrie wird durch Darlehen und Investitionen für private Projekte verkörpert. Sie haben gewöhnlich einen örtlichen und westlichen Investoren als Trägerunternehmen, dem es darum geht, neue Märkte in der Region zu entwickeln. Darüber hinaus betreibt die EBWE ausgewählte Projekte im Infrastrukturbereich mit dem Ziel, Investitionen aus dem privaten Sektor in der Agrarindustrie voranzutreiben. Die im April bestätigte Bankstrategie für die Finanzierung der Landwirtschaft unterstrich die Notwendigkeit, je nach Stand der Wirtschaft und Sektorreform unterschiedliche Instrumente zum Einsatz zu bringen: Darlehen für den Privatsektor und Kapitalinvestitionen, Darlehen für die Entwicklung der Infrastruktur, Kreditlinien und Projekte für die technische Zusammenarbeit. 1993 bediente sich die Bank des gesamten Spektrums der zur Verfügung stehenden Instrumente, einschließlich zahlreicher Projekte für technische Zusammenarbeit, um ihre Investitionen klar zu definieren und vorzubereiten.

Die Bank hat die Schaffung von Großhandelsmärkten in Rumänien, Belarus, Bulgarien und Ungarn finanziert. Dadurch soll die notwendige Infrastruktur für die Bereitstellung von Einrichtungen geschaffen werden, um die Markttransparenz und den Wettbewerb zu verbessern und die Entwicklung eines effizienten Verteilungssystems zu beschleunigen.

Das erste Infrastrukturprojekt mit einer kommunalen Bürgerschaft wurde im Dezember für den Budapester Großhandelsmarkt bewilligt. Die EBWE will die Entwicklung des privaten Großhandels mit Frischobst und -gemüse durch die Finanzierung einer zweiten Phase bei der Schaffung des umfangreichsten Großhandelsmarkts in Osteuropa unterstützen. Durch die Finanzierungsstruktur werden die Budapester Behörden angehalten, die Leistung des Vermarktungsunternehmens genau zu überwachen und sofort helfend einzugreifen, falls sich dessen finanzielle Lage verschlechtert. Durch eine Option zu einem späteren Zeitpunkt, das Fremdkapital in ein Darlehen in der Landeswährung umzuwandeln, bietet sich dabei zusätzliche Flexibilität. Damit wurde ebenfalls die Absicht verfolgt, das Devisenrisiko auf ein Minimum zu reduzieren.

Ein Darlehen in Höhe von 91,9 Millionen Ecu wurde an vier ungarische Banken ausgereicht, die auf dem Gebiet der Darlehensvergabe für die Agrarindustrie eine führende Rolle spielen. Zugleich ist dies das größte Geschäft der Bank im Agrarsektor. Diese Mittel werden an Agrarindustrie-Projekte im privaten Sektor

Ungarns weitergereicht, insbesondere an neuartige Genossenschaften, landwirtschaftliche Familienbetriebe und Unternehmen, die sich nach der Umstrukturierung der Genossenschaften und Staatsfarmen entwickelt haben. Somit wird über die Bereitstellung der in großem Umfang erforderlichen kurzfristigen Finanzierung die Überführung von Vermögenswerten aus dem kollektiven und staatlichen Sektor in Privateigentum erleichtert.

In der Agrarindustrie gibt es weitere Projekte: Die älteste tschechische Zuckerfabrik Thurn-Taxis-Dobrovice wird eine EBWE-Investition in Höhe von 4 Millionen Ecu zur Erweiterung ihrer Produktionskapazität einsetzen und um den neuen Umweltbestimmungen Genüge zu tun. Die einzige Produktionseinrichtung für alkoholfreie Getränke in Albanien wird durch eine Investition in ein bereits bestehendes Joint-Venture-Abfüllwerk für alkoholfreie Getränke, die Coca-Cola-Abfüllanlage Tirana, aufgebaut und betrieben. Ein bulgarischer Joghurthersteller, Danone-Serdika, wird eine Investition dazu benutzen, Joghurt herzustellen und auf dem Binnenmarkt zu vertreiben.

Bodenschätze

Die Länder Mittel- und Osteuropas und besonders die ehemalige Sowjetunion verfügen über einige der größten Vorkommen der Welt. Trotzdem verursachen jedoch die sinkende Produktion und Schwierigkeiten in der Logistik auch weiterhin chaotische Zustände in der Region. Die Bank hat auf diese Situation dadurch reagiert, daß sie eine doppelte Entwicklungsstrategie verfolgt: Steigerung der Produktion und des Exports in Ländern mit großen Vorräten an fossilen Brennstoffen und Diversifizierung der genutzten Ressourcen sowie Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in Ländern ohne solche Vorkommen.

Trotz der reichlich vorhandenen Bodenschätze und vielversprechender Investitionschancen war der Zufluß direkter Investitionen aus dem Ausland gering. Als Lieferant von Öl und Erdgas ist die Russische Föderation für die Weltmärkte ein Faktor von maßgeblicher Bedeutung, was sich auch in der Tätigkeit der Bank widerspiegelt. Die zentralasiatischen Republiken und Aserbaidschan verfügen über ein vielversprechendes Potential für zukünftige Lieferungen, jedoch sind vor einer Vermarktung

beträchtliche Investitionen für die Transportinfrastruktur erforderlich.

In der Volkswirtschaft vieler Länder der Region spielt der Bergbau eine wichtige Rolle. Einige von ihnen gehören zu den weltgrößten Lieferanten von Nichteisen- und Edelmetallen. Obwohl die Produktion in den letzten fünf Jahren als Ergebnis der allgemeinen Zerrüttung der Wirtschaft und der unzureichenden Qualität des Kapitals in diesem Industriezweig gesunken ist, ist der Abschwung im allgemeinen geringfügiger ausgefallen als der Niedergang der Industrieproduktion. Dadurch hat die relative Bedeutung dieses Bereichs zugenommen, und beträchtliche Metallmengen sind für den Export freigegeben worden. Die Länder der Region werden für die Modernisierung ihres Bergbaus viele Jahre benötigen, diese Länder sind wahrscheinlich das letzte große noch unerschlossene Gebiet für die Erkundung und Entwicklung mineralischer Vorkommen.

Mit einer Ausnahme sind an allen von der Bank bewilligten Projekten im Bereich der Bodenschätze sowohl örtliche Träger als auch neue ausländische Partner beteiligt. Letztere stellen das Barkapital, die Technik und modernes industrielles Fachwissen zur Verfügung. Alles das wird für den Aufbau stabiler Unternehmen benötigt, die in der Lage sind, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen.

In der Slowakischen Republik schließt sich den zwei örtlichen Trägern im Sloveca-JV-Unternehmen ein westliches Unternehmen auf diesem Gebiet (Enichem Augusta aus Italien) an. Zusammen wollen diese Partner eine hocheffiziente petrochemische Anlage mit hohem Umweltstandard errichten. Dem Unternehmen steht ein Team unter Führung des westlichen Partners vor; letzterer verfügt über ein weit verbreitetes internationales Absatz- und Marketingnetz. Durch die Investition der Bank soll dieses umstrukturierte Unternehmen sowohl auf dem Binnen- als auch auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig und gewinnbringend arbeiten können. Da sich die beiden örtlichen Träger im Staatsbesitz befinden, stellt dieses Projekt weiterhin einen konkreten Schritt in Richtung auf die Privatisierung dar.

Beim Projekt "Polarlicht" für die Entwicklung des Ardalín-Ölfelds in der russischen Region Timan-Petschora geht es um die Erschließung von 24 neuen Ölquellen, die Errichtung einer zentralen Produktionsanlage und die Verlegung von über 60 km Pipeline. Während der 20-jährigen Laufzeit des Projekts soll die Förderung auf bis zu 26.000 Barrel pro Tag ansteigen, die Gesamtproduktion wird über 80 Millionen Barrel betragen. Dieses Projekt wird 286,4 Millionen Ecu kosten, wozu die EBWE 80,7 Millionen Ecu beiträgt, die Internationale Finanzierungs-

gesellschaft (IFC) 53,8 Millionen Ecu und die OPIC 44,8 Millionen Ecu; bis zum Ende des Jahres 1993 waren alle 179,3 Millionen Ecu der vorrangigen Verbindlichkeiten ausgezahlt. Das Projekt wird es ermöglichen, etwa 1.000 direkte Arbeitsplätze in der Russischen Föderation zu schaffen, und für über die Hälfte der gesamten Investitionskosten des Projekts werden Güter und Dienstleistungen in der Russischen Föderation gekauft. Da "Polarlicht" eines der ersten Erschließungsprojekte in der Timan-Petschora-Region darstellt, wird die dabei finanzierte Infrastruktur auch anderen zukünftigen Projekten in diesem Raum zugute kommen.

Zum Joint Venture Sarafschan-Newmont - mit dem die EBWE ihr erstes Bergbauprojekt betreibt - gehört die Errichtung einer Haufenlaugungsanlage und die Verarbeitung mineralischer Rohstoffe in der Goldgrube von Muruntau in der Wüste Kysylkum (Usbekistan). Die maximale jährliche Goldproduktion soll bei 631.000 Unzen liegen. Für dieses Projekt in Höhe von 134 Millionen Ecu hat die Bank 94 Millionen Ecu erstrangiger Verbindlichkeiten arrangiert; die Hälfte davon kommt direkt von der EBWE, die andere Hälfte ist das Ergebnis einer Konsortialfinanzierung durch 13 Handelsbanken. Dabei handelt es sich um die erste derartige Konsortialfinanzierung in der ehemaligen Sowjetunion.

Mit ihrem ersten Leasing-Finanzierungsprojekt für das Russische und Baltische Forstwirtschaftsunternehmen fördert die EBWE die Entwicklung des sehr wichtigen Forstwirtschaftssektors in der Region. Das Unternehmen vermietet dringend benötigte Holzeinschlagsausrüstungen an sechs einschlägige Privatunternehmen in der Russischen Föderation und den Ostseestaaten, für die ansonsten die Möglichkeit einer internationalen Finanzierung nicht bestanden hätte. Mit diesem Projekt erwirtschaften die Forstwirtschaftsunternehmen Devisen, und außerdem wird eine umweltgerechte Forstwirtschaft ermöglicht.

Energie

Durch die vorhandenen Energieressourcen ist die Region zu einem der größten Energieverbraucher der Welt und einem der wichtigsten Lieferanten für Westeuropa geworden. Da jedoch die Verteilungsmechanismen der ehemaligen staatlichen Kommandowirtschaft keine wirklichen Anreize zur Einsparung von Energie gaben, sind die Energiemärkte dieser Region durch unwirtschaftliche Nutzung und Energieverschwendung auf der Verbraucherseite gekennzeichnet.

Für die energieimportierenden Länder gehören Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu den vordringlichsten Problemen, die sich aus der raschen Anpassung des Energieaustauschs an das internationale Preisniveau und dem daraus resultierenden Niedergang der Energieversorgung ergeben. Selbst in den energieexportierenden Ländern hat der Zusammenbruch des alten

Wirtschaftssysteme die Energieerzeugung beeinträchtigt. Die Region muß sich weiterhin mit schwerwiegenden Umweltproblemen auseinandersetzen, die mit der Energiegewinnung zusammenhängen, einschließlich der komplizierten Frage der Reaktorsicherheit.

Die Bank ist der Auffassung, daß die Bereitschaft der Länder zur Fortführung von Reformen, mit denen der Energieverbrauch reduziert und die Energieeffizienz auf der Angebots- und Nachfrageseite verbessert werden, starke Rückwirkungen auf die Aussichten hat, ein umweltgerechtes Wachstum zu erreichen. Aus diesen Gründen verfolgt die EBWE das Ziel, Projekte zu unterstützen, die die Schaffung eines transparenten und allgemein zugänglichen Energiemarktes, die Betreibung von Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf kommerzieller Grundlage und insbesondere die Einbeziehung des Privatsektors fördern. In den meisten Ländern ist die Entwicklung neuer Kraftwerkskapazität nicht erforderlich. Besondere Priorität kommt daher der Unterstützung für die Rationalisierung und Sanierung der wichtigsten Anlagen zu, die mit der kommerziellen Nutzung und/oder Privatisierung von Stromerzeugungs-, -leitungs- und -verteilungseinrichtungen zusammenhängen; ebenso hat die Unterstützung der Schaffung von Marktmechanismen und -bestimmungen Vorrang, die für die Entstehung unabhängiger privater Elektrizitätsversorger erforderlich sind, sowie eine wirtschaftlichere Nutzung bei den Endverbrauchern in Industrie von gewerblichen Bauten und in Haushalten (beispielsweise durch Energiesparmaßnahmen, Einführung von Stromzählern und Darlehen für Programme zur Effizienzverbesserung der Energienutzung in den baltischen Staaten). Vorrang hat ebenso eine bessere Umweltverträglichkeit der Energieversorgungseinrichtungen (etwa durch die Förderung von Brennstoffsubstitution mit einem höheren Anteil von Erdgas, durch Verringerung der Staubemission, das verringerte Abfackeln von Gas und bessere Verbrennungswerte).

Im Verlauf des Jahres bewilligte die Bank vier Darlehen im staatlichen Sektor in einem Gesamtumfang von 189,6 Millionen Ecu. Dabei ging es um die Einführung eines kommerziellen Managements im Energie- und Elektrizitätssektor, die zunehmende Unabhängigkeit der Elektrizitätsversorgungsunternehmen von staatlicher Hilfe, für die Fertigstellung von Kraftwerken (Kraftwerksprojekt Rasdan, Armenien) und um Sanierungs- und/oder Modernisierungsprojekte (Wasserkraftwerksprojekt an der Drau in Slowenien, Sanierung der westsibirischen Öl- und Gasfelder und Kraftwerksmodernisierung in Belarus). Die Umweltverträglichkeit all dieser Projekte ist hoch; außerdem sind sie mit Programmen für eine technische Zusammenarbeit

gekoppelt, durch die ein kommerzieller Betrieb der Elektrizitätsunternehmen gefördert und ihre Umstrukturierung vorbereitet werden.

Einen beträchtlichen Teil der Tätigkeit der EBWE macht die Bereitstellung von Expertendienstleistungen aus. Im Rahmen des Programms für technische Zusammenarbeit der Bank wird der institutionellen Stärkung von Elektrizitätsunternehmen und der Unterstützung der Regierungen bei der Durchsetzung von Reformen im Bereich der Elektrizitätsversorgung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Als Beispiele sollen hier genannt werden: die Unterstützung bei der Schaffung eines wettbewerbsfähigen Elektrizitätsmarktes in Polen, Planung und Vorbereitung einer verbesserten neuen Strompreisstruktur (Stromsystem Slowenien), verbesserte Kontrollen bei Buchhaltung und Finanzwesen (rumänischer Öl- und Gassektor sowie Stromsektor in Polen), Planungen für eine Sanierung des Gasversorgungssystems (Russische Föderation und Ukraine) und die Erarbeitung einer Strategie für Kohlenwasserstoffe auf der Grundlage der Erneuerung einer der wichtigsten Ölraffinerien in der Ostseeregion (Litauen).

Die EBWE unterstützt Anstrengungen für die Verbesserung der Reaktorsicherheit. Sie fördert Investitionen, die dazu beitragen, in Betrieb befindliche Hochrisikoreaktoren zu ersetzen. Zugleich werden auf diese Weise Reformen gefördert (insbesondere realistischere Berechnung der Stromtarife), wodurch zugleich der Bedarf eingeschränkt wird, solche Kernkraftwerke in Zukunft weiter zu betreiben. Die Unterstützung der Bank für derartige Projekte ergänzt die Finanzierung kurzfristiger Sicherheitsverbesserungen, die mit Programmen zur Schließung der Kraftwerke gekoppelt sind, durch das multilaterale Reaktorsicherheitskonto (vgl. Seite 29). Unter besonderen Umständen ist die Bank auch bereit, Kernkraftwerksprojekte unter Verwendung eigener Mittel zu unterstützen, wenn diese durch Einstellung des Betriebs von Hochrisiko-Reaktoren zu einer Verbesserung der Reaktorsicherheit insgesamt führen. Die Möglichkeit einer Beteiligung der Bank in derartigen Ausnahmefällen wird äußerst sorgfältig von Fall zu Fall geprüft.

Zusammen mit der Weltbank und der Internationalen Energie-Agentur (IEA) wirkte die Bank an dem gemeinsamen Bericht an den Tokioter Gipfel der G-7 (Juli 1993) über Energiealternativen für unsichere Kernkraftreaktoren mit. Die Bank stellte Kostenschätzungen für Verbesserungen der Reaktorsicherheit und die Fertigstellung von im Bau befindlichen Kernkraftwerken bereit. Aus diesem Bericht geht hervor, daß bis zum Jahr 2000 die erforderlichen Investitionen im Elektrizitätsbereich in Ländern mit wenig sicheren Kernreaktoren sich auf 21 bis 30 Milliarden US-Dollar belaufen, in Abhängigkeit von dem Anteil an Kernenergie in den verschiedenen Szenarien.

Telekommunikation

In der gesamten Region war das Jahr 1993 erneut von intensiver Tätigkeit auf dem Telekommunikationssektor gekennzeichnet. Immer mehr Länder, insbesondere in Mitteleuropa, konzentrieren sich auf Deregulierung und Privatisierung, um die rasche Erneuerung und Erweiterung der überladenen nationalen Kommunikationsnetze voranzutreiben.

Die Bank billigte eine Investition von konvertierbaren Vorzugsaktien in Höhe von 57 Millionen Ecu für HTC, das ungarische Telekommunikationsnetz. Dieses Projekt stellt den Höhepunkt der Anstrengungen (sowohl von Seiten der ungarischen Behörden als auch der Bank) zur Unterstützung der Privatisierung von HTC dar. Die erste Teilprivatisierung eines osteuropäischen Telekommunikationsunternehmens fand im Dezember mit dem Verkauf einer HTC-Kapitalbeteiligung von 30 Prozent an ein Konsortium der Deutschen Bundespost Telekom und Ameritech International statt. Es handelte sich dabei um das größte Privatisierungsgeschäft in der Region, da das Konsortium für seine Beteiligung einen Betrag von 875 Millionen Ecu aufbrachte.

Im Verlaufe des Jahres hat die lettische Regierung - einem zuvor von Estland beschrittenen Weg folgend - 49 Prozent der Beteiligung an Latvia Telecom ausgeschrieben.

Parallel zu diesen Privatisierungsbemühungen wurden verstärkte Anstrengungen für die Deregulierung örtlicher Netze und die Mobilisierung privaten Kapitals und Know-hows für die Entwicklung unternommen. Sowohl in Polen als auch in Ungarn sind zahlreiche Lizenzen für örtliche Netze entweder bereits erteilt worden oder werden noch vergeben, wobei für diese Zwecke immer größere Summen an inländischem und ausländischem Kapital, vor allen Dingen aus dem Privatsektor, gebraucht werden.

In Osteuropa, insbesondere in der Russischen Föderation und der Ukraine, scheint der Ansturm zur Errichtung privater internationaler Risikounternehmen als Zwischenlösung allmählich nachzulassen und Anstrengungen Platz zu machen, die auf eine Standardisierung und Integration der zahlreichen Netze und Betreiber hinauslaufen. Die Schaffung eines modernen rechtlichen Rahmensystems bildet die Voraussetzung für eine solche Konsolidierung, und die Ergebnisse beträchtlicher Investitionen in die technische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet während des Jahres 1993 fangen gerade erst an, Früchte zu tragen.

Im Verlaufe des Jahres hat die Bank ihren Bestand an Telekommunikationsinvestitionen beständig erweitert. Zum Ende des Geschäftsjahres belief er sich auf 18 vom Direktorium bewilligte Projekte - 16 Darlehen und zwei Beteiligungsinvestitionen - mit einem Gesamtvolumen von 657,8 Millionen Ecu. Von diesem Gesamtbetrag wurden 4 Projekte mit einem Umfang von 173,5 Millionen Ecu im laufenden Jahr genehmigt.

Das slowakische Telekommunikationsprojekt umfaßt ein staatliches Darlehen im Umfang von 44 Millionen Ecu für den Bau eines modernen landesweiten digitalen Überlagerungsnetzes sowie die Ausweitung und schrittweise Erneuerung der örtlichen Telefonkapazitäten. Im April schloß sich das Projekt der tschechischen Telekommunikation an, bei dem es sich abermals um ein staatliches Darlehen (72, 5 Millionen Ecu) handelt, das zur Finanzierung eines Projekts ähnlich dem in der Slowakischen Republik verwendet wird. Sowohl das tschechische als auch das slowakische Darlehen sind mit einer verstärkten Entwicklung des Telekommunikations-Sektors verbunden und ebnet somit in der Zukunft den Weg für eine mögliche Privatisierung.

Im Bereich von Ausrüstungen für den Telekommunikations-Sektor bewilligte die EBWE im August eine Investition von 6,2 Millionen Ecu für Emcom in Rumänien. Dieser Darlehensnehmer ist ein Joint Venture aus RomTelecom, Electromagnetica und Siemens, das die Herstellung digitaler Vermittlungseinrichtungen plant.

Neben diesen Investitionen stellte die Bank 2,5 Millionen Ecu für die Finanzierung von acht technischen Kooperationsprojekten in der Region zur Verfügung. Hervorzuheben ist vor allem ein Projekt, mit dem die russische Regierung bei der Neuformulierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Telekommunikations-Sektor beraten wird.

Im Verlauf des Jahres hat die Bank den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Telekommunikations-Sektor auf innovative Projektfinanzierungen mit eingeschränktem Rückgriffsrecht verlagert, womit sie den Wünschen der Geschäftspartner und den zunehmend knapper werdenden Mitteln der öffentlichen Hand gerecht wird. Gegenwärtig entwickelt die EBWE in zehn Ländern Telekommunikations-Projektfinanzierungen mit eingeschränktem Rückgriffsrecht.

Verkehrswesen und innerstädtische Infrastruktur

Auch weiterhin bestehen gewaltige Anforderungen im Bereich der Infrastruktur, diese müssen erfüllt werden, um die Lebensbedingungen zu verbessern, die Kosten für das Verkehrswesen zu verringern und um die Marktintegration zu unterstützen. Dafür werden beträchtliche Investitionen benötigt. Ebenfalls sind aber Reformen in Organisation und Preisgestaltung erforderlich, um sicherzustellen, daß die Entwicklung auf einer tragfähigen Grundlage verläuft.

Durch die neun 1993 bewilligten Infrastrukturprojekte trägt die Bank mit 391 Millionen Ecu zu einem Gesamtinvestitionsumfang von 1,155 Milliarden Ecu bei.

Der Bedarf an infrastrukturellen Investitionen der Bank war 1993 am stärksten ausgeprägt im Bereich Autobahnen. In diesem Bereich wurden Projekte in Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und Ungarn durchgeführt. Sie tragen zur Entwicklung des Straßentransports für Passagiere und Frachtgut bei und leisten ebenfalls einen Beitrag zum Transport verderblicher Güter auf westliche Märkte. Es ist ein Grundsatz der Bank, sich an Autobahnprojekten nur unter der Voraussetzung der Additionalität zu beteiligen. Diese wird anfänglich meist durch die Bildung von Unternehmen und die Einrichtung von Mautstraßen und dadurch verwirklicht, daß Führungsqualitäten und Kapital aus dem privaten Sektor einbezogen werden. Beim ersten Bau-Betrieb-Übergabe-Projekt (BOT-Projekt) in Mittel- und Osteuropa auf dem Gebiet des Verkehrswesens handelt es sich um die M1-M15-Autobahn in Ungarn. Die Finanzierung einer Teilstrecke der Autobahnverbindung Budapest - Wien wird aus den Mauteinnahmen getragen.

Die Modernisierung des Flugverkehrs ist von essentieller Bedeutung. Das erste Bankprojekt für den Luftverkehr wurde im Juli gebilligt und trägt zur Modernisierung des internationalen Flugplatzes Riga (Lettland) bei. Darüber hinaus wurden im Dezember Investitionen für den Flughafen von Tallinn (Estland) und den von Kiew (Ukraine) bewilligt. Projekte zur Verbesserung des Luftverkehrs werden zur Zeit für fünf weitere Länder erarbeitet, und dieser Bereich wird in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit einen wichtigen Bestandteil der Banktätigkeit darstellen.

Beim Schienenverkehr handelt es sich um einen entscheidenden Bereich, die Eisenbahnunternehmen tragen nicht unwesentlich zu beträchtlichen Defiziten in vielen Staaten bei. Die Bank hilft den Verwaltungen der Eisenbahnunternehmen bei der Umstrukturierung. Das erfolgt durch eine Verkürzung des Streckennetzes, die Festlegung von Schwerpunkten, die

Gewinnorientierung sowie eine fallweise Modernisierung von Infrastruktur und Ausrüstungen. Das erste Bankdarlehen an ein Eisenbahnunternehmen (in Slowenien) wurde im Juni gebilligt. Gegenwärtig leistet die Bank technische Zusammenarbeit, um Eisenbahnprojekte für 10 weitere Länder zu erarbeiten.

Der städtische Personenverkehr ist im Normalfall flächendeckend und wird gut angenommen; aufgrund der fehlenden Ressourcen verschlechtert sich allerdings der Zustand und darüber hinaus gibt es einen wachsenden Wettbewerbsdruck durch die private Motorisierung. Im Juli wurde das erste Darlehen für innerstädtische Verkehrseinrichtungen an die Stadt Budapest ausgereicht. Innerstädtische Verkehrsprojekte werden weiterhin für Sofia, Warschau und andere Städte erarbeitet.

Mit dem Projekt für den Budapester Stadtverkehr wird beabsichtigt, das gesamte System zu sanieren und seine Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, um die Umweltbelastung zu verringern und die hohen Belastungen des städtischen Haushalts zu vermindern. Das Projekt setzt sich aus vier Teilen zusammen: Generalüberholung von 270 Bussen, Umrüstung von 500 Busmotoren, Teilsanierung der Metrostrecke Millennium und Einführung neuer Bestimmungen für das Parken von PKW, um so viele private Fahrzeuge wie möglich vom Stadtzentrum fernzuhalten, Staus zu vermindern und zur Benutzung der öffentlichen Transportmittel anzuregen. An diesem Projekt beteiligt sich auch die Weltbank; sie finanziert 150 neue Busse und die Sanierung von etwa 60 km Straßenbahnnetz.

Tourismus und Immobilien

Im Tourismusbereich setzt die EBWE für ihre Investitionstätigkeit einige Prioritäten. Einerseits geht es ihr darum, für Kunden aus internationalen Geschäftskreisen gut geführte Hotels mit hohen Qualitätsstandards zu finanzieren, andererseits bemüht sie sich um die Entwicklung von Tourismuseinrichtungen in solchen Ländern, die einen aussichtsreichen Wettbewerb mit ähnlichen Einrichtungen in der ganzen Welt nicht zu scheuen brauchen. Sie hilft damit beim Wiederaufbau einer Tourismusindustrie, die stark genug sein muß, um sich den Anforderungen und Sachzwängen der lokalen und regionalen Märkte zu stellen.

Im Immobilienbereich verfolgt die Bank das Ziel, die Schaffung moderner Büros, Lagerhäuser, Verteilungszentren und Vertriebsräume für den Einzelhandel zu unterstützen. Sie bevorzugt Projekte, an denen sich starke und erfahrene Geldgeber beteiligen, die auf langfristige Erfahrungen in der Region zurückblicken können. Ähnlich stehen auch solche Projekte ganz oben auf der Tagesordnung, mit denen die Bank ihre Ziele in Bereichen wie Verbesserung der Umweltbedingungen, Umstrukturierung und Privatisierung, städtebauliche Sanierung, kommunale Entwicklung und dem Technologietransfer durchsetzen kann.

So billigte die Bank im Jahr 1993 unter anderem ein Darlehen von 17,4 Millionen Ecu für die Erneuerung und Erweiterung des Hotels Praha in Prag, an das ein modernes Bürogebäude angebaut wird. Sie stellte ebenfalls Darlehen und Kapitalbeteiligungen in Höhe von 23,9 Millionen Ecu für zwei Konferenzhotelprojekte in Tirana zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Bank bei der Erarbeitung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien für den Tourismus in mehreren Ländern geholfen, insbesondere in Albanien, Usbekistan und Kirgisistan.

Schließlich ist die EBWE zusammen mit einem strategischen Partner (der Accor-Gruppe) über eine Beteiligung in Höhe von 6,25 Millionen Ecu an der ungarischen Pannonia-Hotelkette zu einem Hauptaktionär bei der ersten großen Hotelprivatisierung in Ungarn geworden.

Umwelt: Auswirkungen der Geschäftstätigkeit der EBWE

Bei ihrer gesamten Geschäftstätigkeit ist die EBWE gehalten, eine tragfähige ökologische und umweltverträgliche Entwicklung zu fördern. Im Jahre 1993 ist sie dieser satzungsgemäßen Verpflichtung dadurch nachgekommen, daß sie alle laufenden Investitionsprojekte und Projekte für die technische Zusammenarbeit einer ökologischen Prüfung unterzogen hat, und daß sie eine Vielzahl von Initiativen für den Zeitraum der Investitionsvorbereitung, für die Ausbildung sowie weitere Umweltbereiche und Einzelprojekte gemeinsam mit Mitgliedsländern der Bank entwickelt hat.

Der wichtigste ökologische Beitrag der Bank sind Investitionen in solche Projekte, bei denen Energie und andere Ressourcen effizienter zum Einsatz kommen und die die Umwelt weniger belasten als Einrichtungen, die sie ersetzen. So wird beispielsweise durch Investitionen in gasbefeuerte Elektrizitätswerke und Gas-Pipelines die Abhängigkeit der Region von der umweltbelastenden Braunkohle reduziert. Kredite für neue oder verbesserte Industrieanlagen fördern saubere Technologien, eine bessere Nutzung der Ressourcen, minimalen Schadstoffanfall und die Beseitigung von Umweltverschmutzungen. Verbesserungen des öffentlichen Verkehrswesens, wie etwa durch Investitionen im städtischen Nahverkehr Budapests führen in der Regel zu geringerer Luftverschmutzung und einer saubereren Umwelt in städtischen Ballungsgebieten. Investitionen für Versorgungsprojekte wie Kläranlagen, Wasserversorgung und Anlagen zur Entsorgung von Sondermüll tragen zu einem besseren Standard im Gesundheitswesen und zu einer höheren Umweltqualität, insbesondere in Flüssen und anderen Gewässern bei.

Der Schwerpunkt der im Jahre 1993 entwickelten umweltorientierten Infrastrukturprojekte lag bei Projekten zur Wasserversorgung, die sich besonders nachhaltig umweltfördernd auswirkten (Kläranlagen in Polen und Estland) und auf Initiativen wie dem Donaudelta-Projekt in Rumänien, dessen Hauptanliegen der Umweltschutz ist. Im Verlaufe des Jahres finanzierte die EBWE 25 Projekte für technische Zusammenarbeit, um bei der Vorbereitung von Umweltprojekten mitzuwirken.

Die EBWE war an der Erarbeitung und Umsetzung des von 46 europäischen Umweltministern und der Europäischen Union auf der Luzerner Umweltkonferenz für Europa im April verabschiedeten Umweltaktionsprogramms für Mittel- und Osteuropa beteiligt. Zum Jahresende war die Kofinanzierung von Geberländern für eine Anzahl möglicher Bankprojekte durch das in Luzern gebildete Projektvorbereitungs-Komitee zugesagt. Die Bank setzte weiterhin ihre Beteiligung an den Umweltprogrammen für die Ostsee, die Donau und den Schwarzmeerraum fort.

Für die Umwelt der Region stellt die Energieerzeugung eine der Hauptgefahren dar, weil durch sie über 70 Prozent der Schwefeldioxidemissionen verursacht werden.

Eine zentrale Rolle in der Energiepolitik der Bank spielen daher Investitionen in moderne und effiziente Anlagen zur Energieerzeugung und Energieübertragung. Oft geht dies mit der Schließung alter und die Umwelt stark belastender Einrichtungen einher. So war die Bereitstellung von Finanzmitteln der Bank für den Abschluß des Baus von Block 5 des Gaskraftwerks von Rasdan in Armenien an Auflagen gebunden, sowohl die teilweise Wiederinbetriebnahme des erdbebengefährdeten Kernkraftwerks von Medsamor zu verhindern, als auch die Verwendung von Schweröl im Rasdan-Komplex einzuschränken. Das Darlehen für das gasbetriebene Kombikraftwerk in Orscha (Belarus) wurde von einer Reduzierung der Schadstoffemission in den bestehenden Kraftwerken abhängig gemacht. Mit der Finanzierung des Umbaus von Wasserkraftwerken entlang der Drau in Slowenien durch die EBWE wird der Anteil der dort erzeugten Energie aus erneuerbaren Quellen erhöht. Die Bank ist sich der bedeutenden Nachfrage nach energiewirtschaftlichem Management bewußt und arbeitet gewöhnlich Aspekte des Naturschutzes und der Wirtschaftlichkeit in ihre Energieprojekte ein, wie etwa im Falle des Energieprojekts in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien.

Die Bereiche Industrie, Verarbeitung und Bodenschätze umfassen einige äußerst komplizierte Projekte, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen. Solche Projekte werden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen und/oder -einschätzungen unterzogen, um den aktuellen Umweltzustand des Standorts festzustellen und die Auswirkungen einer möglichen Finanzierung durch die Bank vorherzusagen. Zu den Fragen, die in diesem Zusammenhang gewöhnlich gelöst werden müssen, gehören unter anderem die Einhaltung von Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften, die Analyse aus der Vergangenheit herrührender Umweltverschmutzungen und Klärung der umweltrechtlichen Haftung sowie von Widersprüchen in der Umweltgesetzgebung, Aspekten fehlender Kontrolle und Meinungsverschiedenheiten zwischen vorschriftsetzenden Umweltorganisationen.

Umweltaspekte spielen in alle Phasen der Projektvorbereitung und -bewilligung durch die Bank hinein. Die Anforderungen an die umweltbezogenen Aufgaben im Rahmen der banküblichen Sorgfaltspflicht unterscheiden sich in Abhängigkeit vom Projekthalt, potentiellen Umweltgefahren oder vergangenheitsbedingten Risiken, Gefahren aus der derzeitigen oder zukünftigen Arbeitsweise, Erwägungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und damit verbundenen Fragen. Die einschlägigen Untersuchungen werden rechtzeitig in Gang gesetzt, sodaß Umweltbesorgnis

Rechnung getragen wird und Kostenschätzungen für Umweltschutzmaßnahmen vor der Projektbewilligung zur Verfügung stehen. Oft verweisen Umweltverträglichkeitsuntersuchungen auf Probleme, denen sich die Geschäftsleitung stellen muß. Dementsprechende Bedingungen und Auflagen im Hinblick auf Umweltschutzmaßnahmen und Kontrolle bilden einen Teil der Darlehensvereinbarungen.

Bei der am Autobahnprojekt M1-M15 in Ungarn durchgeführten Umweltprüfung wurden solche Aspekte wie Bodenbeschaffenheit, Wasser, Luft, besiedelte Ortschaften, archäologische Fundorte, Landschaftsgestaltung, Umweltschutz, Lärm und Schwingungsverhalten untersucht. Umfassende Konsultationen und eine Reihe von Maßnahmen zur Minderung der Umweltbelastungen wurden dabei einbezogen, einschließlich Unterführungen für Wildwechsel. Erstellt wurden auch Umweltanalysen für den Umbau der Flughäfen in Riga und Kiew, um zu gewährleisten, daß die durchgeführten Arbeiten den nationalen Umweltbestimmungen entsprechen. Für die Investition in eine Fährverbindung zwischen Stockholm und Tallinn mußte eine Umweltprüfung durchgeführt werden, um nachzuweisen, daß dieses Projekt voll den internationalen Umweltnormen entspricht. Für die Erneuerung einer Eisenbahnlinie in Slowenien wurde ebenfalls eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung vorgenommen, und eine weitere solche Prüfung wurde für eine neue Eisenbahnverbindung zwischen Ungarn und Slowenien eingeleitet.

Bei der Einrichtung und der Modernisierung von Großhandelsmärkten in Ungarn, Belarus und Rumänien sowie der Sanierung einer Joghurtanlage in Bulgarien wurden Umweltprobleme aufgezeigt, die durch Projekt- bzw. Konstruktionsveränderungen gelöst werden konnten. Mögliche negative Auswirkungen, wie beispielsweise die Folge der Abwasserbehandlung, wurden erfolgreich geklärt. Bei einem forstwirtschaftlichen Projekt in der Russischen Föderation und der baltischen Region, das von mehreren auf dem Umweltsektor tätigen nichtstaatlichen Organisationen unterstützt wird, kommen modernste skandinavische Holzeinschlagsverfahren zum Einsatz, die beträchtliche ökologische Verbesserungen in der bisherigen Forstwirtschaft mit sich bringen.

Gewöhnlich werden im Zuge der von der EBWE vorgenommenen Umweltverträglichkeitsprüfung für Projekte der Finanzintermediäre die Umweltaspekte der bestehenden oder potentiellen Darlehens-/ Kapitalbeteiligungsportefeuilles der Finanzintermediäre (wie beispielsweise Umwelthaftungen und -risiken und Einhaltung von Vorschriften) und deren

umweltbezogene Maßnahmen, Verfahren zur Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht und institutionelle Fähigkeiten untersucht. Die Finanzintermediäre werden verpflichtet, solche Umweltverfahren anzuwenden und zu verwirklichen, die denen der Bank nahekommen. Zu den damit einhergehenden Sachzwängen und Schwierigkeiten in der Praxis zählen institutionelle Probleme der Finanzintermediäre, ein ungenügendes Potential vor Ort zur Durchsetzung der Sorgfaltspflichten im Umweltbereich und finanzielle Grenzen. Durch Initiativen im Bereich der technischen Zusammenarbeit gewährt die Bank Unterstützung, ihre Umweltspezialisten bieten darüber hinaus Beratung und Anleitung an.

Für die rumänische Erdölgewinnung, die polnische Kohlenwasserstoffchemie und das slowenische Verkehrswesen - Bereiche, in denen künftige Investitionsprojekte vorbereitet werden - laufen sektorgebundene Umwelteinschätzungen. In Zusammenarbeit mit der EG-Kommission hat die EBWE ein größeres Projekt zu den Auswirkungen von Maßnahmen für die Koordinierung von Umweltgesetzen und -normen in Ost- und Westeuropa fertiggestellt. Zur Förderung des Fachwissens von Experten im Umweltsektor wurde eine an verschiedene Projekte gebundene Ausbildung in Gang gesetzt. Zu den Initiativen gehört auch die Ausbildung von Beschäftigten in Finanzinstituten, Beratern vor Ort und anderen Umweltfachleuten auf dem Gebiet des Umweltmanagements sowie von Direktoren und Beamten für die Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Bank prüft weiterhin ihre Tätigkeit auf Transparenz. Dazu gehören auch die Verfahren für die bankübliche Sorgfaltspflicht. Anfang 1994 werden die Aspekte für die Einbeziehung der Öffentlichkeit im Direktorium erörtert.

Ein zum Jahresende initiiertes Informationsprogramm über die Einbeziehung der Öffentlichkeit sieht die Koordinierung von Ausbildung und gegenseitiger Information zwischen Projektträgern, Beamten und lokalen Interessengruppen, darunter auch nichtstaatlichen Organisationen vor.

Der Umweltbeirat der EBWE - ein Forum von Umweltexperten aus Mittel- und Osteuropa sowie aus OECD-Ländern - trat 1993 zweimal zusammen, um über die mit dem Umweltmandat der Bank verbundenen Maßnahmen und strategischen Fragen zu beraten. Eine unter dem Titel *"Investing for a better Environment"* (Investitionen für eine bessere Umwelt) herausgegebene Umweltbroschüre erschien Anfang 1993 und die erste Ausgabe des Umweltbulletins der Bank wurde zum Jahresende fertiggestellt.

Reaktorsicherheitskonto

Das Reaktorsicherheitskonto (RSK): ein multilateraler Mechanismus

Während der Münchener Gipfelkonferenz vom 6. bis 8. Juli 1992 haben die Staats- und Regierungschefs der G-7-Staaten den Ländern der Region ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Atomkraftwerke angeboten.

Dieses Programm umfaßte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen: Erhöhung der Betriebssicherheit, kurzfristige Verbesserungen der technischen Sicherheit der Kraftwerke auf der Grundlage von Sicherheitsanalysen sowie Verstärkung der Kraftwerksüberwachung. Weiterhin soll das Programm den möglichen Umfang einer Ersetzung von weniger sicheren Kernkraftwerken durch die Entwicklung alternativer Energiequellen und einer effizienteren Nutzung von Energie sowie durch Überprüfung des Potentials für technische Verbesserungen in Kernkraftwerken neuerer Bauart abschätzen und so die Grundlage für langfristige Verbesserungen der Reaktorsicherheit schaffen. Die G-7-Staaten befürworteten die Einrichtung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus, der Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebs- und technischen Sicherheit in Angriff nimmt, die durch bilaterale Programme nicht abgedeckt sind. Sie luden die Internationale Gemeinschaft ein, einen Beitrag zur Finanzierung dieser Arbeiten zu leisten. Ferner vertraten die G-7-Staaten die Auffassung, daß ein solcher Mechanismus bilaterale Finanzierungsquellen berücksichtigen, von einem Lenkungsausschuß der Geberländer auf Konsensbasis geführt, von der G-24 unterstützt und von der Bank koordiniert werden sollte. Im Februar 1993 haben die G-7-Staaten offiziell vorgeschlagen, daß die EBWE ein Konto für Reaktorsicherheit eröffnen sollte, auf das Beiträge der Geberländer eingezahlt und das für die Zuschüsse für Sicherheitsprojekte in der Region verwendet werden sollte. Im März 1993 hat das Direktorium der Bank diesen Vorschlag und die Verfahrensregeln für das RSK gebilligt. Danach ist es Aufgabe der Bank, die Projekte vorzubereiten und einer Vollversammlung der Geldgeber (bzw. einem von diesem zu bildenden Lenkungsausschuß) zur Billigung vorzulegen. Allgemein fällt der Bank die Funktion eines Sekretariats des Reaktorsicherheitskontos zu, sie stellt technische und andere Dienstleistungen bereit und unterhält ständige Verbindung zur Europäischen Kommission, die als Sekretariat der G-24 fungiert. Die Aufwendungen der Bank werden ihr aus dem Reaktorsicherheitskonto zurückerstattet.

Insgesamt wurden bis zum 31. Dezember 1993 von 13 Ländern 104 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA, Vereinigtes Königreich). Es werden weitere Einzahlungen erwartet, darunter von der Europäischen Union.

Aktivitäten des Reaktorsicherheitskontos

Priorität wird den Reaktoren des höheren Risikotyps (WWER-240/440 und RBMK) eingeräumt, sofern diese Reaktoren erforderlich sind, um eine kontinuierliche Stromversorgung in den Ländern der Region zu gewährleisten. Durch kurzfristige und

kostenwirksame Sicherheitsverbesserungen können deren Risiken erheblich reduziert werden. Das Hauptaugenmerk ist auf den Kauf von zusätzlichen Ausrüstungen für die vorhandenen RBMK- und WWER-230-Reaktoren gerichtet und nicht auf die Erstellung von Studien, die von einigen Geldgebern bereits finanziert werden. Mit den betroffenen Ländern werden Absprachen angestrebt, um Zeitpläne für eine Abschaltung der weniger sicheren Reaktoren festzulegen.

Die Vollversammlung der Geberländer bewilligte im Juni ein Projekt im Wert von 24 Millionen Ecu für die Blöcke I bis IV (Typ WWER 230) des Kernkraftwerks Kosloduj in Bulgarien. Genutzt wird dieser Betrag unter anderem für Brandschutzmaßnahmen, Inspektion kritischer Komponenten während des Betriebs, zusätzliche Instrumentierung des Kontrollraums zur Erleichterung der Arbeit der Ingenieure am Steuerpult, ein Speisewassersystem für Notfälle und weitere Verbesserungen. An der Implementierung dieses Projekts wird derzeit gearbeitet. Die bulgarische Regierung hat sich dazu verpflichtet, zunächst die Blöcke I und II und später die Blöcke III und IV abzuschalten, wenn bis etwa 1997-98 eine Reihe von Investitionen im Elektrizitätssektor verwirklicht sein werden. Dazu zählen die Modernisierung der Blöcke V und VI des Kernkraftwerks Kosloduj (Typ WWER 1.000 MW) sowie weiterer konventioneller Elektrizitätskraftwerke. Ein Aktionsprogramm, das unter anderem Energiesparmaßnahmen vorsieht, wird gegenwärtig erarbeitet.

Im Dezember bewilligte die Vollversammlung ferner ein Projekt im Gesamtwert von 33 Millionen Ecu für das Kernkraftwerk Ignalina (2 RBMK-Reaktoren) in Litauen. Nach Zustimmung durch die litauische Regierung soll dieses Projekt unterzeichnet werden.

Die in der Region errichteten Atomreaktoren leiden an einer großen Vielzahl von Sicherheitsmängeln. Priorität sollte deshalb der Schaffung eines Sicherheitsbewußtseins und einer allgemeinen "Sicherheitskultur" zukommen sowie allen denkbaren Verbesserungen an Design und Bauausführung der Kernkraftwerke. Bei den verschiedenen Typen sowjetischer Reaktoren treten unterschiedliche Sicherheitsaspekte in den Vordergrund:

WWER-Reaktoren - Hierbei handelt es sich um Druckwasserreaktoren, deren Grundkonzept dem der im Westen üblichen Druckwasserreaktoren ähnlich ist. Der älteste Typ - WWER 230/440MW (davon sind zehn Reaktoren im Betrieb) - sollte langfristig nicht in Betrieb bleiben; für den langfristigen Betrieb können die moderneren Typen - WWER 213/440 MW (14 in Betrieb) und WWER 1000 MW (18 in Betrieb) - technisch erneuert werden.

RBMK-Reaktoren - (Brennstoffkanalreaktoren) Technologie und Sicherheitsaspekte dieses Reaktortyps sind den westlichen Experten weitaus weniger vertraut als die entsprechenden Parameter beim WWER-Reaktor. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Arten dieses Reaktortyps, von denen einer im Jahre 1986 das Unglück in Tschernobyl auslöste. Die meisten Reaktorsicherheitsexperten vertreten die Auffassung, daß eine Nachbesserung dieses Typs auf ein Sicherheitsniveau, das den für einen langfristigen Betrieb erforderlichen Normen entspräche, nicht möglich ist.

Technische Zusammenarbeit

Zur Unterstützung des Geschäftsauftrags der Bank ist ein Kooperationsfonds-Programm (KFP) eingerichtet worden. Für die Durchsetzung der Ziele im Geschäftsbereich ist die technische Zusammenarbeit als direkte oder indirekte Unterstützung der Investitionstätigkeit und Kreditgeschäfte der Bank von entscheidender Bedeutung.

Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit finanziert die Bank folgende Arten von Tätigkeiten:

- Bereichsstudien (z.B. Untersuchungen zum regionalen Verkehrswesen)
- projektbezogene Analysen (z.B. Vorbereitung, Bewertung, bankübliche Sorgfaltspflicht)
- Beratungsdienste (z.B. Privatisierung, Umstrukturierung und Rechtsberatung)
- Entwicklung von Finanzinstituten und Ausbildung, insbesondere im Zusammenhang mit Finanzierungs- und Privatisierungstätigkeiten der Bank.

Bis zum 31. Dezember 1993 hat die Bank insgesamt 522 Projekte für die technische Zusammenarbeit zugesagt; diese umfassen ein geschätztes Gesamtkostenvolumen von 140,3 Millionen Ecu zur Finanzierung durch das Kooperationsfonds-Programm.

1993 sind auch die tatsächlichen Zusagen für technische Zusammenarbeit stark angestiegen. Insgesamt wurden 303 Projektzusagen über 84,9 Millionen Ecu erteilt, die Summe der Auszahlungen betrug 32,1 Millionen Ecu.

Ein ganz entscheidendes Kriterium des Kooperationsfonds-Programms (KFP) ist das Ausmaß, zu dem Investitionstätigkeit und Kreditgeschäfte der Bank durch die Vorbereitung und Durchführung von Projekten erleichtert werden. Im Jahr 1993 hat die Bank 34 Darlehen und Investitionen in einer Gesamthöhe von 1,5 Milliarden Ecu bewilligt, die durch das KFP unterstützt wurden. Insgesamt betrug die Höhe der mit diesen Kreditgeschäften verbundenen Projektinvestitionen 3,3 Milliarden Ecu. Im Vergleich zum Zeitraum 1991-92 stellt das eine wesentliche Erhöhung dar: in diesem Zeitabschnitt wurden über das KFP 17 Kreditgeschäfte mit einem Gesamtumfang von 604 Millionen Ecu bewilligt. Insgesamt waren dadurch Projektinvestitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Ecu ausgelöst worden.

Im Verlaufe des Jahres wurden intensive Anstrengungen unternommen, um den geographischen Bereich für die Beschaffung im Dienste der technischen Zusammenarbeit zu vergrößern.

Die nachfolgenden Analysen beziehen sich auf feste Finanzierungszusagen über das Kooperationsfonds-Programm.

Zusagen für technische Zusammenarbeit nach Ländern

	1993			Kumulativ 1991-93		
	Anzahl	(Millionen Ecu)	%	Anzahl	(Millionen Ecu)	%
Albanien	18	3,1	3,7	37	4,7	3,3
Armenien	4	0,7	0,8	4	0,7	0,5
Aserbajdschan	1	0,2	0,2	1	0,2	0,1
Belarus	14	3,3	3,9	19	4,4	3,1
Bulgarien	7	3,4	4,0	10	4,6	3,3
EJR Makedonien	3	0,5	0,6	4	0,5	0,4
Estland	2	0,2	0,2	12	2,3	1,6
Georgien	0	0,0	0,0	1	0,3	0,2
Kasachstan	11	3,6	4,2	11	3,5	2,5
Kirgisistan	2	0,4	0,5	2	0,4	0,3
Kroatien	3	0,0	0,0	3	0,1	0,1
Lettland	7	1,5	1,8	15	3,2	2,3
Litauen	5	1,3	1,5	14	3,3	2,4
Moldau	2	0,4	0,5	2	0,4	0,3
Polen	9	1,9	2,2	30	7,0	5,0
Rumänien	15	3,0	3,5	33	8,6	6,1
Russische Föderation	82	35,2	41,5	118	50,3	35,9
Slowakische Republik	11	2,4	2,8	16	3,5	2,5
Slowenien	19	4,4	5,2	26	5,1	3,6
Tadschikistan	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Tschechische Republik	3	0,3	0,4	12	1,9	1,3
Turkmenistan	2	0,5	0,6	3	0,5	0,4
Ukraine	9	2,8	3,3	15	6,4	4,6
Ungarn	17	2,7	3,1	29	4,7	3,3
Usbekistan	11	3,1	3,7	11	3,1	2,2
Region:						
Baltische Staaten	8	0,7	0,8	18	2,0	1,4
GUS	2	0,3	0,4	10	3,8	2,7
Zentralasiatische Republiken	7	1,4	1,6	8	1,4	1,0
Region	29	7,6	9,0	58	13,4	9,6
Gesamt	303	84,9	100,0	522	140,3	100,0

Zusagen für technische Zusammenarbeit nach Sektoren

	1993			Kumulativ 1991-93		
	Anzahl	(Millionen Ecu)	%	Anzahl	(Millionen Ecu)	%
Energie	62	19,9	23,5	98	28,5	20,3
Privatisierung	32	14,3	16,9	59	27,3	19,5
Finanzwesen	44	10,6	12,5	87	19,7	14,0
Verkehrswesen	30	8,7	10,2	53	16,2	11,5
Umwelt	25	5,4	6,4	54	12,5	8,9
Landwirtschaft	24	6,8	8,0	37	10,3	7,3
Telekommunikation	21	5,3	6,2	38	9,0	6,4
KMU	21	6,9	8,1	24	7,9	5,6
Umstrukturierung	29	6,2	7,3	34	6,4	4,6
Rechtswesen	11	0,6	0,7	24	1,5	1,1
Sozialbereich	1	0,0	0,0	5	0,5	0,4
Tourismus	2	0,2	0,2	4	0,4	0,3
Industrie	1	0,0	0,0	2	0,1	0,1
Verschiedenes	0	0,0	0,0	3	0,0	0,0
Gesamt	303	84,9	100,0	522	140,3	100,0

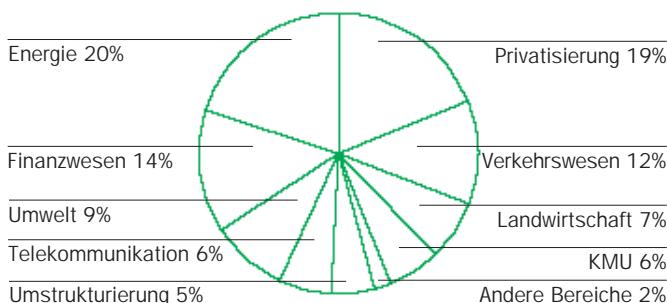
Fonds für Technische Zusammenarbeit

Im Jahr 1993 hat die Bank drei zusätzliche Kooperationsfonds-Übereinkünfte mit bilateralen Gebern unterzeichnet; dadurch ist deren Gesamtzahl auf 29 gestiegen. Darüber hinaus wurden 12 bestehende Kooperationsfonds aufgefüllt und 20 projekt-spezifische Übereinkünfte über technische Zusammenarbeit unterzeichnet sowie ein weiterer (für die Russische Föderation bestimmter - vgl. weiter unten-) Sonderfonds für technische Unterstützung gebildet. Wenn man den bereits bestehenden Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum einbezieht, hat sich die Gesamtsumme an Zuschüssen für technische Kooperation im Laufe des Jahres 1993 um 66 Millionen auf 174 Millionen Ecu erhöht, was im Vergleich zu 1992 einer Steigerung um 61 Prozent entspricht.

Im Anschluß an die Diskussionen im Gouverneursrat während der Nichtöffentlichen Sitzung bei der Jahrestagung 1993 zum Thema kleine und mittelständische Unternehmen und im Sinne der Initiative und der Unterstützung von Seiten der G-7-Länder und der EG für die Entwicklung von KMU in der Russischen Föderation hat die Bank im Rahmen ihres Pilotprogramms für Kleinunternehmen zwei Sonderfonds eingerichtet. Diese sollen der Russischen Föderation dabei behilflich sein, die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Unterstützung von örtlichen Unternehmen zu schaffen und den Weg für den Aufbau einer russischen Bank für kleine Unternehmen ebnen.

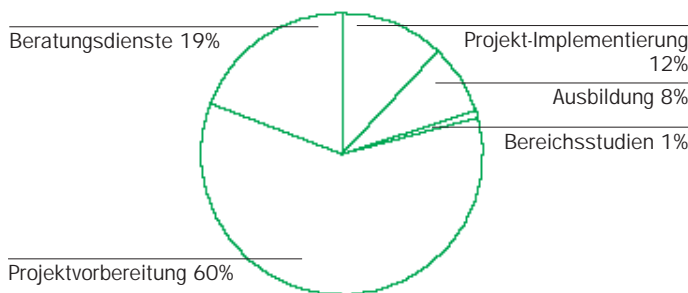
Zusagen für technische Zusammenarbeit nach Sektoren

Stand: 31. Dezember 1993 nach Wert



Zusagen für technische Zusammenarbeit nach Tätigkeit

1993 nach Wert



Übereinkommen zu den Fonds für Zusammenarbeit

Stand: 31. Dezember 1993

Geberländer und -institutionen	Datum des ursprünglichen Übereinkommens	Fonds-währung	Betrag einschl. Auf-füllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
1991				
Norwegen (Umwelt und Energie)*	16. April	NOK	20,00	2,38
Japan*	5. Juli	JPY	4.091,13	32,80
USA*	30. Juli	USD	1,27	1,14
Frankreich (Auswärtige Angelegenheiten)*	1. August	FRF	14,00	2,13
Schweden*	13. August	SEK	25,00	2,69
Taipei China	16. September	USD	10,00	8,96
Europäische Gemeinschaft*	15. Oktober	ECU	60,90	60,90
Niederlande	20. November	NLG	16,68	7,70
Vereinigtes Königreich*	25. November	GBP	1,75	2,32
Luxemburg*	26. November	ECU	0,39	0,39
Österreich	31. Dezember	USD	5,00	4,48
1992				
Finnland*	13. Januar	FIM	8,50	1,31
Kanada*	24. Januar	CAD	2,00	1,35
Frankreich (Finanzen)	26. März	FRF	20,00	3,04
Schweiz	31. März	CHF	2,50	1,51
Israel*	14. April	ILS	0,63	0,19
Italien	14. April	ITL	5.000,00	2,62
Mitteuropäische Initiative (Italien)	14. April	ITL	16.000,00	8,38
Türkei	17. Juni	TRL	10.000,00	0,62
Dänemark	1. Juli	ECU	1,50	1,50
Neuseeland	10. Juli	NZD	0,33	0,17
Spanien*	21. Juli	ESP	66,94	0,42
Europäischer Kulturfonds	15. Oktober	ECU	0,14	0,14
Portugal	20. Oktober	PTE	30,00	0,15
Island	3. Dezember	ECU	0,10	0,10
Deutschland	11. Dezember	DEM	10,00	5,17
1993				
Republik Korea	25. April	USD	0,30	0,27
Norwegen (Allgemein)	27. April	ECU	1,00	1,00
Irland	17. September	ECU	0,10	0,10
Fonds zur Zusammenarbeit insgesamt			153,93	
<hr/>				
Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	14. April 1992	ECU	5,00	5,00
Sonderfonds für Technische Unterstützung von Kleinunternehmen in der Russischen Föderation	18. Okt. 1993	ECU	1,13	1,13
Sonderfonds insgesamt			ECU	6,13
Alle Fonds insgesamt**			ECU	160,06

* Auffüllung der Fonds für Zusammenarbeit erfolgte im Jahr 1993.

** Nicht eingeschlossen sind 13,6 Millionen Ecu für spezifische Projekte im Rahmen von Übereinkünften für technische Zusammenarbeit.

Ausbildung und Schulung

Im Jahr 1993 hat die EBWE mit der Verwirklichung der neuen Strategie im Bereich von Ausbildung und Schulung begonnen. Hierbei wird der Schwerpunkt von der Durchführung eigenständiger Seminare auf die Schaffung von Möglichkeiten ländereigener Einrichtungen verlegt, die in der Lage sind, Ausbildungsmaßnahmen und andere Leistungen zur Unterstützung des Übergangsprozesses zur Verfügung zu stellen. Die Schaffung solcher autarker Qualitätszentren ermöglicht es der Bank, eine umfassende und nachhaltige Wirkung zu erzielen. Das gilt insbesondere angesichts ihrer begrenzten Ressourcen und vor dem Hintergrund des ungeheuer großen Bedarfs an technischer Unterstützung.

Die EBWE hat ihre Hilfe für verschiedene Ausbildungseinrichtungen im Banksektor in der Region weitergeführt. Dazu gehören insbesondere die Internationale Schule für Finanzen und Bankwesen in Moskau, das Institut für rumänische Bankfachleute in Bukarest, sowie das Internationale Ausbildungszentrum für Bankfachleute in Budapest. In diesen Zentren werden Tausende von Fachleuten in den Grundkenntnissen und Fertigkeiten unterrichtet, die sie für einen zeitgemäßen Bankservice für Unternehmen und Einzelpersonen benötigen. Ein Übereinkommen zur Errichtung eines regionalen Bankausbildungszentrums in Taschkent wurde im September abgeschlossen. Im Gefolge dieser neuen Initiative wird für Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan Hilfe bei der Ausbildung von Bankpersonal geleistet.

Die Bank arbeitet ebenfalls mit dem Zentrum für Management und Marketing in St. Petersburg zusammen. Hier werden für Angestellte von Geschäftsunternehmen und Beamte der öffentlichen Verwaltung Ausbildungs- und Beratungsdienste angeboten.

Darüber hinaus wurde im Jahr 1993 das Morosow-Projekt ins Leben gerufen. In seinem Rahmen arbeiten Einrichtungen und Geberorganisationen aus Ost und West zusammen an der Einrichtung dezentralisierter Geschäfts- und Ausbildungszentren in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Diese bieten örtlichen Unternehmen, Banken und den Verwaltungen der Gebietskörperschaften Beratung, Ausbildung und andere Hilfsfunktionen an. Dieses Projekt spielt eine wichtige Rolle, um abzusichern, daß den Unternehmern das Wissen zu Gebote steht, Unternehmenspläne zu erarbeiten, daß örtliche Bankinstitute umsichtig Kredite und Investitionsmittel vergeben können und daß die Beamten, die den Gebietskörperschaften vorstehen, wissen, welches Umfeld sie schaffen müssen, um die Marktwirtschaft voranzutreiben.

Bei der Durchführung eigenständiger Seminare konzentrierte sich die Bank auf ihren Beitrag für das gemeinsame Institut in Wien, das von ihr zusammen mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD getragen wird. Im Jahr 1993 hat sie fünf zweiwöchige Intensivkurse zu Fragen der Privatisierung und zu Aspekten des Managements durchgeführt.

Die EBWE wirkt an einer ganzen Reihe von Projekten zur Unterstützung der Einsatzländer bei der Entwicklung und Festigung einer Infrastruktur auf dem Gebiet des Rechtswesens mit. Unzulänglichkeiten in diesem Bereich haben Projekte erschwert und verzögert und neue Investoren abgeschreckt. Gleichzeitig wurde dadurch die Tätigkeit der Bank im privaten Sektor wesentlich erschwert.

Die Mitwirkung der Bank an Aktivitäten für Hilfe und Ausbildung auf dem Gebiet des Rechtswesens erfolgte zumeist auf Ersuchen der Einsatzländer um Unterstützung in spezifischen Angelegenheiten oder Programmen. Die Bank hat sich des weiteren verpflichtet, mit Unterstützung eines beratenden Beirats von internationalen Fachleuten ein Modellgesetz für Kreditgeschäfte mit Zugriffsrecht des Gläubigers zu erarbeiten.

Finanzpolitische Maßnahmen und Finanzergebnisse

Die im Jahre 1993 erzielten Finanzergebnisse der EBWE resultierten erneut größtenteils aus Erträgen ihres Portefeuilles für liquide Mittel, das sich überwiegend aus eingezahltem Kapital und Einnahmen aus der Begebung von Kapitalmarktanleihen zusammensetzte. Ferner erhöhten Einnahmen aus Darlehen und Kapitalbeteiligungen die Erträge. Die Finanztätigkeit wurde im Rahmen der Finanzpolitik der Bank durchgeführt, die darauf abzielt, das mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiko zu beschränken, gleichzeitig jedoch Rentabilität anzustreben. Unter Berücksichtigung der spezifischen Risiken in ihren Einsatzländern ließ sich die Bank bewußt von einer zurückhaltenden Finanzpolitik leiten. Liquide Mittel werden entsprechend den Zielsetzungen der Liquiditätspolitik der Bank gehalten. Die Investition von liquiden Mitteln vor der Auszahlung zusammen mit Einnahmen aus Darlehensvergaben und Kapitalbeteiligungen sowie Kosteneinsparungen erbrachten nach Bildung von Rückstellungen einen Gewinn in Höhe von 4,1 Millionen Ecu.

Kapitalausstattung

Im Geschäftsjahr 1993 sind Kapitaleinzahlungen in Höhe von 522 Millionen Ecu in liquiden Mitteln und Schuldscheinen eingegangen, wodurch sich der Gesamtbetrag des eingezahlten Kapitals zum Jahresende auf 1,728 Milliarden Ecu erhöhte. Die EBRD verfügt über eine starke Kapitalausstattung; das gezeichnete Kapital beläuft sich auf etwa 10 Milliarden Ecu, wovon 3 Milliarden Ecu eingezahlt und 7 Milliarden Ecu abrufbar sind. Abrufbares Kapital darf nur in dem wenig wahrscheinlichen Fall abgerufen werden, daß Verbindlichkeiten der Bank abzudecken sind. Alle Mitglieder sind gehalten, ihr eingezahltes Kapital in fünf Jahresraten von gleicher Höhe zu überweisen, die in liquide Mittel und Schuldscheine aufgeteilt werden können. Auf Ecu, US-Dollar oder japanische Yen ausgestellte Schuldscheine müssen entsprechend einem festgelegten Plan innerhalb eines Dreijahreszyklus eingelöst werden, wobei die letzte Einlösung 1997 zu erfolgen hat. Zum Jahresende 1993 verfügte die Bank über von Mitgliedern ausgestellte Schuldscheine im Gesamtgegenwert von 274 Millionen Ecu. Die Bank sicherte das in japanischen Yen und US-Dollar eingezahlte und künftig fällige Kapital ab. Durch die Absicherung von künftigen Zahlungen schützt die Bank das künftig fällige Ecu-Kapital vor ungünstigen Wechselkursentwicklungen.

Der Gesamtbetrag an ausstehenden Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien der Bank ist auf das gesamte gezeichnete Kapital plus Rücklagen und Überschüsse begrenzt, was ein konservatives Verhältnis zwischen Fremdkapital und Eigenkapital von 1:1 ergibt. Die vom Direktorium per 31. Dezember 1993 gebilligten Investitionen beliefen sich auf 3,776 Milliarden Ecu; davon entfielen 3,312 Milliarden Ecu auf Darlehen und 464 Millionen Ecu auf Kapitalbeteiligungen.

Die EBWE beschaffte sich weiterhin mittel- und langfristiges Fremdkapital* auf internationalen Kapitalmärkten zu im allgemeinen niedrigen Kapitalbeschaffungskosten bei gleichzeitiger Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen. Bei neun Transaktionen nahm die Bank Kredite im Gegenwert von 835 Millionen Ecu auf. Mittel wurden in sechs verschiedenen Währungen aufgenommen und zu freien Wechselkursen getauscht, vor allem in US-Dollar, Ecu und Deutsche Mark. Die durchschnittliche Laufzeit der 1993 aufgenommenen Kredite mit einer ursprünglichen Laufzeit von über einem Jahr betrug 8,5 Jahre.

Durch eine Diversifizierung von Darlehensaufnahmen auf eine breite Palette von Märkten und Finanzinstrumenten ergaben sich 1993 durchschnittliche Kapitalbeschaffungskosten - nach Swaptransaktion - zum Libor-Satz minus 41 Basispunkten. Der Wert der ausstehenden mittel- und langfristigen Darlehen belief sich zum Jahresende auf insgesamt 2,181 Milliarden Ecu bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 7,1 Jahren. Die durchschnittlichen Kapitalbeschaffungskosten für die gesamten ausstehenden Darlehen beliefen sich nach Swap auf den Libor-Satz minus 38 Basispunkten.

Im Dezember 1993 kündigte die EBWE für 1994 ein erstes Kreditaufnahmeprogramm an, das eine Erhöhung des ausstehenden mittel- bis langfristigen Nettofremdkapitals bis zu einem Gegenwert von 300 Millionen Ecu vorsah. Unter Berücksichtigung der Refinanzierung der fällig werdenden Kredite, des Ersatzes für zurückgezahlte Darlehen aufgrund von Marktrückkäufen und des im Rahmen des Kreditaufnahmeprogramms von 1993 noch nicht ausgeliehenen Betrags beläuft sich die Kreditaufnahmefähigkeit der Bank für 1994 auf den Gegenwert von rund 500 Millionen Ecu. Alle vorzeitigen Tilgungen aufgrund von Rückkäufen, die die Bank im Jahre 1994 auf dem Sekundärmarkt tätigt, werden ebenfalls refinanziert. Die Geschäftsführung und das Direktorium werden den Kreditbedarf des gesamten Jahres im ersten Quartal 1994 erneut prüfen.

* Mittel- bis langfristiges Fremdkapital ist Fremdkapital mit einer ursprünglichen Laufzeit von über einem Jahr.

Investition von liquiden Mitteln

Die liquiden Mittel, die eine vorrangige Einnahmequelle in den ersten Jahren der EBWE darstellen, stiegen bis zum Jahresende 1993 auf 4,051 Milliarden Ecu gegenüber 2,687 Milliarden Ecu Ende 1992. Das Portefeuille für liquide Mittel der Bank umfaßte überwiegend Mittel aus eingezahltem Kapital und aufgenommenen Krediten, neben anderen Einnahmen (Darlehen und Kapitalbeteiligungen). Die Liquiditätspolitik der EBWE erfordert, daß das Liquiditätsniveau mindestens 45 Prozent des Nettobedarfs der Bank an liquiden Mitteln für die nächsten drei Jahre beträgt. Dies stellt lediglich eine Untergrenze, nicht jedoch ein Geschäftsziel dar. Das Liquiditätsniveau betrug zum Jahresende 85 Prozent des geschätzten Bedarfs an liquiden Mitteln für die nächsten drei Jahre. Es deckt die Finanzierung der Gesamtzusagen, die im Jahre 1993 erheblich gestiegen sind (2,269 Milliarden Ecu im Vergleich zu 795 Millionen Ecu im Jahre 1992). Zwar wird erwartet, daß sich dieses Verhältnis verringert, doch wird durch diese Liquidität gewährleistet, daß die Bank über die notwendigen Mittel verfügt, um ihren Auszahlungsverpflichtungen nachzukommen und bei ihren Finanzierungsbeschlüssen flexibel zu bleiben.

Bei ihren Finanztransaktionen erzielte die Bank ein Nettoeinkommen von ungefähr 156 Millionen Ecu und zwar aus Nettozinsen und realisierten Kapitalgewinnen sowie aus Nettoerlösen von Fonds, die von externen Vermögensverwaltern geführt werden. Der von Vermögensverwaltern in US-Dollar geführte Bestand an liquiden Umlaufvermögen wird in erster Linie in US-Dollar-denominierten hypothekengesicherten Wertpapieren mit der höchsten Bonitätsstufe (AAA) angelegt. Ebenfalls hat die Bank einen Teil des in Ecu ausgewiesenen Umlaufvermögens an externe Vermögensverwalter übergeben. Das erfolgt mit dem Ziel, die Investitionen zu diversifizieren und einen Bezugswert für Renditen zu ermitteln. Nettogebühren, Provisionen und sonstige Geschäftseinkünfte erbrachten weitere 20,6 Millionen Ecu. In den Ergebnissen der Finanzabteilung kam die umsichtige Steuerung der Duration (mittlere Restlaufzeit) des Portefeuilles der liquiden Mittel im Umfeld sinkender Zinssätze zum Ausdruck. Die Ziele der Investitionspolitik bestehen darin, die Erträge aus Kapital- und Kreditmitteln der Bank im Rahmen von konservativen Grenzen zu optimieren; hierbei müssen Zins- und Kreditaktivitäten beachtet werden. Die Bank darf kein Wechselkursrisiko eingehen. Eine vom Direktorium gebilligte Sonderinvestitionsautorisation, die in der Vollmacht für die Investition von liquiden Mitteln vorgesehen ist,

legt Richtwerte für die Verwaltung von liquiden Mitteln fest und gibt strenge Begrenzungen des Kredit- und Finanzrisikos vor.

Darlehen und Kapitalbeteiligungen

Im Geschäftsjahr 1993 billigte das Direktorium 91 Projekte im Wert von 2,276 Milliarden Ecu, deren Volumen sich somit gegenüber 1992 mehr als verdoppelt hat. Zum Jahresende 1993 waren insgesamt 156 Projekte im Wert von 3,776 Milliarden Ecu gebilligt worden. In diesen Investitionen kam die Politik der Bank zum Ausdruck, durch eine flexible Strukturierung der Finanzierung dem Bedarf der Kreditnehmer zu entsprechen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Entscheidung über Währung, Fälligkeitsrahmen und Zinssatz-Struktur für Darlehen. Der Zinssatz, der auf Risikodarlehen nichtstaatlicher Kreditnehmer erhoben wird, umfaßt in der Regel einen Aufschlag auf den Marktzins, gewöhnlich Libor. Aufschläge bei Risikodarlehen nichtstaatlicher Kreditnehmer unterscheiden sich in erster Linie nach dem Kreditrisiko unter Berücksichtigung der von anderen Kreditgebern angebotenen Marktbedingungen. Aufschläge bei Risikodarlehen staatlicher Kreditnehmer belaufen sich einheitlich auf 1 Prozent. Ferner werden auf Darlehenstransaktionen Gebühren und Provisionen erhoben. Die Erträge der Bank aus Zins- und zinsähnlichen Einnahmen sowie Dividendeneinnahmen aus Anteilen beliefen sich im Geschäftsjahr 1993 auf 15 Millionen Ecu gegenüber 1,6 Millionen Ecu im Geschäftsjahr 1992.

Um das Risiko für das Darlehensportefeuille der Bank möglichst klein zu halten, werden die Aktiva und Passiva im Hinblick auf Währung, Laufzeit und Zinssatz in Übereinstimmung gebracht. Kapitalbeteiligungen werden sowohl in konvertierbarer als auch in nicht konvertierbarer Währung denominated. Alle Kredite und Kapitalbeteiligungen werden einer gründlichen Beurteilung und Kreditwürdigkeitsprüfung unterzogen und fortlaufend überwacht. Außerdem begrenzen besondere Richtlinien das Risiko für das Darlehens- und Kapitalbeteiligungsportefeuille der EBWE dadurch, daß das Engagement der Bank bezüglich eines jeden Landes, eines Industriezweigs, eines Kreditnehmers oder eines Projekts beschränkt wird.

Rückstellungen und Rücklagen

In Einklang mit den Bestimmungen des Übereinkommens zur Errichtung der Bank und mit soliden Bankgrundsätzen müssen für den Fall von Verlusten Rückstellungen und Rücklagen gebildet werden. Im Geschäftsjahr 1993 beliefen sich die allgemeinen Rückstellungen für mögliche Verluste auf 11,1 Millionen Ecu bei Darlehen und 10,6 Millionen Ecu bei Kapitalbeteiligungen. Ferner wurden 5,5 Millionen Ecu für vertragliche Zusagen zurückgestellt.

Für drei Projekte wurden Sonderrückstellungen in einem Gesamtumfang von 12,5 Millionen Ecu gebildet. Im Einklang mit dem Beschluß des Direktoriums vom April 1992, wonach 100 Prozent der mit Darlehen, Garantien und Emissionen verbundenen Abschlußgebühren und sonstigen Gebühren (mit Ausnahme von Zusageprovisionen) in die Sonderrücklage aufgenommen werden sollen, wird vorgeschlagen, 13 Millionen Ecu in die Sonderrücklage für 1993 aufzunehmen.

Das Gesamtziel für alle Rücklagen (einschließlich der Sonder- und allgemeinen Rücklagen) und einbehaltenen Erträge sowie für allgemeine Rückstellungen für Darlehen und Kapitalverluste ist zunächst auf 10 Prozent der ausgezahlten und ausstehenden Darlehen plus 25 Prozent der ausgezahlten sowie der ausstehenden Kapitalbeteiligungen festgelegt worden. 1993 wurde zusätzlich zu den Sonderrückstellungen und Rückstellungen für vertragliche Zusagen eine Rückstellung in Höhe von 5 Prozent der Darlehensauszahlungen an den Privatsektor und 8 Prozent der Auszahlungen für Kapitalbeteiligungen gebildet.

Auszahlungen und Rückzahlungen

Im Geschäftsjahr 1993 zahlte die EBWE 435 Millionen Ecu aus: 258,3 Millionen Ecu für 36 Darlehensprojekte, 142,1 Millionen Ecu für 21 Kapitalbeteiligungsprojekte und 34,6 Millionen Ecu für sechs Kreditlinien. Aufgrund überfälliger Zinszahlungen für einen Kredit an einen Kreditnehmer im Privatsektor hatte die Bank 5,5 Millionen Ecu an nicht zinstragenden Aktiva. Die meisten Darlehen haben eine mittel- bis langfristige Laufzeit von fünfzehn Jahren für Darlehen im staatlichen Sektor und zehn Jahren für Darlehen im freien privatwirtschaftlichen Sektor. Mit den Kapitalrückzahlungen sollte begonnen werden, sobald ein positiver Cashflow aus dem Projekt verfügbar ist, doch werden im Bedarfsfalle tilgungsfreie Jahre eingeräumt. Rückzahlungen werden entsprechend den Projekterfordernissen und den Maßnahmen der Bank zur Risikobegrenzung strukturiert. 1993 wurden zwei Darlehen zurückgezahlt.

Jahresabschluß

Stand der Tätigkeit der Europäischen Bank

- 38 Gewinn- und Verlustrechnung
- 38 Gewinn- (Verlust-)verwendung
- 39 Bilanz
- 40 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
- 41 Anmerkungen zum Jahresabschluß
- 53 Bericht der Abschlußprüfer

Bericht über die Tätigkeit der Sonderfonds für den Ostseeraum**Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum**

- 54 Gewinn- und Verlustrechnung
- 54 Gewinnverwendung
- 54 Bilanz
- 55 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
- 55 Anmerkungen zum Jahresabschluß
- 56 Bericht der Abschlußprüfer

Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum

- 57 Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds
- 57 Bilanz
- 58 Anmerkungen zum Jahresabschluß
- 59 Bericht der Abschlußprüfer

Bericht über die Tätigkeit der Sonderfonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation**Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation**

- 60 Gewinn- und Verlustrechnung
- 60 Bilanz
- 60 Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
- 61 Anmerkungen zum Jahresabschluß
- 61 Bericht der Abschlußprüfer

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

- 62 Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds
- 62 Bilanz
- 62 Anmerkungen zum Jahresabschluß
- 63 Bericht der Abschlußprüfer

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen		14.490	1.610
aus festverzinslichen Wertpapieren		199.244	34.546
sonstige Zinsen		49.400	131.684
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(158.647)	(82.482)
Zinsüberschuß		104.487	85.358
Dividendenerträge aus Aktien		562	-
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen		19.892	4.360
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	3	65.640	10.463
Sonstige(r) betriebliche(r) Erträge (Aufwand)		671	(160)
Betriebliche Erträge		191.252	100.021
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	4	(137.277)	(91.295)
Abschreibungen	4	(10.156)	(4.880)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		43.819	3.846
Wertberichtigungen auf Darlehen und Ausleihungen		(15.156)	(4.938)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Aktienanlagen		(19.027)	(5.001)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf vertragliche Verpflichtungen		(5.516)	-
Jahresgewinn/(-fehlbetrag)		4.120	(6.093)

Gewinn- (Verlust-)verwendung

für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Vortrag zum 1. Januar 1993		(7.114)	-
Verluste im Geschäftsjahr zum 31.12.1992		(6.093)	(7.052)
Einstellungen in die Sonderrücklage betreffend das Geschäftsjahr zum 31.12.1992	15	(3.937)	(62)
Vortrag zum 31. Dezember 1993		(17.144)	(7.114)

Gemäß dem Übereinkommen besteht die Absicht, 1994 einen Betrag in Höhe von 13.085.000 Ecu, der sich auf bestimmte Gebühren und Provisionen des Geschäftsjahrs bis zum 31. Dezember 1993 bezieht, aus

dem Gewinn für das Geschäftsjahr bis zum 31. Dezember 1993 zu genehmigen und in die Sonderrücklage einzustellen.

Bilanz

zum 31. Dezember 1993

	Anmerkung	Ecu 000	31. Dezember 1993 Ecu 000	Ecu 000	31. Dezember 1992 Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen und Schuldtitel					
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		475.389		186.111	
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen		13.715		446.961	
Schuldtitel		<u>3.562.020</u>		<u>2.053.576</u>	
	5		4.051.124		2.686.648
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen und Ausleihungen	6	357.100		75.817	
Aktienanlagen	6	192.460		50.366	
Abzüglich: Wertberichtigungen	6	<u>(43.998)</u>		<u>(9.939)</u>	
			505.562		116.244
Andere Aktiva	7		895.033		101.472
Sachanlagen	8		74.089		37.834
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	13		273.781		227.524
Gezeichnetes Kapital					
Fällig, jedoch nicht eingezahlt	12		49.000		29.330
Eingefordert, jedoch noch nicht fällig	12		1.187.850		1.729.465
Summe der Aktiva			7.036.439		4.928.517
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	508.771		483.479	
Verbriefte Schulden	10	<u>2.620.979</u>		<u>1.360.378</u>	
			3.129.750		1.843.857
Sonstige Verbindlichkeiten	11		937.413		137.139
Gezeichnetes Kapital	12	9.883.750		9.883.750	
Abrufbares Kapital		<u>(6.918.625)</u>		<u>(6.918.625)</u>	
Eingezahltes Kapital			2.965.125		2.965.125
Rücklagen					
Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	14	7.242		(7.382)	
Sonderrücklage	15	3.999		62	
Allgemeine Rücklage	16	<u>5.934</u>		<u>2.923</u>	
			17.175		(4.397)
Verlustvortrag			(17.144)		(7.114)
Jahresgewinn/(-fehlbetrag)			4.120		(6.093)
Eigenkapital der Mitglieder			2.969.276		2.947.521
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			7.036.439		4.928.517
Bilanzvermerke					
Verpflichtungen	19		2.268.540		794.864

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1992	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Jahresgewinn/(-fehlbetrag) für das Geschäftsjahr	4.120		(6.093)	
Überleitung auf:				
Abschreibungen und Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	39.699		9.939	
Abschreibungen auf Sachanlagen	10.156		4.880	
Internen Steueraufwand	3.011		1.902	
Nicht realisierte Verluste/(Gewinne) auf Wertpapiere des Handelsbestands	10.236		(1.048)	
Realisierte Gewinne auf Wertpapiere des Anlagebestands	(9.947)		(87)	
Vereinnahmte (abgeschriebene) Agios und Disagios (netto)	(12.205)		(17)	
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen (Zunahme)/Abnahme des Betriebsvermögens:	45.070		9.476	
Zinserträge und Aufwandsabgrenzungen	(167.732)		(42.202)	
Nettozunahme der Wertpapiere des Handelsbestands	(1.373.047)		(553.090)	
Zunahme/(Abnahme) der Betriebspassiva:				
Zinsaufwand und Zuführungen zu den Rückstellungen	66.391		54.755	
Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit/ (Mittelverwendung (netto) für laufende Geschäftstätigkeit)		(1.429.318)		(531.061)
Cash Flow aus Investitionstätigkeit				
Gegenwerte aus Rückzahlungen von Darlehen	13.257		-	
Gegenwerte aus dem Verkauf von Anlagepapieren	961.172		-	
Plazierungen bei und Ausleihungen an Banken (netto)	-		176.172	
Sonstige Plazierungen und Ausleihungen (netto)	355.942		(363.270)	
Kauf von Anlagepapieren (netto)	(986.492)		(1.243.287)	
Fondsanzahlungen für Darlehen und Anlagen in Aktien	(436.758)		(126.183)	
Kauf von Sachanlagen	(46.411)		(53.504)	
Mittelverwendung (netto) für Investitionen		(139.290)		(1.610.072)
Cash Flow aus Finanzgeschäften				
Kapitalzeichnungen*	486.098		455.157	
Aufnahme verbrieftter Schulden	1.316.725		879.900	
Tilgung verbrieftter Schulden	(49.807)		-	
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		1.753.016		1.335.057
Zunahme/ (Abnahme) (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		184.408		(806.076)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Geschäftsjahres		(204.075)		602.001
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Geschäftsjahres		(19.667)		(204.075)
		1993		1992
<i>Die liquiden Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende Bilanzausweise:</i>		Ecu 000		Ecu 000
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		475.389		186.111
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen abzüglich Restlaufzeiten von über 3 Monaten	13.715		446.961	
	-		(353.668)	
		13.715		93.293
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		(508.771)		(483.479)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva		(19.667)		(204.075)
		1993		1992
* <i>Die Kapitalzeichnungen umfassen:</i>		Ecu 000		Ecu 000
Forderungen auf Kapitaleinzahlungen		521.945		615.105
Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine		(46.257)		(153.091)
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen		14.624		(6.857)
Zukünftige Kapitalabsicherungen		(4.214)		-
Kapitalzeichnungen		486.098		455.157

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung der Bank

(i) Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die "Bank"), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen (das "Übereinkommen") zur Errichtung der Bank vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 1993 waren 57 Länder zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

(ii) Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank (das "Sitzabkommen") festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(j) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt, mit der Besonderheit, daß bestimmte Finanzinstrumente und Schuldtitel zum Marktwert bilanziert sind. Er entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaften über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen.

(ii) Ausweise

Gemäß Artikel 4 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Maßeinheit für die Kapitalzeichnungen der Mitglieder und für den Ausweis im Jahresabschluß. Soweit zutreffend, sind folgende Ecu-Wechselkurse zum 31. Dezember 1993 bei der Aufstellung des Jahresabschlusses verwendet worden:

Australische Dollar	1,64553	Kanadische Dollar	1,48217
Belgische Francs	40,2869	Mexikanische Pesos	4,6036
Britische Pfund	0,755108	Neuseeländische Dollar	1,99762
Dänische Kronen	7,5531	Norwegische Kronen	8,38763
Deutsche Mark	1,93569	Österreichische Schilling	13,6101
Finnmark	6,46086	Russische Rubel	1402,38
Französische Francs	6,57745	Schwedische Kronen	9,29634
Holländische Gulden	2,16541	Schweizer Franken	1,65231
Irische Pfund	0,790809	Spanische Pesetas	158,928
Italienische Lira	1909,98	US-Dollar	1,11567
Japanische Yen	124,732		

(iii) Währungsumrechnung

Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu, ausgenommen Zahlungen für Anlagen in Aktien, sind zu den am 31. Dezember 1993 gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Bei kursgesicherten Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu werden die Umrechnungsunterschiede zwischen dem am Bilanzstichtag gültigen Marktkurs und dem Terminkurs unter sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Geschäftsvorfälle in anderen Währungen werden zum Wechselkurs per Monatsultimo in Ecu umgerechnet. Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres werden erfolgswirksam behandelt. Zahlungen für Anlagen in Aktien werden mit dem am Zahlungszeitpunkt gültigen Ecu-Wechselkurs ausgewiesen. Gemäß der Geschäftspolitik der Bank werden keine größeren Positionen in anderen Währungen als Ecu gehalten.

(iv) Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Ecu, in US-Dollar oder in Japanischen Yen und dabei entweder bar oder in Schuldscheinen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder Japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet. Die festgelegten Wechselkurse gegenüber dem Ecu betragen 1,16701 US-Dollar oder 169,95 Japanische Yen.

Wechselkursunterschiede zwischen dem festgelegten und dem Kurs bei Erhalt der Bareinzahlung oder der Einlösung der Schuldscheine werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt. Das Direktorium hat einen Grundsatz für die Kurssicherung noch offenstehender künftiger Kapitaleinlagen beschlossen. Sämtliche Agios oder Disagios aus derartigen kursgesicherten Kapitalbewegungen werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt. Kapitalzeichnungen in Form von Schuldverschreibungen, die auf andere Währungen als Ecu lauten und die zum Jahresende offenstehen, werden entsprechend obigem Absatz iii) neu bewertet, wobei alle Wechselkursgewinne oder -verluste in die Rücklage für die Umrechnungsdifferenzen eingestellt werden.

(v) Schuldtitel

Als Anlage gehaltene Anleihen, Schuldverschreibungen, Einlagenzertifikate von Banken und andere marktfähige Wertpapiere mit festen Fälligkeiten sind zu Anschaffungskosten bewertet, berichtigt um anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb angefallen sind und über die Laufzeit linear vereinnahmt oder abgeschrieben werden. Alle anderen Wertpapiere sind mit Marktpreisen bewertet. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden in dem Zeitraum erfolgswirksam behandelt, in dem sie anfallen.

(vi) Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für dauernde Wertminderung ausgewiesen.

(vii) Wertberichtigungen

Für bestimmte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls nach dem Vorsichtsprinzip auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für Aktienanlagen werden die Einzelwertberichtigungen bei einer dauernden Wertminderung durch Schätzung ermittelt.

Pauschalwertberichtigungen werden für latente Risiken gebildet, die – obwohl nicht einzeln aufgeführt – bekanntlich in jedem Bestand von Darlehen, Ausleihungen, Aktienanlagen und vertraglichen Verpflichtungen enthalten sind. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen abzüglich der Auflösungen während des Geschäftsjahrs werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

(viii) Sachanlagen

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundstückerschließungen auf Pachten mit Restlaufzeiten von weniger als 50 Jahren:	Restlaufzeit
Anlagen und Einrichtungen:	3 – 5 Jahre

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze (Fortsetzung)

(ix) Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsen und Bereitstellungsprovisionen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Die Bank vereinnahmt keine Erträge aus Darlehen mit zweifelhafter Bonität oder mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 60 Tagen. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden danach nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Bei Darlehensgewährung anfallende Gebühren werden im Auszahlungsjahr vereinnahmt.

Sonstige Gebühren und Provisionen werden in der Zeit vereinnahmt, für welche die Zusage besteht oder in der die Leistungen erbracht werden. Emissionsgebühren und Rückzahlungsgagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen vereinnahmt oder abgeschrieben.

(x) Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Zuwendungen zu den festgelegten Beitrags- und Leistungsplänen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung belastet. Zuwendungen zu dem festgelegten Leistungsplan entsprechen den Gutachten qualifizierter externer Versicherungssachverständiger.

(xi) Interne Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens und Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer des Vereinigten Königreichs befreit. In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens unterliegen alle Direktoren und Direktorinnen, stellvertretenden Direktoren und Direktorinnen, leitenden und sonstigen Bediensteten der Bank einer von der Bank erhobenen internen Steuer auf die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge. Entsprechend dem Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten einbehaltene interne Steuer durch Zuführung in die allgemeine Rücklage.

(xii) Besteuerung

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt; davon ausgenommen sind Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

(xiii) Öffentliche Zuschüsse

Öffentliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt.

Zuschüsse für erfolgswirksame Aufwendungen oder Ansprüche hierauf werden mit dem zuschufähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz passivisch abgegrenzt.

(xiv) Bilanzunwirksame Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Vertragspartei bilanzunwirksamer Geschäfte, einschließlich Währungs- und Zinsswapkontrakte, Termin- und Optionsgeschäfte sowie Devisenterminkontrakte. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank im Aktiv- und Passivgeschäft sowie die Bindungsdauer des Umlaufvermögens zu steuern. Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten, die der Kurssicherung dienen, werden mit den Verlusten und Gewinnen aus den kursgesicherten Geschäften verrechnet. Finanzinstrumente die nicht der Kurssicherung dienen, werden zum Marktwert angesetzt. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden bei Anfall erfolgswirksam verrechnet. Bei der Beurteilung bilanzunwirksamer Verpflichtungen legt die Bank dieselben Bonitätskriterien zugrunde wie bei allen anderen Ausleihungen.

	1993	1992
	Ecu 000	Ecu 000
3 Nettoertrag aus Finanzgeschäften		
Wertpapiere des Anlagebestands	9.947	87
Wertpapiere des Handelsbestands	55.693	10.376
	65.640	10463
4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
Personalaufwand (i)	69.843	45.467
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse (netto) (ii) und (iii)	77.590	50.708
	147.433	96.175
abzüglich Abschreibungen	(10.156)	(4.880)
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	137.277	91.295

(i) Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die während des Geschäftsjahres im Personalaufwand erfaßt ist, betrug 795 (31. Dezember 1992: 522). In dieser Zahl sind die 17 örtlichen Mitarbeiter der Länderbüros und die 88 Mitarbeiter des Direktoriums enthalten.
 (ii) Staatliche Zuschüsse in Höhe von 2.493.000 Ecu (1992: 11.659.000

Ecu) sind für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt worden.
 (iii) In den Gemeinkosten sind 17.216.000 Ecu für die Miete von One Exchange Square, 1.420.000 Ecu für die Herstellung des ursprünglichen Gebäudezustands und 4.960.000 Ecu an Umbaukosten enthalten.

5 Plazierungen und Schuldtitel	1993	1992
	Ecu 000	Ecu 000
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	475.389	186.111
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen	13.715	446.961
Schuldtitel	3.562.020	2.053.576
Stand 31. Dezember	4.051.124	2.686.648

Anmerkung 17 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

<i>Aufgegliedert nach Fälligkeiten:</i>	1993	1992
	Ecu 000	Ecu 000
Bis einschließlich 1 Monat	205.656	801.829
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	389.758	522.903
Über 3 Monate bis einschließlich 1 Jahr	408.568	387.135
Über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	2.101.116	928.435
Über 5 Jahre	946.026	46.346
Stand 31. Dezember	4.051.124	2.686.648

Schuldtitel	1993	1992
<i>Aufgegliedert nach Emittenten:</i>	Ecu 000	Ecu 000
Staaten	2.795.031	1.227.799
Körperschaften des öffentlichen Rechts	478.217	87.249
Sonstige	288.772	738.528
Stand 31. Dezember	3.562.020	2.053.576
Anlagebestand - zu abgeschriebenem Anschaffungskosten	1.469.748	1.508.731
Handelsbestand - zum Marktwert	2.092.272	544.845
Stand 31. Dezember	3.562.020	2.053.576

Die Wertpapiere des Anlagebestands sind zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung zeitanteilig vereinnahmter Agios und Disagios angesetzt. Sie haben am 31. Dezember 1993 einen Nominalwert von 1.471.000 Ecu (1992: 1.497.000 Ecu) und einen Marktwert von 1.502.000 Ecu (1992: 1.504.000 Ecu).

Die Wertpapiere des Handelsbestands sind zum Marktwert angesetzt. Realisierte und nicht realisierte Gewinne und Verluste werden bei Anfall in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen. Der Marktwert dieser Wertpapiere liegt um 55.075.000 Ecu über den Kosten (1992: 139.000 Ecu).

6 Darlehen und Aktienanlagen	1993	1992
	Ecu 000	Ecu 000
Darlehen und Ausleihungen	357.100	75.817
Wertberichtigungen	(19.970)	(4.938)
	337.130	70.879
Aktienanlagen	192.46	50.366
Wertberichtigungen	(24.028)	(5.001)
	168.432	45.365
Stand 31. Dezember	505.562	116.244

Am 31. Dezember 1993 hatte die Bank Forderungen in Höhe von 5,5 Millionen Ecu, für die keine Zinsen gezahlt wurden. Anmerkung 17 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

6 Darlehen und Aktienanlagen (Fortsetzung)

Aufgegliedert nach Fälligkeiten:

1993
Ecu 000

1992
Ecu 000

Vereinbarte Rückzahlungen der Darlehen und Ausleihungen

1993	-	2.084
1994	22.776	11.461
1995	40.643	13.095
1996	68.473	11.707
1997	84.375	11.892
1998 und danach	140.833	25.578
	357.100	75.817

Ecu 000	Auszahlungen 1993	Auszahlungen 1992	Zugesagt, aber noch nicht aus- gezahlt 1993	Zugesagt, aber noch nicht aus- gezahlt 1992	Gebilligt, aber noch nicht zu- gesagt 1993	Gebilligt aber noch nicht zu- gesagt 1992	Gesamtsumme	Gesamtsumme
							der vom Direktorium gebilligten Projekte 1993	der vom Direktorium gebilligten Projekte 1992
Albanien	2.830	-	20.496	8.258	13.031	-	36.357	8.258
Armenien	2.632	-	48.817	-	-	-	51.449	-
Belarus	4.051	320	77.936	31.713	-	-	81.987	32.033
Bulgarien	2.005	-	114.044	72.826	4.337	35.511	120.386	108.337
EJR Makedonien	-	-	24.022	-	-	-	24.022	-
Estland	22.137	-	36.093	40.652	12.728	-	70.958	40.652
Kasachstan	-	-	100.000	-	-	-	100.000	-
Lettland	1.435	-	43.731	32.300	-	-	45.166	32.300
Litauen	1.964	-	36.973	38.355	-	-	38.937	38.355
Moldau	-	-	896	-	-	-	896	-
Polen	79.804	16.125	370.271	169.547	241.430	299.072	691.505	484.744
Rumänien	67.582	752	272.621	222.592	84.523	-	424.726	223.344
Russische Föderation	107.008	2.891	245.656	3.633	175.994	107.193	528.658	113.717
Slowakische Rep.	7.733	-	63.934	-	174.335	-	246.002	-
Slowenien	1.537	-	73.028	-	77.879	-	152.444	-
Tschechische Rep.	66.610	41.014	102.563	26.311	122.275	110.662	291.448	177.987
Ukraine	201	-	8.140	-	-	3.716	8.341	3.716
Ungarn	170.997	65.081	423.397	140.419	44.096	46.727	638.490	252.227
Usbekistan	-	-	100.836	-	-	-	100.836	-
Region	11.034	-	105.086	8.258	-	94.971	116.120	103.229
Gesamt	549.560	126.183	2.268.540	794.864	950.628	697.852	3.768.728	1.618.899
Darlehen	357.100	75.817	2.147.739	746.758	800.312	638.807	3.305.151	1.461.382
Aktienanlagen	192.460	50.366	120.801	48.106	150.316	59.045	463.577	157.517
Gesamt	549.560	126.183	2.268.540	794.864	950.628	697.852	3.768.728	1.618.899

Alle Beträge beziehen sich auf den Stand am 31. Dezember.

7 Andere Aktiva	1993		1992
	Ecu 000		Ecu 000
Zinsansprüche	150.880		52.165
Ansprüche bezüglich des Aktienbestands	684.449		605
Sonstige	59.704		48.702
Stand 31. Dezember	895.033		101.472
<hr/>			
8 Sachanlagen	Pacht- grundstücke	Betriebs- gebäude und -einrichtungen	Gesamt
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Anschaffungskosten			
Stand 1. Januar 1993	43.567	8.251	51.818
Zugänge	37.278	9.305	46.583
Abgänge	(8.981)	(166)	(9.147)
Anschaffungskosten Stand 31. Dezember 1993	71.864	17.390	89.254
Aufgelaufene Abschreibungen			
Stand 1. Januar 1993	11.203	2.781	13.984
Zuführungen für das Geschäftsjahr	6.749	3.407	10.156
Abgänge	(8.908)	(67)	(8.975)
Aufgelaufene Abschreibungen Stand 31. Dezember 1993	9.044	6.121	15.165
Nettobuchwert			
Stand 31. Dezember 1993	62.820	11.269	74.089
Stand 31. Dezember 1992	32.364	5.470	37.834
<hr/>			
9 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1993		1992
	Ecu 000		Ecu 000
<i>Aufgegliedert nach Fälligkeiten:</i>			
Bis einschließlich 1 Monat	508.771		475.489
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	-		7.990
Stand 31. Dezember	508.771		483.479

Anmerkung 17 enthält eine Analyse der Nettowährungsposition der Bank.

10 Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1993 enthält die verbrieften Schulden der Bank, die noch nicht getilgt sind und die dazugehörigen Swaps.

	Kapitalbeträge zum Nennwert Ecu 000	Abgegrenztes Agio/ (Disagio) Ecu 000	Kapitalbeträge nach Abgrenzung Ecu 000	Forderungen/ Verbindlich- keiten aus Währungsswaps Ecu 000	1993 Nettowährungs- verbindlich- keiten Ecu 000	1992 Nettowährungs- verbindlich- keiten Ecu 000
Australische Dollar	261.314	621	261.935	(261.935)	-	-
Britische Pfund	37.743	-	37.743	(24.500)	13.243	-
Deutsche Mark	40.037	505	40.542	443.467	484.009	280.726
Ecu	675.000	(33.508)	641.492	(209.092)	432.400	320.341
Französische Francs	129.229	(53.355)	75.874	-	75.874	-
Italienische Lira	259.584	746	260.330	(140.579)	119.751	-
Japanische Yen	300.644	(872)	299.772	(299.772)	-	-
Kanadische Dollar	371.078	843	371.921	(371.921)	-	-
Schwedische Kronen	59.163	320	59.483	(59.483)	-	-
Schweizer Franken	30.261	32	30.293	(30.293)	-	-
US-Dollar	541.562	32	541.594	954.108	1.495.702	759.311
	2.705.615	(84.636)	2.620.979	-	2.620.979	1.360.378

Zusätzlich zu den öffentlichen und privaten Plazierungen enthält die Tabelle 19 Anleihen mit einem Gegenwert von insgesamt 510 Millionen Ecu, die im Rahmen des mittelfristigen Euro-Schuldtitelprogramms der Bank aufgenommen wurden. Weiterhin gehören 12 Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 191 Millionen Ecu dazu, die aufgrund eines kurzfristigen Schuldprogramms aufgenommen wurden.

Alle festverzinslichen verbrieften Verbindlichkeiten sind durch Abschluß von Zinsswaps in variable Finanzierungen auf Basis des LIBOR-Satzes umgewandelt worden. Unter Berücksichtigung der Zinsswaps betragen die durchschnittlichen Zinskosten LIBOR minus 38 Basispunkte. Im Verlauf des Geschäftsjahres hat die Bank mittelfristige Schuldtitel in Höhe von 50,35 Millionen Ecu vor der Fälligkeit getilgt, wodurch ein Nettogewinn von 317.000 Ecu entstand.

<i>Aufgegliedert nach Fälligkeiten:</i>	1993 Ecu 000	1992 Ecu 000
Bis einschließlich 1 Monat	87.971	-
Über 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	79.958	-
Über 3 Monate bis einschließlich 1 Jahr	271.270	-
Über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	1.159.829	930.80
Über 5 Jahre	1.021.951	429.569
Stand 31. Dezember	2.620.979	1.360.378

11 Sonstige Verbindlichkeiten

	1993 Ecu 000	1992 Ecu 100
Zinsverpflichtungen	72.513	31.264
Verpflichtungen bezüglich des eigenen Aktienbestands	450.146	17.860
Sonstige	414.754	88.015
Stand 31. Dezember	937.413	137.139

12 Gezeichnetes Kapital

	31. Dezember 1993 Anzahl der Anteile	31. Dezember 1993 Gesamt Ecu 000
Autorisiertes Stammkapital	1.000.000	10.000.000
<i>davon:</i>		
Zeichnungen von Mitgliedern	988.375	9.883.750
Nicht zugeteilte Anteile	11.625	116.250
	1.000.000	10.000.000

Das autorisierte Stammkapital der Bank beträgt 10 Milliarden Ecu; es ist unterteilt in 1 Million Anteile mit einem Nennwert von je 10.000 Ecu. Das autorisierte Stammkapital ist aufgeteilt in eingezahlte und abrufbare Anteile. Der Gesamtnennwert der eingezahlten Anteile beträgt zunächst 3 Milliarden Ecu; er entspricht 30 Prozent des ursprünglich autorisierten Stammkapitals von 10 Milliarden Ecu und ist in fünf gleichen Jahresraten zahlbar. Gemäß den Bestimmungen des Übereinkommens sind abrufbare Anteile nur abrufbar, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung von Verbindlichkeiten hierzu auffordert.

Die ursprüngliche Anzahl der nicht zugeteilten Anteile wurde gemäß dem Übereinkommen auf 125 festgelegt. Mit der vom Direktorium am 4. Oktober 1991 angenommenen Resolution Nr. 15 wurden insgesamt 15.500 Anteile, die ursprünglich zur Zeichnung durch die ehemalige Deutsche Demokratische Republik vorgesehen waren, den nicht zugeteilten Anteilen zugeschlagen und zur Zeichnung durch andere oder neue Mitglieder bereitgestellt. Von den nicht zugeteilten Anteilen wurden im Dezember 1991 Albanien 1.000 Anteile zugeteilt; ferner stimmte der Gouverneursrat im ersten Quartal 1992 der Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens zu, denen je 1.000 Anteile zugeteilt wurden.

Durch die Resolutionen Nr. 21 und 27, die vom Gouverneursrat am 28. März 1992 beziehungsweise am 26. Juni 1992 angenommen wurden, sind 55.600 von den 60.000 der ehemaligen UdSSR zugeteilten Anteile wie folgt aufgeteilt worden: Armenien (500), Aserbaidschan (1.000), Belarus (2.000), Georgien (1.000), Kasachstan (2.300), Kirgisistan (1.000), Moldau (600), Russische Föderation (40.000), Tadschikistan (1.000), Turkmenistan (100), Ukraine (4.000) und Usbekistan (2.100). Gemäß Resolution Nr. 37, die vom Gouverneursrat am 27. März 1993 angenommen wurde, sind die verbleibenden 4.400 von der ehemaligen UdSSR gezeichneten Anteile wie folgt aufgeteilt worden: Moldau (400) und Ukraine (4.000). Sowohl Moldau als auch die Ukraine erfüllen die Anforderungen der Resolution Nr. 37 in bezug auf die Gültigkeit dieser zusätzlichen Zeichnungen.

Bei der Sitzung am 7. und 8. September 1992 kam das Direktorium zu dem Ergebnis, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien aufgelöst ist und nicht mehr besteht und daher kein Mitglied der Bank mehr ist, und daß unter diesen Umständen der Gouverneursrat befugt ist, die vom ehemaligen Jugoslawien gezeichneten 12.800 Anteile unter den Ländern neu aufzuteilen, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren. Das Direktorium empfahl, daß bis zu einer endgültigen Neuaufteilung des Anteilsbesitzes des ehemaligen Jugoslawiens an der Bank jedes dieser zur Mitgliedschaft zugelassenen Länder eine anfängliche Zuteilung von

100 Anteilen (das ist die für eine Mitgliedschaft erforderliche Mindestanzahl der Anteile) aus dem Anteilsbestand des ehemaligen Jugoslawiens unter der Bedingung erhält, daß es zu einem späteren Zeitpunkt eine vom Gouverneursrat festzulegende angemessene Anzahl zeichnen wird. Am 9. Oktober 1992 nahm der Gouverneursrat die Resolution Nr. 30 an, in der die oben dargelegten Schlußfolgerungen und Empfehlungen gebilligt wurden. Gleichzeitig hat der Gouverneursrat die Resolution Nr. 31 angenommen, in der die Mitgliedschaft Sloweniens gebilligt wird, die am 23. Dezember 1992 in Kraft trat. Am 15. Januar 1993 hat der Gouverneursrat die Resolution Nr. 34 angenommen, in der die Mitgliedschaft Kroatiens gebilligt wird, und am 13. Februar 1993 wurde vom gleichen Gremium die Resolution Nr. 35 angenommen, in der die Mitgliedschaft der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien gebilligt worden ist. Beide Länder haben die Anforderungen für eine Mitgliedschaft im April 1993 erfüllt. Slowenien, Kroatien und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien wurden je 100 Anteile zugeteilt, womit ein Rest von 12.500 Anteilen verbleibt, der noch aufzuteilen ist. "Nicht zugeteiltes ehemaliges Jugoslawien" bezieht sich auf die verbleibenden 12.500 Anteile, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Aufteilung an Länder zur Verfügung stehen, die ehemals zu Jugoslawien gehörten.

Nach der Auflösung der CSFR in zwei unabhängige Länder hat der Gouverneursrat in Resolution Nr. 33 vom 15. Januar 1993 die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik gebilligt. Die insgesamt 12.800 ursprünglich von der CSFR gezeichneten Anteile wurden wie folgt aufgeteilt: Tschechische Republik (8.533) und Slowakische Republik (4.267). Beide Länder haben die Anforderungen der Resolution Nr. 33 in bezug auf die Mitgliedschaft erfüllt, die am 1. Januar 1993 wirksam wurde.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied gezeichneten und eingezahlten Summen ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile und überfälligen Zeichnungen auf Seite 48. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags ihrer Zeichnungsverpflichtungen nicht gezahlt haben, entsprechend solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist. Die als fällig, aber als noch nicht eingegangen ausgewiesenen 12 Millionen Ecu sind der Bank von der Russischen Föderation am 26. Januar 1994 überwiesen worden. Die von Marokko ausstehende Einlage in Höhe von 0,4 Millionen Ecu ist am 14. Februar 1994 eingegangen. Diese Aufstellung weist nicht die von Mitgliedern eingegangenen Schuldscheine aus, deren Einlösung überfällig ist. Diese sind in Anmerkung 13 näher aufgeführt.

**Aufstellung der Kapitalzeichnungen
zum 31. Dezember 1993**

Mitglieder	Anteile (Anzahl)	Gesamtes Kapital Ecu 000	Abrufbares Kapital Ecu 000	Einlagekapital Abgerufen, noch nicht fällig Ecu 000	Einlagekapital Fällig, noch nicht eingegangen Ecu 000	Einlagekapital Erhaltene Beträge Ecu 000
Mitglieder der Europäischen Union						
Belgien	22.800	228.000	159.600	27.360	-	41.040
Dänemark	12.000	120.000	84.000	14.400	-	21.600
Deutschland	85.175	851.750	596.225	102.210	-	153.315
Frankreich	85.175	851.750	596.225	102.210	-	153.315
Griechenland	6.500	65.000	45.500	7.800	-	11.700
Irland	3.000	30.000	21.000	3.600	-	5.400
Italien	85.175	851.750	596.225	102.210	-	153.315
Luxemburg	2.000	20.000	14.000	2.400	-	3.600
Niederlande	24.800	248.000	173.600	29.760	-	44.640
Portugal	4.200	42.000	29.400	5.040	-	7.560
Spanien	34.000	340.000	238.000	40.800	-	61.200
Vereinigtes Königreich	85.175	851.750	596.225	102.210	-	153.315
Europäische Investitionsbank	30.000	300.000	210.000	36.000	-	54.000
Europäische Gemeinschaft	30.000	300.000	210.000	36.000	-	54.000
Weitere europäische Länder						
Finnland	12.500	125.000	87.500	15.000	-	22.500
Island	1.000	10.000	7.000	1.200	-	1.800
Israel	6.500	65.000	45.500	7.800	-	11.700
Liechtenstein	200	2.000	1.400	240	-	360
Malta	100	1.000	700	120	-	180
Norwegen	12.500	125.000	87.500	15.000	-	22.500
Österreich	22.800	228.000	159.600	27.360	-	41.040
Schweden	22.800	228.000	159.600	27.360	-	41.040
Schweiz	22.800	228.000	159.600	27.360	-	41.040
Türkei	11.500	115.000	80.500	13.800	-	20.700
Zypern	1.000	10.000	7.000	1.200	-	1.800
Länder im Tätigkeitsbereich der Bank						
Albanien	1.000	10.000	7.000	1.200	1.200	600
Armenien	500	5.000	3.500	600	-	900
Aserbaidschan	1.000	10.000	7.000	1.200	300	1.500
Belarus	2.000	20.000	14.000	2.400	-	3.600
Bulgarien	7.900	79.000	55.300	9.480	-	14.220
Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien	100	1.000	700	120	-	180
Estland	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Georgien	1.000	10.000	7.000	1.200	600	1.200
Kasachstan	2.300	23.000	16.100	2.760	2.760	1.380
Kirgisistan	1.000	10.000	7.000	1.200	1.200	600
Kroatien	100	1.000	700	120	-	180
Lettland	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Litauen	1.000	10.000	7.000	1.800	-	1.200
Moldau	1.000	10.000	7.000	1.200	-	1.800
Polen	12.800	128.000	89.600	15.360	-	23.040
Rumänien	4.800	48.000	33.600	5.760	-	8.640
Russische Föderation	40.000	400.000	280.000	48.000	12.000 *	60.000
Slowakische Republik	4.267	42.670	29.869	5.121	-	7.680
Slowenien	100	1.000	700	120	-	180
Tadschikistan	1.000	10.000	7.000	1.200	1.200	600
Tschechische Republik	8.533	85.330	59.731	10.239	-	15.360
Turkmenistan	100	1.000	700	120	60	120
Ukraine	8.000	80.000	56.000	9.600	4.800	9.600
Ungarn	7.900	79.000	55.300	9.480	-	14.220
Usbekistan	2.100	21.000	14.700	2.520	-	3.780
Nicht zugeteiltes ehemaliges Jugoslawien	12.500	125.000	87.500	15.000	15.000	7.500
Außereuropäische Länder						
Ägypten	1.000	10.000	7.000	1.200	-	1.800
Australien	10.000	100.000	70.000	12.000	-	18.000
Japan	85.175	851.750	596.225	102.210	-	153.315
Kanada	34.000	340.000	238.000	40.800	-	61.200
Republik Korea	6.500	65.000	45.500	7.800	-	11.700
Marokko	1.000	10.000	7.000	1.200	400 *	1.400
Mexiko	3.000	30.000	21.000	3.600	-	5.400
Neuseeland	1.000	10.000	7.000	1.200	-	1.800
Vereinigte Staaten von Amerika	100.000	1.000.000	700.000	120.000	9.480	170.520
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	988.375	9.883.750	6.918.625	1.187.850	49.000	1.728.275
Nicht zugeteilte Anteile	11.625	116.250				
Autorisiertes Stammkapital	1.000.000	10.000.000				

* Zum 31. Dezember 1993 als ausstehende Beträge ausgewiesen und am 7. März 1994 vollständig bezahlt.
(Vgl. Anmerkung 12, Seite 47).

13 Von Mitgliedsländern begebene Schuldscheine	Insgesamt erhalten Ecu 000	Begebene	Begebene	In Anspruch genommener Betrag Ecu 000	1993 Ausstehender Betrag Ecu 000	1992 Ausstehender Betrag Ecu 000
		Schuldscheine Wechsel- kursgewinn/ (-verlust) realisiert Ecu 000	Schuldscheine Wechsel- kursgewinn/ (-verlust) nicht realisiert Ecu 000			
Emissionswährung						
Ecu	360.920	-	-	(212.323)	148.597	106.551
Japanische Yen	76.658	4.683	9.264	(55.789)	34.816	19.165
US-Dollar	232.475	(7.814)	3.975	(138.268)	90.368	101.808
Stand: 31. Dezember	670.053	(3.131)	13.239	(406.380)	273.781	227.524

Gemäß dem Übereinkommen ist das Einlagekapital in fünf gleichen Jahresraten einzuzahlen. Das Übereinkommen gestattet einem Mitglied, bis zu 50 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln einzuzahlen.

Die Schuldscheine oder anderen Schuldtitel sind in Ecu, US-Dollar oder Japanischen Yen ausgestellt. Zur Einlösung hat das Direktorium den Grundsatz beschlossen, diese im Jahre 1992 und darauffolgenden Jahren ausgegebenen Schuldscheine in drei gleichen Jahresraten planmäßig in Anspruch zu nehmen.

Die in US-Dollar oder Japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls am Jahresende ausstehend, zu den am 31. Dezember 1993 gültigen Marktkursen in Ecu umgerechnet. Realisierte und nicht realisierte Wechselkursgewinne oder -verluste, die zwischen diesen Kursen und dem festen Wechselkurs entsprechend dem Übereinkommen vorliegen, wurden direkt der Rücklage für Umrechnungsdifferenzen zugeführt (Anmerkung 14). Künftige Teilzahlungen auf das Einlagekapital, die in Japanischen Yen und in US-Dollar sowohl bar als auch in Schuldscheinen fällig werden, sind kursgesichert, um die Forderungen aus Kapitaleinzahlungen in Ecu gegen nachteilige Kursbewegungen abzusichern.

Sieben Mitgliedsländer sind mit der Einlösung der Schuldscheine wie nachstehend aufgeführt überfällig:	1991 Schuldschein Ecu 000	1992 Schuldschein Ecu 000	1993 Schuldschein Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aserbaidschan	100	100	100	300
Estland	100	100	-	200
Georgien	-	100	-	100
Kirgisistan	300	-	-	300
Marokko	100	100	67	267
Turkmenistan	-	10	-	10
Ukraine	-	800	-	800
Gesamt	600	1.210	167	1.977

Darüber hinaus steht noch die Einlösung der vom ehemaligen Jugoslawien gehaltenen und nun nicht zugeteilten Anteile in Höhe von 3,75 Millionen Ecu aus.

Die ausstehende Einlösung der Schuldscheine in Höhe von 49 Millionen Ecu erhöht die auf Seite 48 aufgeführten fälligen, aber noch nicht eingegangenen Kapitalzeichnungen.

Die noch ausstehende Einlösung von Marokko ist am 14. Februar 1994 eingegangen.

14 Rücklage für Umrechnungsdifferenzen	1993 Ecu 000	1992 Ecu 000
<i>Die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen umfaßt:</i>		
Durch Zahlungseingänge realisierter Wechselkursverlust (netto)	(7.080)	(3.954)
Durch die Einlösung der von den Mitgliedsländern begebenen Schuldscheine realisierter Wechselkursverlust (netto) (Anmerkung 13)	(3.131)	(1.730)
Nicht realisierte Wechselkursgewinne/(-verluste) durch Neubewertung ausstehender, von Mitgliedsländern begebener Schuldscheine (Anmerkung 13)	13.239	(1.698)
Ergebnis aus der Kurssicherung künftiger Zahlungen auf das Einlagekapital	4.214	-
Stand 31. Dezember	7.242	(7.382)

15 Sonderrücklage	1993 Ecu 000	1992 Ecu 000
Vortrag zum 1. Januar	62	-
Zuführung zu Lasten des Vortrags der Gewinn- und Verlustrechnung	3.937	62
Stand 31. Dezember	3.999	62

Gemäß dem Übereinkommen wird eine Sonderrücklage unterhalten, um gewisse, näher bestimmte Verluste der Bank auszugleichen. Diese Sonderrücklage wird dadurch dotiert, daß der Gesamtbetrag der anfänglich der Bank zufließenden Gebühren und Provisionen für Darlehen, Garantien und

im Konsortialgeschäft solange zugeführt wird, bis das Direktorium feststellt, daß eine angemessene Höhe erreicht ist.

Es ist beabsichtigt, einen Betrag von 13.085.000 Ecu aus dem Gewinn für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 als Zuführung zur Sonderrücklage zu bewilligen.

16 Allgemeine Rücklage	1993 Ecu 000	1992 Ecu 000
Vortrag	2.923	1.021
Interne Besteuerung für das Geschäftsjahr	3.011	1.902
Stand 31. Dezember	5.934	2.923

17 Nettowährungsposition Ecu 000	US- Dollar	Britische Pfund	Deutsche Mark	Französische Francs	Sonstige	Ecu	Gesamt
Aktiva							
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	367.110	3.186	1.034	55	27.327	76.677	475.389
Andere Geldmarktplazierungen und sonstige Ausleihungen	13.715	-	-	-	-	-	13.715
Schuldtitle	614.795	102.304	432.064	76.387	1.066.696	1.269.774	3.562.020
Darlehen und Ausleihungen	219.091	-	74.132	-	21.197	22.709	337.129
Aktienanlagen	43.338	-	-	-	138.910	(13.815)	168.433
Andere Aktiva	84.343	5.733	12.751	8.592	491.654	291.960	895.033
Sachanlagen	-	-	-	-	-	74.089	74.089
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	90.368	-	-	-	34.815	148.598	273.781
Zukünftige Kapitalzeichnungen	428.130	-	-	-	102.210	706.510	1.236.850
	1.860.890	111.223	519.981	85.034	1.882.809	2.576.502	7.036.439
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(204.372)	(66.981)	(107.197)	(6.849)	(90.725)	(32.647)	(508.771)
Verbriefte Schulden	(541.594)	(37.743)	(40.542)	(75.874)	(1.283.733)	(641.493)	(2.620.979)
Sonstige Verbindlichkeiten	(134.619)	(51.070)	(63.731)	(2.531)	(540.342)	(139.604)	(931.897)
	(880.585)	(155.794)	(211.470)	(85.254)	(1.914.800)	(813.744)	(4.061.647)
Eigenkapital der Mitglieder	980.305	(44.571)	308.511	(220)	(31.991)	1.762.758	2.974.792
Bilanzunwirksame Instrumente							
Währungsswaps	(479.174)	24.500	(286.710)	(29.346)	317.875	452.855	-
Devisenterminkontrakte	(471.083)	-	(22.214)	-	(143.526)	636.823	-
Stand 31. Dezember 1993	30.048	(20.071)	(413)	(29.566)	142.358	2.852.436	2.974.792
Stand 31. Dezember 1992	411.119	64.023	(463)	(1.454)	2.750	2.471.546	2.947.521

17 Nettowährungsposition (Fortsetzung)

Die Position in US-Dollar besteht im wesentlichen aus zwei Komponenten. Zum einen handelt es sich um Kapitalbeteiligungen, die zwar in US-Dollar denominated sind, aber nicht in US-Dollar finanziert werden, da ihr Wert von Unternehmen abhängt, die in nicht konvertierbaren Währungen denominated werden. Zum anderen handelt es sich um Investitionen, die nicht in US-Dollar denominated, aber in US-Dollar finanziert werden, und bei denen Optionen bestehen, die die Bank berechtigen, innerhalb bestimmter Fristen die investierten Mittel in US-Dollar zurückzuerhalten.

Die Position in Sterling beinhaltet die abgegrenzte Miete für das Gebäude der Bank und wurde nicht mit den anderen Verwaltungsausgaben in 1993 gesichert, da die Absicherung auf der Grundlage von Barmitteln erfolgte. Ferner besteht sie aus der Finanzierung von Aktienanlagen, die die Bank

aufgrund einer Option berechtigen, innerhalb bestimmter Fristen ihre Aktienanlagen in Sterling wiederzuerlangen. Die Position in französischen Francs besteht ebenso aus der Finanzierung von Aktienanlagen, die mit einer Option ähnlich den oben beschriebenen Investitionen in Sterling und Dollar gesichert sind.

Die Position in anderen Währungen besteht aus Kapitalbeteiligungen in nicht konvertierbaren Währungen, die eine Finanzierung aus dem Ecu-Kapital der Bank erforderlich machen.

Alle weiteren Währungspositionen stehen für Salden aus Erträgen, Forderungen und Verbindlichkeiten, die wiederum nicht so erheblich sind, daß sie eine Bareindeckung erfordern.

18 Zinsbindungsbilanz

Ecu 000	Neubewertungsintervall bis zu einem Jahr	Neubewertungsintervall über ein Jahr und bis zu 5 Jahren	Neubewertungsintervall über 5 Jahre	Neubewertungsintervall Fonds ohne Zinserträge	Neubewertungsintervall Gesamt
Aktiva					
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	425.973	-	-	49.416	475.389
Andere Geldmarktplazierungen und Ausleihungen	13.715	-	-	-	13.715
Schuldtitel	2.655.022	898.088	8.910	-	3.562.020
Darlehen und Ausleihungen	346.754	8.963	1.383	-	357.100
Aktiva ohne Zinserträge, einschließlich abgerufener, aber noch nicht fälliger Kapitalzeichnungen	-	-	-	2.628.215	2.628.215
Aktiva gesamt	3.441.464	907.051	10.293	2.677.631	7.036.439
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(508.771)	-	-	-	(508.771)
Verbriefte Schulden	(818.133)	(1.045.672)	(757.174)	-	(2.620.979)
Andere Passiva	(242.556)	-	-	(689.341)	(931.897)
Passiva ohne Zinserträge und Eigenkapital von Mitgliedern	-	-	-	(2.974.792)	(2.974.792)
Passiva und Eigenkapital von Mitgliedern gesamt	(1.569.460)	(1.045.672)	(757.174)	(3.664.133)	(7.036.439)
Einfluß bilanzunwirksamer Finanzinstrumente	(1.152.591)	199.271	746.881	-	(206.439)
Offene Festzinsposition	719.413	60.650	-	(986.502)	(206.439)
Kumulative Festzinsposition	719.413	780.063	780.063	(206.439)	(206.439)

Mit dieser Darstellung soll die Sensitivität der Bankbilanz gegenüber Zinsveränderungen aufgezeigt werden. Die in der Tabelle ausgewiesene offene Festzinsposition ergibt sich dann, wenn nach Berücksichtigung bilanzunwirksamer Finanzinstrumente Aktiva mit Passiva finanziert werden, die in unterschiedlichen Neubewertungsintervallen liegen.

Das Neubewertungsintervall ist die Frist bis zur Fälligkeit der festverzinslichen Aktiva oder Passiva, bzw. bei variabler Zinsbasis die Frist bis zur nächsten Zinsneufestsetzung. Für Zwecke dieses Jahresabschlusses wird

davon ausgegangen, daß die Wertpapiere des Handelsbestands der Kategorie "bis zu einem Jahr" zuzuordnen sind.

Die Zinsänderungsrisiken werden von der Bank aktiv gesteuert. Sowohl Anleihen als auch Darlehensverbindlichkeiten werden mittels derivativer Instrumente in Finanzierungen mit variablen Zinssätzen umgewandelt. Das Umlaufvermögen wird innerhalb der genehmigten Fristen investiert. Kurzfristige Zinsänderungsrisiken werden genau beobachtet und auf Basis des gesamten Portfolios gesteuert.

19 Bilanzvermerke, Wechselkurs- und Zinssatzkontrakte

Die folgenden Übersichten zeigen die nominellen Kapitalbeträge bilanzunwirksamer Geschäfte. Die Nominalbeträge enthalten lediglich die zum Bilanzstichtag offenstehenden Kontraktsummen oder hypothetischen Beträge für die Abschlüsse sämtlicher Finanzinstrumente und liefern keinen Hinweis auf die damit verbundenen Marktrisiken.

Verpflichtungen	1993 Ecu 000	1992 Ecu 000
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	2.147.739	746.758
Verpflichtungen zum Erwerb von Anteilen	120.801	48.106
Stand 31. Dezember	2.268.540	794.864

Wechselkurs- und Zinssatzkontrakte	1993 Kurssicherung Ecu 000	1993 Sonstige Ecu 000	1993 Gesamt Ecu 000	1992 Kurssicherung Ecu 000	1992 Sonstige Ecu 000	1992 Gesamt Ecu 000
Wechselkurskontrakte						
Swappeschäfte	2.497.228	-	2.497.228	920.162	233.895	1.154.057
Termingeschäfte	703.804	-	703.804	506.570	-	506.570
Optionsgeschäfte	76.658	-	76.658	93.694	-	93.694
	3.277.690	-	3.277.690	1.520.426	233.895	1.754.321
Zinssatzkontrakte						
Swappeschäfte	3.001.066	465.270	3.466.336	1.278.090	-	1.278.090
Optionsgeschäfte	81.798	3.169.853	3.251.651	-	997.998	997.998
Termingeschäfte (Futures)	5.961.728	49.662	6.011.390	-	1.302.854	1.302.854
Höchstzinssatzvereinbarungen (Caps)	67.033	220.225	287.258	-	-	-
Zinsterminkontrakte (FRA's)	31.461	62.922	94.383	-	-	-
	9.143.086	3.967.932	13.111.018	1.278.090	2.300.852	3.578.942
	12.420.776	3.967.932	16.388.708	2.798.516	2.534.747	5.333.263

Die Bank hat unterschiedliche Arten von bilanzunwirksamen Geschäften abgeschlossen, um das Zinsänderungs- und das Wechselkursrisiko zu vermindern.

Im Falle eines Zahlungsverzugs der Gegenpartei hat die Bank für bestehende Swapabkommen ein mögliches Gesamtrisiko in Höhe von

307 Millionen Ecu. Dieser Betrag stellt die maximalen Wiederbeschaffungskosten aller bestehenden Swapabkommen zu Marktsätzen am 31. Dezember 1993 dar, falls alle Gegenparteien ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Die Vertragspartner werden mit großer Vorsicht ausgewählt; sie entsprechen den Liquiditätsvorschriften und Richtlinien. Die Bank hält ihr Adressenausfallsrisiko für nicht erheblich.

20 Fonds für technische Zusammenarbeit und Konto für Reaktorsicherheit

Die Bank unterstützt die Evaluierung sowie die Vorbereitung von Projekten im Bereich der technischen Zusammenarbeit, um so den Übergang zur Marktwirtschaft zu beschleunigen. Die Finanzierung kann über das Kapital der Bank, die im Übereinkommen bestimmten Sonderfondsmittel oder den Kooperationsfonds erfolgen. Im Kooperationsfonds sind Mittel von Kapitalgebern für Arbeiten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit bereitgestellt, die von der Bank entsprechend den mit diesen Kapitalgebern geschlossenen Kooperationsabkommen verwaltet werden.

Zum 31. Dezember 1993 verwaltete die Bank 29 Kooperationsfondsabkommen mit einem zugesagten Gesamtbetrag von Drittparteien in Höhe von annähernd 154 Millionen Ecu. Dieser Betrag umfaßt auch die Mittel in Höhe von 61 Millionen Ecu für das TACIS- und das PHARE-Programm, bei denen die EG-Kommission entsprechenden Verträgen zustimmen muß. Von den durch Drittparteien zugesagten Beträgen waren zum 31. Dezember 1993 insgesamt ungefähr 112 Millionen Ecu eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 1993 nahezu insgesamt 28 Millionen Ecu.

Darüber hinaus hat die Bank insgesamt 26 projektspezifische Kooperationsabkommen mit einem festgelegten Gesamtbetrag von ungefähr 14 Millionen Ecu aufgelegt.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Ländern der Region zu initiieren wurde das Konto für Reaktorsicherheit ("RSK") im März von der Bank eingerichtet. Das RSK erhält Beiträge von Geberländern, die als Darlehen für die unverzügliche Verbesserung der Sicherheit verwendet werden. Zum 31. Dezember 1993 hatten 13 Länder einen Gesamtbetrag in Höhe von 104 Millionen Ecu zugesagt.

Die Mittel aus dem Kooperationsfondsabkommen und dem RSK werden vom Kapital der Bank getrennt gehalten und unterliegen einer externen Rechnungsprüfung.

21 Pensionsplan

Für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterhält die Bank einen Plan mit festgelegten Beiträgen (money purchase retirement plan) zusammen mit einem Programm für festgelegte Leistungen (final salary retirement plan). Das hierfür bestehende Vermögen wird von dem der Bank getrennt gehalten. Der Aufwand für den auf dem Endgehalt aufbauenden Pensionsplan ist zum 25. September 1991 als Bewertungsstichtag versicherungsmathematisch nach einem teilwertähnlichen Verfahren ermittelt worden.

Die Dotation des Pensionsplans mit festgelegten Beiträgen durch die Bank und der Aufwand für den auf dem Endgehalt aufbauenden Pensionsplan wurden der Gewinn- und Verlustabrechnung belastet.

**Deloitte Touche
Tohmatsu**



Bericht der Abschlussprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den auf den Seiten 38 bis 53 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der internationalen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaften über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 1993 und des Jahresüberschusses sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.

Deloitte Touche Tohmatsu

185, avenue Charles de Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
7. März 1994

**Deloitte Touche
Tohmatsu
International**

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge		1.100	471
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3	(250)	(250)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Aktien		-	(120)
Überschuß für den Zeitraum		850	101

Gewinnverwendung

für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000
Vortrag zum 1. Januar 1993	-
Gewinn für den Zeitraum zum 31. Dezember 1992	101
Vortrag zum 31. Dezember 1993	101

Bilanz

zum 31. Dezember 1993

	Anmerkung	Ecu 000	31. Dezember 1993 Ecu 000	Ecu 000	31. Dezember 1992 Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten	4		19.485		8.695
Aktienanlagen		1.500		1.500	
Abzüglich: Wertberichtigungen		(120)		(120)	
			1.380		1.380
Zinsansprüche			86		26
Noch nicht fällige Ansprüche auf Einlagen	5		10.000		20.000
Summe der Aktiva			30.951		30.101
Passiva					
Einlagen	5		30.000		30.000
Gewinnvortrag			101		-
Jahresüberschuß			850		101
Summe der Verbindlichkeiten und Einlagen			30.951		30.101

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

Für das am 31. Dezember 1993 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuß	850	101
Überleitung des Jahresüberschusses auf die Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-	120
Zinserträge	(60)	(26)
Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit	790	195
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		
Erwerb von Aktienanlagen	-	(1.500)
Mittelverwendung (netto) für Investitionen	-	(1.500)
Cash Flow aus Finanzgeschäften		
Einlagen	10.000	10.000
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften	10.000	10.000
Nettozunahme der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva	10.790	8.695
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Geschäftsjahres	8.695	-
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Zeitraums	19.485	8.695

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 ("das Fonds-Übereinkommen") zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("die Bank") und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden ("die nordischen Länder").

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Es handelt sich um einen offenen Fonds mit dem Ziel, die Entwicklung des privaten Sektors durch Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen ("die baltischen Staaten") zu fördern.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(i) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

(ii) Aktienanlagen

Aktienanlagen werden nach vertraglicher Unterschriftsleistung der Bank erfaßt und vom Auszahlungszeitpunkt an als Vermögensgegenstand aktiviert. Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich der Wertberichtigungen für eine dauernde Wertminderung ausgewiesen. Pauschalwertberichtigungen werden für latente Risiken gebildet, die bekanntlich in jedem Bestand vorliegen. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen abzüglich der Auflösungen während des Geschäftsjahres werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 2,5 Prozent jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

4 Plazierungen bei Kreditinstituten

Alle Plazierungen bei Kreditinstituten lauten auf Ecu und haben eine Laufzeit bis zu einschließlich einem Monat.

5 Einlagen

Die laut Fondsübereinkommen von den nordischen Ländern zu leistenden Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:

	%	Gesamte Einlagen Ecu 000	Erhaltene Einlagen Ecu 000	Noch nicht fällige Ansprüche auf Einlagen Ecu 000
Dänemark	20.6	6.180	4.120	2.060
Finnland	22.4	6.720	4.480	2.240
Island	1.0	300	200	100
Norwegen	18.3	5.490	3.660	1.830
Schweden	37.7	11.310	7.540	3.770
	100.0	30.000	20.000	10.000

Die Einlagen sind in drei gleich hohen Jahresraten zahlbar.

**Deloitte Touche
Tohmatsu**



Bericht der Abschlussprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den auf den Seiten 54 bis 56 wiedergegebenen Jahresabschluss entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der internationalen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum zum 31. Dezember 1993 sowie des Überschusses und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.

Deloitte Touche Tohmatsu

185, avenue Charles de Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
7. März 1994

**Deloitte Touche
Tohmatsu
International**

Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds

Für das Geschäftsjahr bis 31. Dezember 1993

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Bilanzvortrag		1.641	-
Eingegangene Einlagen	3	1.667	1.666
Zinsen und zinsähnliche Erträge		187	85
		3.495	1.751
Auszahlungen	4	(264)	(27)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	(83)	(83)
Fondsvermögen zum 31. Dezember		3.148	1.641

Bilanz

zum 31. Dezember 1993

	Anmerkung	31. Dezember 1993 Ecu 000	31. Dezember 1992 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	6	3.125	1.637
Zinsansprüche		23	4
Summe der Aktiva		3.148	1.641
Passiva			
Nicht eingesetztes Fondsvermögen		3.019	1.581
Eingesetztes Fondsvermögen	4	129	60
Summe der Passiva		3.148	1.641

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 ("das Fondsübereinkommen") zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("die Bank") und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden ("die nordischen Länder").

Der Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Es handelt sich um einen offenen Fonds mit dem Ziel, die Entwicklung der Marktwirtschaft in Estland, Lettland und Litauen ("die baltischen Staaten") zu fördern. In dieser Hinsicht legt der Sonderfonds seinen Schwerpunkt auf die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen des privaten Sektors.

3 Erhaltene Einlagen

Die von den nordischen Ländern erhaltenen Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1993 Ecu 000	Zeitraum zum 31. Dezember 1992 Ecu 000
Dänemark	343	343
Finnland	374	373
Island	16	17
Norwegen	305	305
Schweden	629	628
	1.667	1.666

Die Einlagen sind in drei gleich hohen Jahresraten zahlbar. Weitere 1.667.000 Ecu werden 1994 eingezahlt.

4 Eingesetztes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das eingesetzte Fondsvermögen besteht aus von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens gebilligten Zusagen abzüglich der Summe geleisteter Zahlungen.

	Gebilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Eingesetztes Fondsvermögen Ecu 000
Aktuelle Projekte			
Zum 1. Januar 1993	87	27	60
Entwicklung während des Jahres	148	79	69
Zum 31. Dezember 1993	235	106	129
Abgeschlossene Projekte			
Zum 1. Januar 1993	-	-	-
Entwicklung während des Jahres	185	185	-
Zum 31. Dezember 1993	185	185	-
Projekte insgesamt			
Zum 1. Januar 1993	87	27	60
Entwicklung während des Jahres	333	264	69
Zum 31. Dezember 1993	420	291	129

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

(i) Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden bei Geldbewegung gebucht. Zinserträge und betrieblicher Aufwand sind abgegrenzt.

(ii) Währungsumrechnung

Auszahlungen in einer anderen Währung als Ecu werden zu dem zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkurs umgerechnet.

(iii) Fertiggestellte Projekte

Ein Projekt gilt als abgeschlossen, wenn sämtliche beteiligten Berater alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt haben und alle auf das Projekt bezogenen Rechnungen zur Zahlung eingereicht worden sind.

Nach Fertigstellung eines Projekts werden nicht ausgezahlte Beträge dem Fonds für nicht zugewiesene Mittel zugeführt.

5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 5 Prozent jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

6 Plazierungen bei Kreditinstituten

Die Plazierungen bei Kreditinstituten umfassen auf Ecu lautendes Sichtguthaben.

**Deloitte Touche
Tohmatsu**



Bericht der Abschlußprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den Jahresabschluß auf den
Seiten 57 bis 59 entsprechend den internationalen
Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von
Abschlußprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf
der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 ein den
tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der
Vermögenslage des Sonderfonds für Technische
Unterstützung im Ostseeraum zum 31. Dezember 1993 sowie
des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung des Fonds für
das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.

Deloitte Touche Tohmatsu

185, avenue Charles de Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
7. März 1994

**Deloitte Touche
Tohmatsu
International**

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 18. Oktober 1993 bis 31. Dezember 1993

Zeitraum zum
31. Dezember
1993
Ecu 000

Zinsen und zinsähnliche Erträge		2
Überschuß für den Zeitraum		2

Bilanz

zum 31. Dezember 1993

31. Dezember
1993
Ecu 000

	Anmerkung	
Aktiva		
Plazierungen bei Kreditinstituten	3	1.476
Zinsansprüche		2
Summe der Aktiva		1.478
Passiva		
Einlagen	4	1.476
Überschuß für den Zeitraum		2
Summe der Verbindlichkeiten und Einlagen		1.478

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für den Zeitraum vom 18. Oktober 1993 bis 31. Dezember 1993

Zeitraum zum
31. Dezember
1993
Ecu 000

Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		
Überschuß für den Zeitraum		2
Überleitung des Überschusses auf die Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit:		
Zinserträge		(2)
Mittelherkunft (netto) aus laufender Geschäftstätigkeit		-
Cash Flow aus Finanzgeschäften		
Einlagen		1.476
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		1.476
Nettozunahme der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		1.476

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation ("der Fonds") wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("das Direktorium") auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1993 gebilligt, und der Fonds wird im Rahmen der am gleichen Tag ebenfalls vom Direktorium gebilligten Satzung dieses Fonds verwaltet.

Der Sonderfonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Es handelt sich um einen offenen Fonds mit dem Ziel, die Entwicklung von Kleinunternehmen im privaten Sektor zu fördern.

Der Fonds beginnt seine Geschäftstätigkeit erst dann, wenn sich die von Geberländern eingegangenen Zusagen auf mindestens 3 Millionen US-Dollar belaufen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

3 Plazierungen bei Kreditinstituten

Die Plazierungen bei Kreditinstituten umfassen nur Sichtguthaben.

4 Einlagen

Die von den Geberländern erhaltenen

Einlagen werden nachfolgend aufgeführt: Ecu 000

Deutschland	676
Italien	530
Japan	270
	1.476

**Deloitte Touche
Tohmatsu**



Bericht der Abschlußprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den auf den Seiten 60 bis 61 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlußprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der internationalen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zum 31. Dezember 1993 sowie des Überschusses und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für den Zeitraum zwischen dem 18. Oktober 1993 und dem 31. Dezember 1993.

Deloitte Touche Tohmatsu

185, avenue Charles de Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
7. März 1994

**Deloitte Touche
Tohmatsu
International**

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds

für den Zeitraum vom 18. Oktober 1993 zum 31. Dezember 1993

	Anmerkung	Zeitraum zum 31. Dezember 1993 Ecu 000
Erhaltene Einlagen	3	993
Zinsen und zinsähnliche Erträge		1
		994
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4	(30)
Fondsvermögen zum 31. Dezember 1993		964

Bilanz

zum 31. Dezember 1993

	Anmerkung	31. Dezember 1993 Ecu 000
Aktiva		
Plazierungen bei Kreditinstituten	5	993
Zinsansprüche		1
Summe der Aktiva		994
Passiva		
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	6	964
Sonstige aufgelaufene betriebliche Aufwendungen	4	30
Summe der Passiva		994

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation ("der Fonds") wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ("das Direktorium") auf seiner Sitzung am 18. Oktober 1993 gebilligt, und der Fonds wird im Rahmen der am gleichen Tag ebenfalls vom Direktorium gebilligten Satzung dieses Fonds verwaltet.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Die Mittel des Fonds werden zur Finanzierung der technischen Zusammenarbeit für die Erarbeitung und Durchführung von Pilotprojekten des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation verwendet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden bei Geldbewegung gebucht. Zinserträge und betrieblicher Aufwand sind abgegrenzt.

3 Einlagen

Die von den Geberländern erhaltenen Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:

	Ecu 000
Deutschland	135
Italien	152
Japan	706
	993

4 Sonstiger betrieblicher Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 3 Prozent jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

5 Plazierungen bei Kreditinstituten

Die Plazierungen bei Kreditinstituten umfassen nur Sichtguthaben.

6 Nicht eingesetztes Fondsvermögen

Das nicht eingesetzte Fondsvermögen beinhaltet bereits von Geberländern erhaltene Mittel, die aber noch nicht als Darlehen zugesagt wurden.

**Deloitte Touche
Tohmatsu**



Bericht der Abschlussprüfer an die
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den auf den Seiten 62 bis 63 wiedergegebenen Jahresabschluß entsprechend den internationalen Grundsätzen ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen geprüft.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zum 31. Dezember 1993 sowie des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung des Fonds für den Zeitraum vom 18. Oktober zum 31. Dezember 1993.

Deloitte Touche Tohmatsu

185, avenue Charles de Gaulle
92201 Neuilly-sur-Seine
Paris
7. März 1994

**Deloitte Touche
Tohmatsu
International**

Liste der Projekte 1993

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Estline-Fähre Joint Venture bestehend aus dem estnischen staatlichen Schifffahrtsunternehmen und dem schwedischen Unternehmen Nordstromand Thulin AB zur Teilfinanzierung einer Fährverbindung zwischen Stockholm und Tallinn	Estland	Schifffahrt	B/1	Darlehen	11. Januar	14. Januar	19,36	37,00
Kner Nyomda Rt. Modernisierungs- und Erweiterungsprogramm in einem Unternehmen für das Bedrucken von Verpackungsmaterial	Ungarn	Verpackungsindustrie	B/1	Darlehen und Aktien	11. Januar	3. März	9,37	16,00
Notstandsdarlehen für Öl- und Gasindustrie Nishnewartowskneftgas: für Ankauf und Modernisierung von Ausrüstungen zur Wiederinbetriebnahme von 600 Bohrquellen	Russische Föderation	Öl- und Gasindustrie	B/0	Darlehen	11. Januar	-	53,78	53,78
Polspan Sp. z.o.o. Polnischer Herstellerbetrieb von Spanplatten im Besitz der Kronospan GmbH: für die Modernisierung und Erweiterung von Polspan und die Erneuerung einer Papierfabrik	Polen	Holzverarbeitung und Forstwirtschaft	B/1	Darlehen	11. Januar	15. Juni	14,46	35,03
Polar Lights Company Erschließung eines Ölfelds jenseits des Polarkreises in der Region Timan-Petschora	Russische Föderation	Öl- und Gasindustrie	A/1	Darlehen	8. Februar	13. September	80,67	286,46
Hyatt Regency Hotel Prag Renovierung, Erweiterung und Inbetriebnahme eines 5-Sternehotels mit angeschlossenem Bürokomplex	Tschechische Republik	Bauwesen	B/0	Darlehen	8. Februar	24. Mai	17,44	85,65
Geschäftsbank "Ion Tiriac" SA Entwicklung des Finanzinstituts zur Unterstützung des Sektors für finanzielle Dienstleistungen	Rumänien	Finanzwesen	C/0	Aktien	23. Februar	9. April	5,32	29,58
Europäisches Straßensanierungsprojekt Verbesserung des Straßennetzes für den regionalen und internationalen Verkehr	Rumänien	Bauwesen	B/0	Darlehen	23. Februar	23. April	71,71	354,05
Capital SA Einrichtung einer Institution für Finanzberatung und Investitionen in Bukarest	Rumänien	Querschnittsbereich	C/0	Aktien	8. März	29. April	1,76	5,44
Rumänischer Kapitalfonds Investitionen in Unternehmen des Privatsektors und im Privatisierungsprozeß	Rumänien	Querschnittsbereich	C/0	Aktien	8. März	-	6,72	19,72
Bank Bukarest Investition in eine neue Geschäftsbank, die von der griechischen Kreditbank SA verwaltet und geleitet wird	Rumänien	Finanzwesen	C/0	Aktien	23. März	20. Juli	2,12	8,96
Rasdan-Kraftwerk, Block 5 Fertigstellung von Block 5 im Kraftwerk Rasdan sowie Elektrizitätsleitung nach Jerewan	Armenien	Elektrizitätserzeugung	B/1	Darlehen	23. März	20. April	51,45	80,48
Internationales Straßenkorridorprojekt Verbesserung des Zustands des europäischen Straßennetzes für den regionalen und internationalen Straßenverkehr	Slowakische Republik	Bauwesen	B/0	Darlehen	23. März	27. April	15,00	41,60

**Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1993 gültigen Wechselkursen ausgewiesen.
Aktien sind zu dem am Tag der Auszahlung gültigen Ecu-Wechselkurs umgerechnet.**

*** Umweltprüfungskategorien**

A, B und C beziehen sich darauf, ob das Projekt:
 – einer vollständigen Umweltbewertung (A)
 – einer teilweisen Umweltanalyse (B)
 – oder keiner von beiden (C)
 unterzogen werden muß.

1 oder 0 bezeichnen, ob das Projekt:
 – einer Umweltprüfung bedarf (1)
 – oder einer Umweltprüfung nicht bedarf (0).

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Telekommunikationsprojekt Installation eines digitalen Überlagerungs-Reservenetzes, einschließlich Modernisierung und Erweiterung von Telekommunikationssystemen in den wichtigsten Städten	Slowakische Republik	Telekommunikation	B/0	Darlehen	23. März	25. April	44,00	272,00
Virolite Functional Polymers SA Bau und Inbetriebnahme einer völlig neuen Ionenaustausch-Kunstharzanlage in der Stadt Victoria	Rumänien	Chemieindustrie	A/1	Darlehen und Aktien	23. März	3. Dezember	12,96	34,96
Wielkopolski Bank Kredytowy SA Investition für die erste Privatisierung einer regionalen polnischen Geschäftsbank	Polen	Finanzwesen	C/0	Aktien	23. März	6. April	10,41	30,80
Großhandelsmarkt Bukarest Errichtung eines Obst- und Gemüsegroßhandelsmarkts für Privathändler sowie Modernisierung und Vernetzung von fünf Kleinmärkten	Rumänien	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	20. April	-	22,41	44,46
Wasserkraftwerksanlage an der Drau Erneuerung, Austausch von Turbinen und Netztransformatoren zur Verringerung der Kosten, Verbesserung der Sicherheit und Verringerung der Umweltbelastung	Slowenien	Elektrizitätserzeugung	B/1	Darlehen	20. April	25. April	73,67	129,10
Telekommunikations-Projekt Installation eines digitalen Überlagerungs-Reservenetzes, einschließlich Modernisierung und Erweiterung von Telekommunikationssystemen in den wichtigsten Städten	Tschechische Republik	Telekommunikation	B/1	Darlehen	20. April	18. Oktober	72,45	297,00
Thurn Taxis Dobruška Führendes Zuckerwerk, Erweiterungs- und Modernisierungsprogramm	Tschechische Republik	Nahrungsmittel	B/1	Aktien	20. April	15. Juni	4,14	24,59
Dun and Bradstreet (C&EE) Holding BV Investitionen für Informationsdienstleistungsbetriebe in Ungarn, der Tschechischen Republik und Polen	Region	Finanzwesen	C/0	Aktien	10. Mai	15. Juli	2,69	5,32
Internationale Moskauer Bank (IMB) Kofinanzierungslinie Finanzierung mittelständischer Privatunternehmen und Unternehmen im Staatsbesitz, die privatisiert werden, sowie von Joint Ventures mit westlichen Investoren	Russische Föderation	Finanzwesen	C/0	Darlehen	10. Mai	9. Dezember	6,72	17,93
Leventis Romanian Bottlers Zwei neue rumänische Joint-Venture-Unternehmen für Flaschenabfüllanlagen, Absatz und Verteilung	Rumänien	Glasherstellung	B/1	Darlehen	10. Mai	6. August	9,86	22,41
Caresbac Polska Risikokapitalinvestitionen für kleine und mittelständische Unternehmen im polnischen Privatsektor	Polen	Finanzwesen	C/0	Aktien	24. Mai	30. Juli	4,29	11,02
Sanierung der westsibirischen Öl- und Gasfelder Reparaturen an den Ölquellen und Pipelines von Purneftegas sowie Förderung von Gesetzgebungsinitiativen und kommerziellen Reformen zur Unterstützung der Privatinvestitionen	Russische Föderation	Öl- und Gasindustrie	B/1	Darlehen	24. Mai	5. August	156,23	189,39
Renaissance-Fonds: Polen, Slowakische Republik, Tschechische Republik Bereitstellung von Kapital und Managementunterstützung für neue und kürzlich gegründete Privatunternehmen	Region	Finanzwesen	C/0	Aktien	14. Juni	23. September	8,82	22,41
Zalaegerszegi Hutoipari Kft Modernisierung der Tiefkühlkapazität eines Unternehmens für Gefrierobst, Gemüse und Backwaren	Ungarn	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	14. Juni	30. August	4,66	16,09

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Bulgarischer Kapitalfonds Finanzierung von Unternehmen im Privatsektor	Bulgarien	Finanzwesen	C/O	Aktien	28. Juni	-	3,14	8,96
Bulgarische Investmentbank Neue Bankengruppe im Privatsektor, für Investitionen und Beratungsdienste bei Unternehmensfinanzierung	Bulgarien	Finanzwesen	C/O	Aktien	28. Juni	21. Dezember	3,14	6,90
Sanierungsprojekt für den öffentlichen Personennahverkehr in Budapest Verbesserung der öffentlichen Verkehrseinrichtungen der Stadt	Ungarn	Personenbeförderung	B/O	Darlehen	12. Juli	26. August	64,28	161,34
Projekt zur Sanierung des internationalen Flughafens Riga Modernisierung der Start- und Landebahnen, der Rollbahnen und der Beleuchtungsanlage des Flugfelds	Lettland	Bauwesen	B/1	Darlehen	12. Juli	8. Oktober	10,85	11,83
Sarafschan-Newmont Joint Venture Betrieb des Goldbergwerks Muruntau	Usbekistan	Bergbau	A/O	Darlehen	12. Juli	16. November	47,06	134,45
Bank Budapest Mittel- und langfristige Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen im Agrarsektor	Ungarn	Landwirtschaft	C/O	Darlehen	26. Juli	26. August	7,17	7,17
Geschäfts- und Kreditbank Mittel- und langfristige Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen im privaten Bereich des Agrarsektors	Ungarn	Landwirtschaft	C/O	Darlehen	26. Juli	26. August	35,50	35,50
Designbüro Saljut Start eines Fernmeldesatelliten im Auftrag von Inmarsat (Internationale Seefunksatelliten-Organisation)	Russische Föderation	Luft- und Raumfahrt	B/1	Bürgschaft	26. Juli	-	9,23	31,82
Hantarex RT Finanzierung maschineller Laboreinrichtungen zur Herstellung von Monitoren mit Kathodenröhren	Ungarn	Elektronische Geräte	B/1	Darlehen und Aktien	26. Juli	-	6,09	26,22
Horizonte Fund Bereitstellung von Kapital und Management-Unterstützung für neue und kürzlich gegründete Unternehmen	Slowenien	Finanzwesen	C/O	Aktien	26. Juli	-	2,57	7,35
Ungarische Kreditbank Mittel- und langfristige Finanzierung für private kleine und mittelständische Unternehmen im Agrarsektor	Ungarn	Landwirtschaft	C/O	Darlehen	26. Juli	-	26,89	26,89
KomiArcticOil Entwicklung der zweiten Stufe eines Ölfelds in der Republik Komi	Russische Föderation	Öl- und Gasindustrie	A/1	Darlehen	26. Juli	-	71,70	280,37
Kredyt Bank Für die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen	Polen	Finanzwesen	C/O	Darlehen und Bürgschaften	26. Juli	24. November	8,96	8,96
M1-M15 Maut-Autobahn Bau von 43 km Autobahnstrecke von Gyor zur österreichischen Grenze und von 15 Autobahnkilometern in Richtung Bratislava, die als Mautstraßen betrieben werden sollen	Ungarn	Bauwesen	A/O	Darlehen, Aktien und Bürgschaften	26. Juli	23. Dezember	125,91	323,59
Nationale Sparkassen- und Geschäftsbank Mittel- und langfristige Finanzierung für kleine und mittelständische Unternehmen im Agrarsektor	Ungarn	Landwirtschaft	C/O	Darlehen	26. Juli	26. August	22,40	22,40

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Rogner Hotel Bau und Inbetriebnahme eines Konferenz- und Tagungshotels in Tirana	Albanien	Bauwesen/ Hotels	B/0	Darlehen und Aktien	26. Juli	-	13,03	18,68
Eisenbahnprojekt Slowenien Unterstützung bei der Umstrukturierung und Erneuerung der slowenischen Eisenbahnen mit einem Programm für die Erneuerung des Schienennetzes	Slowenien	Eisenbahn- wesen	B/0	Darlehen	26. Juli	-	44,77	93,22
Projekt für einen Kleinunternehmensfonds Pilotprojekt für die Errichtung und Förderung örtlicher Unternehmen	Russische Föderation	Finanzwesen	C/0	Darlehen	26. Juli	-	2,69	8,96
Hotel Tirana Erneuerung und Betrieb eines Konferenz- und Tagungshotels	Albanien	Bauwesen/ Hotels	B/0	Darlehen und Aktien	26. Juli	22. Oktober	10,87	18,37
EMCOM SRL Einrichtung einer Fabrik zur Produktion digitaler Vermittlungsanlagen für die Telekommunikation	Rumänien	Telekom- munikation	B/1	Aktien	23. August	16. Dezember	6,20	25,83
Inter-Europa Bank Rt Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen	Ungarn	Finanzwesen	C/0	Darlehen	23. August	8. November	25,00	71,50
Trebruk/Kostrzyn Papierfabrik, die von einem im Rekonstruktions- und Modernisierungsprozeß stehenden Unternehmen schwedischen Investoren übergeben wurde	Polen	Holzver- arbeitung und Forstwirtschaft	B/1	Darlehen	6. September	6. Oktober	28,46	51,00
ZSNP Fertigstellung einer modernen Aluminiumschmelzanlage als Kernstück der komplexen Erneuerung und nachfolgenden Privatisierung	Slowakische Republik	Metall- produktion	A/1	Darlehen und Aktien	6. September	-	112,04	352,16
Busi - Albanische Getränke Aufbau und Betriebsaufnahme einer Abfülleinrichtung für alkoholfreie Getränke	Albanien	Glasver- arbeitung	B/0	Darlehen	20. September	24. November	2,60	8,52
Russisches und Baltisches Forstwirtschaftsunternehmen Für die finnische Firma Thomleaseco AB zum Ankauf und zur Verpachtung von forstwirtschaftlichen Ausrüstungen an private Joint Ventures in Estland, Litauen und der Russischen Föderation	Region	Holzver- arbeitung und Forstwirtschaft	B/0	Darlehen	20. September	10. November	3,50	10,06
Tschechisches Projekt für die Handelsförderung (Komerční Banka) Schaffung von Export- und Export-Vorfinanzierungsmöglichkeiten für Kunden aus der Industrie und Finanzierung eines entsprechenden Ausbildungsprogramms	Tschechische Republik	Finanzwesen	C/0	Darlehen	18. Oktober	-	53,78	53,78
Framlington Russischer Investmentfonds Bildung eines Risikokapitalfonds für Investitionen in Privatunternehmen	Russische Föderation	Finanzwesen	C/0	Aktien	18. Oktober	22. Dezember	14,65	44,82
Kapitalbeteiligungsprojekt bei ungarischem Telekommunikationsunternehmen (HTC) Finanzierung eines Investitionsprogramms für das HTC zur Verbesserung der Dienstleistungen im Telekommunikationsbereich	Ungarn	Telekom- munikation	B/0	Aktien	18. Oktober	18. November	50,84	301,61
Autobahnentwicklungsprojekt Abschluß von Autobahnbauprojekten, Einführung von Mautverbindungen auf Fernstraßen und Erarbeitung einer Strategie für Autobahnen	Polen	Bauwesen	B/0	Darlehen	18. Oktober	22. Oktober	45,00	76,60

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Rumänische Entwicklungsbank Darlehen für Datenverarbeitungsgeräte, Kreditlinie für Devisendarlehen an private und staatliche marktwirtschaftlich geführte Unternehmen	Rumänien	Computer/ Finanzwesen	C/O	Darlehen	18. Oktober	-	51,99	59,16
Joint Venture Sloveca Aufbau einer modernisierten Ethoxylierungsanlage zur Herstellung nichtionischer Tenside	Slowakische Republik	Chemische Industrie	B/1	Darlehen	18. Oktober	-	5,17	14,52
Projekt zur Förderung des slowakischen Handels – Vseobecna Uverova Banka Schaffung von Export- und Export-Vorfinanzierungsmöglichkeiten für Kunden aus der Industrie und Finanzierung eines entsprechenden Ausbildungsprogramms	Slowakische Republik	Finanzwesen	C/O	Darlehen	18. Oktober	-	53,78	53,78
Finanzfazilität der usbekischen Nationalbank für die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen Weitergabe von Mitteln an kleine und mittelständische Unternehmen, Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Bank und Entwicklung eines Programms zur Schaffung von Finanzinstituten	Usbekistan	Finanzwesen	C/O	Darlehen	18. Oktober	23. November	53,78	53,78
Accor/Pannonia Privatisierung und Entwicklung von Pannonia, einer führenden Hotelkette	Ungarn	Hotelwesen	B/O	Aktien	8. November	22. November	6,25	52,61
Framochem Kft Erneuerung, Modernisierung und Erweiterung einer Produktionseinrichtung für Zwischen- und Feinchemikalien in Kazinbarcika	Ungarn	Chemische Industrie	B/1	Darlehen	8. November	-	1,52	3,74
Serconf Teilfinanzierung für die Errichtung und Ausrüstung einer Produktionseinrichtung für Bekleidung	Rumänien	Textilindustrie	B/1	Darlehen	8. November	-	3,41	6,17
Slovenska Pol'Nohospodarska Banka Weiterentwicklung der Dienstleistungen in SPB-Geschäftsbanken	Slowakische Republik	Finanzwesen	C/O	Aktien	8. November	16. November	4,60	20,80
Aquasava d.o.o. Schaffung einer modernen Textilverarbeitungseinrichtung in Kranj	Slowenien	Textilindustrie	B/1	Darlehen	23. November	-	4,70	13,43
Finanzfazilitäten für die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen Förderung von Aktivitäten kleiner und mittelständischer Unternehmen, Verbesserung der Finanzinfrastruktur und Unterstützung bei der Entfaltung einer Unternehmenskultur	Kasachstan	Finanzwesen	C/O	Darlehen	23. November	22. Dezember	100,00	100,00
Batpress sp z.o.o. Errichtung einer Offset-Druckerpresse in Chrzanow, Möglichkeiten für Tochterunternehmen zur Modernisierung ihrer Ausrüstung	Polen	Druckerei- und Verlagswesen	B/1	Darlehen	9. Dezember	-	5,40	18,26
Erweiterungsprojekt für Großhandelsmarkt Budapest Finanzierung einer zweiten Stufe der Entwicklung und Rationalisierung der bestehenden Einrichtung	Ungarn	Nahrungsmittel	B/O	Darlehen	9. Dezember	-	6,00	23,66
Compagnie Européenne du Meuble Herstellung von Möbeln für den russischen und westlichen Markt	Russische Föderation	Möbelindustrie	B/O	Aktien	9. Dezember	-	6,32	28,60
Danone-Serdika SA Verbesserung und Erweiterung des derzeitigen Angebots an Joghurtherzeugnissen sowie Finanzierung einer neuen Erzeugnisreihe	Bulgarien	Nahrungsmittel	B/O	Aktien	9. Dezember	-	1,20	8,10

	Land	Sektor	UPK*	Art	Tag der Genehmigung	Unterzeichnet am	Bewilligte Bankmittel in Millionen Ecu	Gesamtumfang Projektinvestitionen in Millionen Ecu
Huta Szkla Jaroslaw SA Erneuerung der bestehenden Anlagen zur Herstellung von Glasbehältern	Polen	Glasverarbeitung	B/1	Darlehen	9. Dezember	20. Dezember	38,63	61,76
Großhandelsmarkt Minsk Entwicklung eines modernen Großmarktkomplexes	Belarus	Nahrungsmittel	B/0	Darlehen	9. Dezember	16. Dezember	5,85	11,38
Kraftwerksmodernisierung Bau eines Kombikraftwerks (62 Megawatt) in Orscha	Belarus	Energieerzeugung	B/1	Darlehen	9. Dezember	16. Dezember	40,47	56,20
EGIS Gyogyszergyar Hilfe bei Privatisierung, Finanzierung eines Entwicklungsprogramms, Verbesserung der Umwelt und der Absatzaktivitäten	Ungarn	Pharmazeutische Industrie	C/1	Aktien	20. Dezember	20. Dezember	26,52	63,28
Fiat Auto Polen Erweiterung der bestehenden Kapazitäten für die PKW-Herstellung, Verbesserung der Umweltbedingungen in 7 Produktionsstätten	Polen	Automobilindustrie	B/1	Darlehen und Aktien	20. Dezember	-	78,01	811,26
Kiew (Borispol) Erneuerung des Flughafens Verbesserung der Passagierabfertigung und Modernisierung bestehender Einrichtungen	Ukraine	Flughafendienstleistungen	B/0	Darlehen	20. Dezember	22. Dezember	4,57	13,27
Komerčni Banka Unterstützung des bestehenden Instituts und weitere Privatisierung	Tschechische Republik	Finanzwesen	C/0	Aktien	20. Dezember	-	68,50	136,99
MosMed Produktion von chirurgischen Bestecken	Russische Föderation	Medizinische Instrumente	B/1	Darlehen	20. Dezember	-	2,69	6,65
Energieprojekt Bau einer Elektrizitätsleitung und Unterstützung des Energiesparprogramms	Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien	Energieerzeugung	B/0	Darlehen	20. Dezember	22. Dezember	24,02	34,30
SKB Bank Projektfinanzierung in Slowenien	Slowenien	Finanzwesen	C/0	Darlehen	20. Dezember	-	25,83	25,83
Erneuerung des Flughafens Tallinn Für die Finanzierung von Start-, Lande- und Rollbahnen sowie der Beleuchtungsanlage der Anflugsschneise	Estland	Flughafendienstleistungen	B/0	Darlehen	20. Dezember	-	12,73	15,51
Tatra Bank Unterstützung bei der Herausbildung einer neuen Unternehmens- und Leitungsstruktur, Finanzierung der Vergrößerung des Darlehensportefeuilles sowie der Ausdehnung des Filialnetzes	Slowakische Republik	Finanzwesen	C/0	Aktien	20. Dezember	-	3,35	3,35
Für bewilligte Projekte								
1991							405,89	1.345,22
1992							1.094,50	3.963,46
1993							2.276,08	6.096,48
Bis zum 31. Dezember 1993							3.776,47	11.405,16

Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1993 gültigen Wechselkursen ausgewiesen.

Aktien sind zu dem am Tag der Auszahlung gültigen Ecu-Wechselkurs umgerechnet.

* **Umweltprüfungskategorien**

- A, B und C beziehen sich darauf, ob das Projekt:
- einer vollständigen Umweltbewertung (A)
 - einer teilweisen Umweltanalyse (B)
 - oder keiner von beiden (C) unterzogen werden muß.

- 1 oder 0 bezeichnen, ob das Projekt:
- einer Umweltprüfung bedarf (1)
 - oder einer Umweltprüfung nicht bedarf (0).

Gouverneurinnen und Gouverneure

Gouverneurinnen und Gouverneure und Stellvertretende Gouverneurinnen und Gouverneure

Stand: 31. Dezember 1993

Mitgliedsland/Institution	Gouverneurin/Gouverneur	Stellvertretende Gouverneurin/ Stellvertretender Gouverneur	Vorsitzende des Gouverneursrats
Ägypten	Mahmoud Mohamed Mahmoud	Saad Al Farargi	Anne Wibble
Albanien	–	Elizabeth Gjoni	Stellvertretende Vorsitzende des Gouverneursrats
Armenien	Lewon Barchudarian	Isaak Isaakjan	Hirohisa Fujii
Aserbaidschan	Jawanschir Abdullajew	Wagif K. Achmedow	Mitja Gaspari
Australien	Ralph Willis	Michael Costello	
Belarus	Stanislaw Bogdankewitsch	Nikolaj Lisaj	
Belgien	Philippe Maystadt	Grégoire Brouhns	
Bulgarien	Stojan Alexandrow	Mileti Mladenow	
Dänemark	Helle Degn	Gunnar Ortmann	
Deutschland	Theo Waigel	Gert Haller	
Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien	Jane Miljovski	Dzevdet Hajredini	
Estland	Madis Üürike	Raivo Maine	
Finnland	Pertti Salolainen	Veikko Kantola	
Frankreich	Edmond Alphandéry	Christian Noyer	
Georgien	Demuri Dwalischwili	Kachi Popjaschwili	
Griechenland	Georgios Genimatas	Yannos Papantoniou	
Irland	Bertie Ahern	Sean P. Cromien	
Island	Sighvatur Björgvinsson	Finnur Sveinbjörnsson	
Israel	Jacob A. Frenkel	Ehud Kaufman	
Italien	Piero Barucci	Mario Draghi	
Japan	Hirohisa Fujii	Yasushi Mieno	
Kanada	Paul Martin	Reid Morden	
Kasachstan	Galym B. Bainasarow	Oras A. Jandosow	
Kirgisistan	Kemelbek Nanajew	Muratbek Mukaschew	
Kroatien	Zoran Jačić	Josip Kuličić	
Lettland	Ojars Kehris	Uldis Osis	
Liechtenstein	Egmond Frommelt	Roland Marxer	
Litauen	Eduardas Vilkelis	A. Karalius	
Luxemburg	Jacques Santer	Yves Mersch	
Malta	John Dalli	Francis J. Vassallo	
Marokko	M'Hamed Sagou	Mohammed Dairi	
Mexiko	Pedro Aspe	Guillermo Ortiz	
Moldau	Leonid Talmaci	Claudia Vesile Melnic	
Neuseeland	Don McKinnon	George Gair	
Niederlande	Wim Kok	Peter Kooijmans	
Norwegen	Sigbjørn Johnsen	Marianne Andreassen	
Österreich	Ferdinand Lacina	Hans Dietmar Schweisgut	
Polen	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Stefan Kawalec	
Portugal	Eduardo de Almeida Catroga	Francisco Adelino Gusmão	
Republik Korea	Jae-Hyong Hong	Esteres de Carvalho	
Rumänien	Florin Georgescu	Myung-Ho Kim	
Russische Föderation	Viktor Geraschtschenko	Mugur Isarescu	
Schweden	Anne Wibble	Andrej Wawilow	
Schweiz	Jean-Pascal Delamuraz	Carl B. Hamilton	
Slowakische Republik	Július Tóth	Silvio Arioli	
Slowenien	Mitja Gaspari	Marián Tkáč	
Spanien	Pedro Solbes	Dusan Hočevar	
Tadschikistan	Abdudschalil Samadow	Alfredo Pastor	
Tschechische Republik	Ivan Kočárník	–	
Türkei	Osman Ünsal	Josef Tošovský	
Turkmenistan	Hudaiberdy A. Orasow	M. Bülent Özgün	
Ukraine	Grigori Pjatatschenko	Amangeldy Bairamow	
Ungarn	Iván Szabó	Viktor Juschtschenko	
Usbekistan	Rustam S. Asimow	Imre Tarafás	
Vereinigte Staaten	Lloyd Bentsen	Abdurafik Achadow	
Vereinigtes Königreich	Kenneth Clarke	Joan Spero	
Zypern	Phaedros Economides	Lynda Chalker	
EG	Henning Christophersen	Michael Erotokritos	
EIB	Brian Unwin	Giovanni Ravasio	
		Alain Prate	

Direktoren

Direktoren und stellvertretende Direktorinnen und Direktoren

Stand: 31. Dezember 1993

Direktoren	Stellvertretende Direktorinnen/ Stellvertretender/Direktoren	Länderbereich	
Jan Bielecki ¹	Plamen Iltschew	Polen/Bulgarien/Albanien	1 Jan Bielecki ersetzt Jan Winiecki im Dezember
John Coleman ²	David Horley	Kanada/Marokko	2 John Coleman ersetzt Donald McCutchan im August
Claes de Neergaard	Halldór J. Kristjánsson	Schweden/Island/Estland	3 Jon Cunliffe ersetzt Craig Pickering im Januar
Robert Graham-Harrison	Jon Cunliffe ³	Vereinigtes Königreich	4 Johan Hilbers ersetzt Ron Keller im November
Johan Hilbers ⁴	Paul Menkveld	Niederlande	5 Roger Lavelle ersetzt Christopher Sibson im Mai
Jim Humphreys	Won-Young Yon	Australien/Korea/Neuseeland/ Ägypten	6 Asger Lund-Sørensen ersetzt Lars Tybjerg im Juli
Roger Lavelle ⁵	Terry Brown	Europäische Investitionsbank	7 Oleksander Sawtschenko wurde im Mai gewählt
Asger Lund-Sørensen ⁶	Phelim Molloy	Dänemark/Irland/Litauen/ EJR Makedonien	8 Jeffrey Shafer ersetzt William Curran im August (James Scheuer ersetzt Jeffrey Shafer im Februar 1994)
Heiner Luschin	Mordechai Fraenkel	Österreich/Israel/Zypern/Malta/ Kasachstan	9 Lee Jackson ersetzt Emily Walker im September
Giuseppe Maresca	Maurizio Serra	Italien	10 Kazumoto Suzuki ersetzt Tetsuma Fujikawa im Juni
Patrick Mordacq	Didier Elbaum	Frankreich	11 Takashi Osanai ersetzt Yoshihisa Kuroda im August
Kari Nars	Erik Århus	Finnland/Norwegen/Lettland	12 Stefanos Vavalidis ersetzt José da Silva Lopes im Mai
Guy Noppen	Ernest Muhlen	Belgien/Luxemburg/Slowenien	13 Fernando Soares Carneiro ersetzt Dimitri Koulourianos im August
Tomás Parizek	György Matolcsy	Tschechische Republik/Ungarn/ Slowakische Republik/Kroatien	
Oleg Preksin	Sergej Owsejtschik	Russische Föderation/Belarus/ Tadschikistan	
Jacques Reverdin	Ibrahim Berberoğlu	Schweiz/Türkei/ Liechtenstein/Usbekistan/ Kirgisistan/Aserbaidschan/ Turkmenistan	
Oleksander Sawtschenko ⁷	Stanel Ghencea	Ukraine/Rumänien/Moldau/ Georgien/Armenien	
Jeffrey Shafer ⁸	Lee Jackson ⁹	Vereinigte Staaten von Amerika	
Kazumoto Suzuki ¹⁰	Takashi Osanai ¹¹	Japan	
José Luis Ugarte	Belen Cristino	Spanien/Mexiko	
Antoine Van Goethem	Peter Blackie	Europäische Gemeinschaft	
Stefanos Vavalidis ¹²	Fernando Soares Carneiro ¹³	Griechenland/Portugal	
Günter Winkelmann	Siegfried Borggrefe	Deutschland	

Direktoriums-ausschüsse*

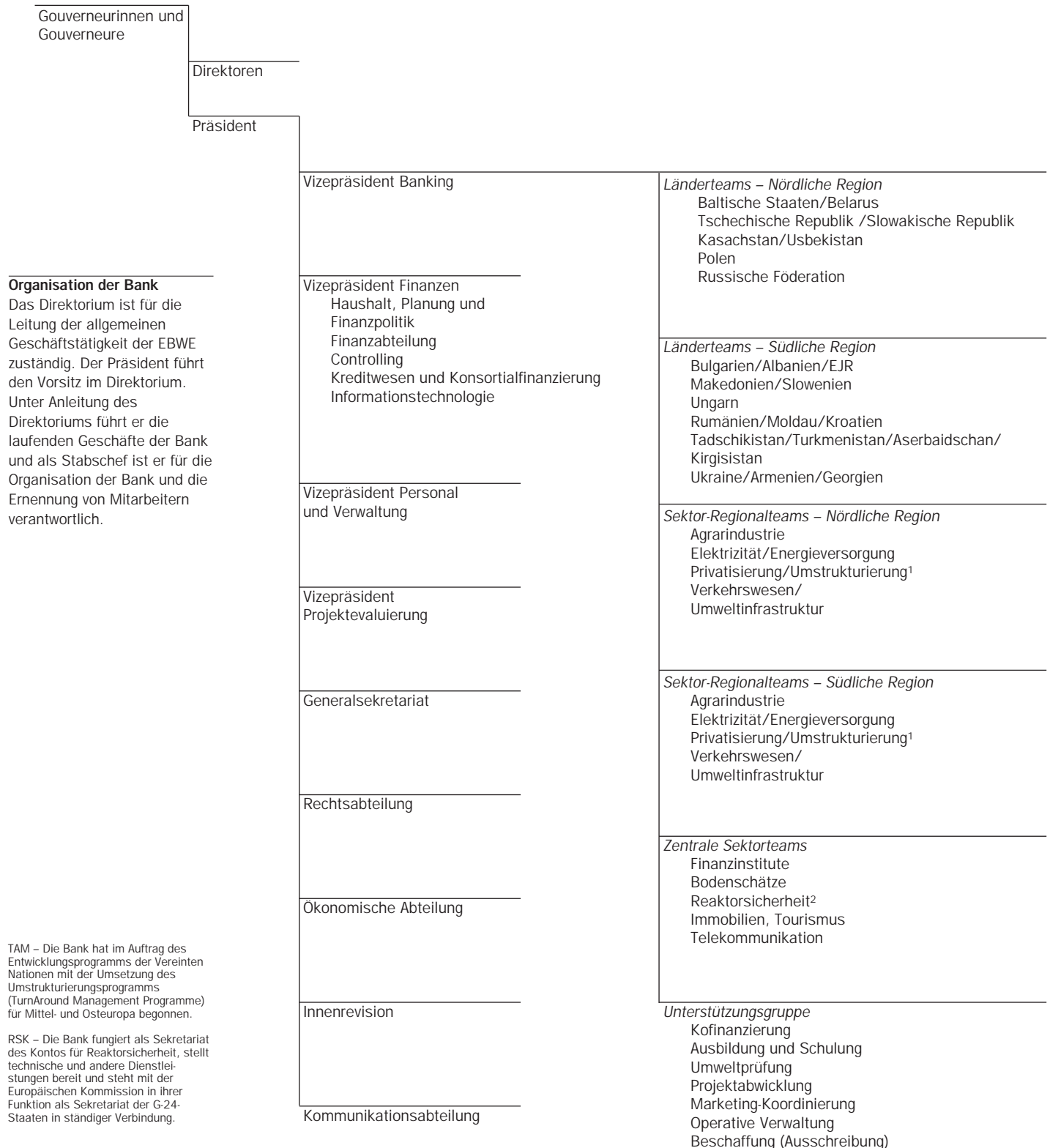
Stand: 31. Dezember 1993

Finanzprüfungsausschuß	Ausschuß für Haushalt und Verwaltungsangelegenheiten	Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit	
Claes de Neergaard (Vorsitzender)	Giuseppe Maresca (Vorsitzender)	Patrick Mordacq (Vorsitzender)	Der Finanzprüfungsausschuß beschäftigt sich mit der Ernennung und dem Aufgabenbereich der externen Rechnungsprüfer. Er überprüft den Jahresabschluss, die Grundsätze und Tätigkeit des Innenrevisors, die Autorisierung der Ausgaben, die Kontrollsysteme sowie die Beschaffungspolitik und Projektbewertung.
John Coleman (Stellvertretender Vorsitzender)	Tomás Parizek (Stellvertretender Vorsitzender)	Günter Winkelmann (Stellvertretender Vorsitzender)	
Jan Bielecki	Johan Hilbers	Robert Graham-Harrison	Der Ausschuß für Haushalt und Verwaltungsangelegenheiten prüft die allgemeine Haushaltspolitik sowie diesbezügliche Vorschläge, Verfahren und Berichte. Er beschäftigt sich weiterhin mit Personalfragen, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten sowie mit Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit den Direktoren und ihren Mitarbeitern.
Jim Humphreys	Asger Lund-Sørensen	Roger Lavelle	
Oleksander Sawtschenko	Heiner Luschin	Kari Nars	Der Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit überprüft finanzpolitische und allgemeine Grundsätze im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit, sowie den Festlegungen für Verfahrensregeln der Berichterstattung.
Antoine Van Goethem	Guy Noppen	Oleg Preksin	
Stefanos Vavalidis	Jacques Reverdin	Jeffrey Shafer	
	Kazumoto Suzuki	José Luis Ugarte	

* Nach einer Überprüfung der Verfahrensweise und des Mandats wurden zwei neue Ausschüsse gebildet: der Ausschuß für Haushalt und Verwaltungsangelegenheiten sowie der Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, mit denen die Ausschüsse für Personalentlohnung und Verwaltungsangelegenheiten sowie für Finanzen im Oktober ersetzt wurden.

Informationen über die Bank

Struktur



Organisation der Bank
Das Direktorium ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der EBWE zuständig. Der Präsident führt den Vorsitz im Direktorium. Unter Anleitung des Direktoriums führt er die laufenden Geschäfte der Bank und als Stabschef ist er für die Organisation der Bank und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

1 TAM – Die Bank hat im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen mit der Umsetzung des Umstrukturierungsprogramms (TurnAround Management Programme) für Mittel- und Osteuropa begonnen.

2 RSK – Die Bank fungiert als Sekretariat des Kontos für Reaktorsicherheit, stellt technische und andere Dienstleistungen bereit und steht mit der Europäischen Kommission in ihrer Funktion als Sekretariat der G-24-Staaten in ständiger Verbindung.

Kontakte und Informationen

Präsident	Jacques de Larosière
Persönlicher Assistent	Philippe Richard

Bereich Banking

Erster Vizepräsident – Nördliche Region	Ron Freeman
Vizepräsident – Südliche Region	Mario Sarcinelli
Stellvertretende Vizepräsidenten	Thierry Baudon Guy de Selliers Joachim Jahnke

Nördliche Region

Baltische Staaten/Belarus	
Tschechische Republik/ Slowakische Republik	George Krivicky
Kasachstan/Usbekistan	
Polen	Jiri Huebner
Russische Föderation	Motoo Kusakabe Charles Wrangham Magne Haga

Südliche Region

Bulgarien/Albanien/ EJR Makedonien/Slowenien	Olivier Descamps
Ungarn	Gyuri Karady, Peter Reiniger Josué Tanaka
Rumänien/Moldau/Kroatien	
Tadschikistan/Turkmenistan/ Aserbaidschan/Kirgisistan	Stijn Albrechts Mark Tomlinson
Ukraine/Armenien/Georgien	

Regionale Sektorteams

Agrarindustrie – Nördliche Region	Hans Christian Jacobsen
Agrarindustrie – Südliche Region	Juan Miranda

Elektrizität/Energieversorgung – Nördliche Region	Martin Blaiklock
--	------------------

Elektrizität/Energieversorgung – Südliche Region	Ananda Covindassamy
---	---------------------

Privatisierung/Umstrukturierung – Nördliche Region	Sven Hegstad
---	--------------

Privatisierung/Umstrukturierung – Südliche Region	Charles Vuylsteke
--	-------------------

Verkehrswesen/Umweltinfrastruktur – Nördliche Region	Graham Smith
---	--------------

Verkehrswesen/Umweltinfrastruktur – Südliche Region	Roy Knighton
--	--------------

Zentrale Sektorteams

Finanzinstitute	David Hexter
Bodenschätze	Randal Fischer
Reaktorsicherheit	François Demarcq
Immobilien/Tourismus	Massimo Ponzellini
Telekommunikation	Clell Harral, Edouard Altenhoven

Unterstützungsgruppe

Kofinanzierung	Ullrich Kiermayr
Ausbildung und Schulung	Philippe Dewilde
Umweltprüfung	Tim Murphy
Projektentwicklung	Christos Christofides
Marketing-Koordinierung	Hans-Joachim Huss
Operative Verwaltung	Lieve Reckers
Beschaffung (Ausschreibung)	Bernard Gouveia

Finanzen

Vizepräsident	Anders Ljungh
---------------	---------------

Haushalt, Planung und Finanzpolitik

Amtierender Leiter	Cedric du Monceau
Leiterin, Finanzpolitik	Patricia Haas Cleveland
Leiter, Planung	Claus Biering

Finanzabteilung

Finanzleiter	René Karsenti
Stellvertretender Finanzleiter	Mark Cutis
Finanzierungsrisikomanagement	Marcus Fedder
Finanzmittelbeschaffung	Louis de Montpellier

Abteilung Controlling

Controller	Christopher Holyoak
Stellvertretender Controller	Nigel Kerby

Abteilung Kreditwesen und Konsortialfinanzierung

Leiterin	Noreen Doyle
Leiter, Kreditwesen	Bob Harada

Abteilung Informationstechnologie

Leiter	Guy de Poerck
--------	---------------

Personal und Verwaltung

Vizepräsident	Miklós Németh
Leiter, Personalabteilung	Sam Goldenberg
Leiter, Verwaltungsabteilung	Renaud Lagey

Projektevaluierung

Vizepräsident	Manfred Abelein
Leiter, Projektevaluierung	Bill Stevenson

Generalsekretariat

Generalsekretär	Bart le Blanc
Stellvertretende Generalsekretärin	Sarah Papineau
Stellvertretender Generalsekretär	Daud Ilyas

Rechtsabteilung

Leiter, Rechtsabteilung	Andre Newburg
Stellvertretender Leiter, Rechtsabteilung	John Taylor
Beigeordneter Leiter, Rechtsabteilung	Emmanuel Maurice
Beigeordnete Leiterin, Rechtsabteilung	Liz Hunt

Ökonomische Abteilung

Chefökonom	Nicholas Stern
Stellvertretender Chefökonom	Ricardo Lago

Innenrevision

Leiter, Innenrevision	Tarek Rouchdy
-----------------------	---------------

Kommunikationsabteilung

Leiterin, Kommunikationsabteilung	Barbara Clay
-----------------------------------	--------------

Veröffentlicht von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Zusammenstellung und Bearbeitung: Kommunikationsabteilung.
Übersetzung ins Deutsche, Französische und Russische: Sprachen- und Konferenzdienst, EBWE.

Design: williams and phoa.
Herstellung: Design und Druckabteilung, EBWE.

Gedruckt im Großbritannien von Westerham Press auf Consort Osprey Satin und Corona Offset.

Die Papiersorte Consort Osprey Satin wird umweltbewußt produziert: 50 Prozent der Papierfaser stammt aus Altpapier, 10 Prozent davon wurden entfärbt. Neu eingesetzte Pulpe wird vollständig ohne Verwendung von Chlordioxid gebleicht; während der Herstellung werden keine optischen Aufheller zugesetzt.



Corona Offset besteht zu 100 Prozent aus nicht nachgebleichtem Altpapier.

Hauptsitz**Hauptsitz**

Europäische Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung
One Exchange Square
London EC2A 2EH
Vereinigtes Königreich
Tel.: (+44) 71 338 6000
Fax: (+44) 71 338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
Swift: EBRD GB2L

Projektanfragen und -vorschläge

Tel.: (+44) 71 338 6282
Fax: (+44) 71 338 6102

Publikationsanforderungen

Tel.: (+44) 71 338 6541

Allgemeine Anfragen zur EBWE

Tel.: (+44) 71 338 6372
Tel.: (+44) 71 338 7236

Länderbüros**Albanien**

Rruga Deshmoret 4
Shkurtit Nr. 26
Tirana
Tel.: (+355) 42 32 898
Fax: (+355) 42 32 898
Ständiger Repräsentant:
Antonio Fanelli

Baltische Staaten

Lettisches Internationales
Handelszentrum - Zimmer 440
2 Elizabetes-Straße
LV 1010 Riga, Lettland
Tel.: (+371) 2321 690
Fax: (+371) 8830 301
Ständiger Repräsentant:
Goran Segerlund
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Juuso Salokoski

Belarus

ul. Kirowa 17
Minsk 220002
Ständiger Repräsentant:
Allan Popoff

Bulgarien

17 Moskowska Straße
Sofia 1000
Tel.: (+359) 2 876 611
Fax: (+359) 2 803 036
Ständiger Repräsentant:
Kamen Ivanov
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Nicholas Stancioff

Polen

Zimmer 15-14 LIM Centre-
Marriott
Al.-Jerozolimskie 65/79
00-697 Warschau
Tel.: (+48) 2 630 7275
Fax: (+48) 2 630 6551
Ständiger Repräsentant:
Yves Fortin
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Witek Radwanski

Rumänien

Strada Sipotul Fintinilor 8
Sector 1
70718 Bukarest
Tel.: (+401) 615 6999
Fax: (+401) 312 2233
Ständiger Repräsentant:
noch nicht ernannt
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Mike Hicks

Russische Föderation

ul. Gascheka 8/10
125047 Moskau
Tel.: (+7) 503 956 1111
Fax: (+7) 503 956 1122
Ständiger Repräsentant:
Lou Naumowski

Slowakische Republik

Grösslingova 4
814 18 Bratislava
Tel.: (+427) 367 835
Fax: (+427) 398 314
Ständiger Repräsentant:
Igor Tham

Tschechische Republik

28 Rijnna 9
Prag 1
Tel.: (+42) 2 2423 0247
Fax: (+42) 2 267 876
Ständiger Repräsentant:
Peter Bridges

Ungarn

Kecskemeti utca 7
H-1053 Budapest
Tel.: (+36) 1 266 6000
Fax: (+36) 1 266 6003
Ständiger Repräsentant:
Paul Dax
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Sunil Sabharwal

Ukraine

Zimmer 407
Hotel National
Korpus 1, ul. Lypska 5
252021 Kiew
Tel.: (+7) 044 230 2626
Fax: (+7) 044 291 6246
Ständiger Repräsentant:
Nestor Gajowski
Stellvertretende Ständige
Repräsentantin: Lesla Haliv

Usbekistan

Zimmer 1328
Hotel Usbekistan
Taschkent
Tel.: (+7) 3712 336 343
Fax: (+7) 3712 891 121
Ständiger Repräsentant:
Isao Kawanishi
Stellvertretende Ständige
Repräsentantin: Iwona Zysk